

20. JAHRGANG / ANNEE / VOLUME

3/1963

früher / antérieurement / formerly:  
NATION UND STAAT

# EUROPA ETHNICA

Vierteljahresschrift für Nationalitätenfragen

Mit offiziellen Mitteilungen der  
„Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“

Revue trimestrielle des Questions ethniques  
Contenant aussi des Communiqués officiels de  
«l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes»

A Quarterly Review for Problems of Nationality  
Containing Official News of the  
“Federal Union of European Nationalities”



Herausgeber / Editeurs / Editors:

Guy Héraud, Strasbourg, France

Johann Wilhelm Mannhardt, Marburg a. d. L., BRD.

Povl Skadegard, Rolighed, Rungsted Kyst, Danemark

Theodor Veiter, Feldkirch und Wien, Österreich

Eigentümer und Verleger / Propriétaire et éditeur / Proprietors and Publishers

**WILHELM BRAUMÜLLER**

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.

WIEN IX

## INHALT / SOMMAIRE / CONTENTS:

	Seite
Motto (Präsident Kennedy) .....	97
Theodor Veiter: Südtirol und das Recht auf die Heimat .....	98
Pierre Naert-Pourquéry: Langue et culture .....	112
Jubiläen .....	118
Johann Wilhelm Mannhardt.	
In Memoriam .....	119
Arlle Carlier.	
Vom Leben der Volksgruppen .....	119
Belgien: Efforts pour terminer la querelle des langues. — Deutschbelgien an den Ministerpräsidenten. — Bundesrepublik Deutschland: Stadion in Leck eröffnet. — Sorgen mit der Jugend. — 4200 Kinder in dänischen Schulen. — „Dannvirke“ zur Grenzfrage. — Höhere Zuschüsse für dänische Jugendarbeit. — Toto-Gelder für dänische Minderheit. — Dänischer Unterrichtsminister in Flensburg. — Staatszuschuß für Kirchenneubau. — Dänemark: Aktivierung der deutschen Jugendarbeit. — Kindergartenweibe in Apenrade. — Von der Arbeit der Selbsthilfe. — 17. Knivsbergfest. — Frankreich: Un cas de discrimination en Bretagne présenté par la délégation bretonne au 13e Congrès de l'Union fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes. — Table ronde Européenne. — Rassemblement basque à Itxassou. — Italien: Slowenische Schulen in Italien. — Schools at Bozen. — Elections to Senate and Chamber. — „Erzherzog-Johann-Heim“ at Meran. — Archbishop Dr. Gottardi at Bozen. — A New Paper. — Mass Demonstration by the South Tyrolese Youth. — Dynamiters to be tried in Milano on 9. December. — The Provincial Governor of Tyrol on the South Tyrol Problem. — Final Session of the Commission of Nineteen. — Revival of Bombing. — Carabinieri-prozess in Trient. — Jugoslawien: Italienische Schulen in Jugoslawien. — Minderheitenschulwesen in Slowenien. — Lehrbücher in drei Sprachen. — Österreich: Erstmals Reifeprüfung am slowenischen Gymnasium in Klagenfurt. — Österreich als Mittler. — Pressekonferenz des Kroatischen Kulturvereins. — Verband slowenischer Gesangsvereine. — 40-Jahr-Feier des Klubs slowenischer Studenten. — Kärntner Schulstatistik. — Schweiz: Ein Buch über die Berner-Jura-Frage. — Sowjetunion: Das Schicksal der Juden. — Spanien: Um die Wiederzulassung des Katalanischen. — Tschechoslowakei: Chob ist nicht Eger. — Ungarn: Fortbildungskurs für Deutschlehrer. — Appell an die Eltern zum Deutschunterricht. — Tätigkeit schwäbischer Kulturgruppen. — Die Slowenen im Komitat Eisenburg (Vas). — „Tag der nationalen Minderheiten“ in Ungarn.	
Materialien .....	135
For Solidarity of Small Nations. — Congrès Européen de l'Ethnie Française Dijon. — La russification de la langue Biélorussienne.	
13. Jahrestagung der FUEV in Aosta .....	137
13e Congrès de l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes .....	138
Address by the President, Member of the Folketing Hans Schmidt. — Rapport du Secrétaire Général Povl Skadegård. — Unité et Variété Européennes. Conférence de Monsieur Edouard Ollivro, Maire de Guincamp. — Intensivierung der Jugendarbeit. Referat von Herrn Ossi Boese (Sudetendeutscher Rat). — Résolution no. 2. — Résolution no. 3. — Résolution no. 6. — Entschliessung Nr. 9.	
Erscheinungsweise: Vierteljährlich / Paraissant tous les trois mois / Published quarterly	
Abonnement für 1 Jahr	
Abonnement par 1 année	
Subscription for 1 year	ö. S 138.—, DM 22.—, sfr. 24.—, US Dollar 6.—
Manuskripte und Mitteilungen erbeten an / Prière d'adresser manuscrits et informations à / Manuscripts and correspondence should be sent to:	
Wilhelm Braumüller, Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H., Wien IX, Servitengasse 5	
Eigentümer und Verleger / Propriétaire et éditeur / Proprietors and Publishers:	
WILHELM BRAUMÜLLER Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H., Wien IX, Servitengasse 5	
Anschriften der Herausgeber / Adresses des éditeurs / Addresses of the Editors:	
Guy Hésaudi, Professeur à la Faculté de Droit, 11, rue de la Brigade A. L., Strasbourg	
Johann Wilhelm Mannhardt, o. Univ.-Professor, Leiter der Deutschen Burse, Rotenberg 21, Marburg a. d. L.	
Povl Skadegård, Ministerialrat, Generalsekretär der FUEV, Rolighed, Rungsted Kyst, Danemark	
Rechtsanwalt Dr. Theodor Veiter, Feldkirch, Schloßgraben 16, Vorarlberg	
Verantwortlicher Redakteur / Rédacteur responsable / Managing Editor:	
Karl Zronek, Wien XIX, Krapfenwaldgasse 34	

Druck: Friedrich Jasper, Wien III.

*„Wir alle hier im Westen müssen treu zu unserer Überzeugung stehen, daß der Friede in Europa nie vollständig sein kann, solange nicht überall in Europa die Menschen in Frieden und Freiheit darüber befinden können, wie ihre Länder regiert werden sollen und — ohne Bedrohung irgendeines Nachbarn — die Wiedervereinigung mit ihren Landsleuten erwählen können.“*

Kennedy in der Frankfurter Paulskirche am 25. Juni 1963

## Südtirol und das Recht auf die Heimat

Von Theodor Veiter

### I. Vorbemerkung

In der deutschen völkerrechtlichen Wissenschaft und Lehre wird heute, ausgehend von der besonderen Interessenlage der deutschen Heimatvertriebenen aus Ost- und Südostmitteleuropa mit dem ungeheuren Umfang dieser Umsiedlungs- und Vertreibungserscheinungen<sup>1</sup>, in rasch zunehmendem Ausmaß das „Recht auf die Heimat“ dargestellt, und zwar sowohl als ein in gewissem Ausmaß bereits geltendes (partikuläres) Völkerrecht im Sinne der „allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts“<sup>2</sup> wie auch hinsichtlich weiterer seiner Teilinhalte als werdendes Völkerrecht. Letztere Bezeichnung geht über eine bloß rechtspolitische Forderung weit hinaus und kann in etwa mit völkerrechtlichen Entwicklungstendenzen verglichen werden, wie sie zur heutigen allgemeinen Anerkennung eines Rechtes der Kolonialvölker auf Selbstbestimmung geführt haben<sup>3</sup>.

Obwohl das Recht auf die Heimat auch bereits außerhalb des Lebensbereiches des deutschen Volkes in der Völkerrechtswissenschaft verschiedentlich durchforscht und als geltender partikulärer<sup>4</sup> Völkerrechtsgrundsatz festgestellt worden ist<sup>5</sup>, ist nicht zu übersehen, daß es nicht nur seiner Herkunft nach, sondern auch nach seiner wissenschaftlichen Schwerpunktlage bisher vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Heimatvertreibung der Deutschen aus Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei untersucht wurde, was angesichts des Umfanges der Heimatvertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten gewiß verständlich ist, die Frage aber andererseits auch mit politischen Aspekten belastet, die in dieser Schärfe anderswo nicht bestehen, ausgenommen die Verhältnisse in Süd- und Südostasien<sup>6</sup>. Die deutsch-polnische Auseinandersetzung vor allem ist es, die das Problem „Recht auf die Heimat und Recht auf Rückkehr in dieselbe“<sup>7</sup> mit ihren besonderen Akzenten versieht. So bedeutsam diese deutsch-polnische und allenfalls noch deutsch-tschechische Auseinandersetzung<sup>8</sup> gerade für die Heraus-

<sup>1</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, 5 Bde. nebst Beilagen, Bonn (Vertriebenenministerium) 1957–1963; nach dem erstmals exakt ermittelten Ziffern der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die auf der Arbeitstagung der AWR (Association for the study of the world refugee problem) in Oslo im Expertenkomitee „Statistik“ von G. Reichling am 17. Juni 1963 mitgeteilt wurden, beträgt die Gesamtzahl der Vertriebenen, Flüchtlinge und Zwangsumsiedler seit dem zweiten Weltkrieg bis heute (ohne die noch während des Krieges Vertriebenen und Umsiedelten) 51,1 Millionen (10 AWR 1963, Heft 1/2).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu als umfassendste Untersuchung: Kurt Rabl (Hsg.), Das Recht auf die Heimat, 4 Bde., München (Lerche) 1958–1961 und die in Bd. IV angeführte Literatur. Zum Begriff der anerkannten Regeln des Völkerrechts vgl. auch v. Mangoldt-Klein, Berlin (Vahlen), 2. Aufl. 1956/57, Bd. I, zur Beurteilung der innerstaatlichen Anwendung solcher Regeln.

<sup>3</sup> Punkt 6 der VN-Entschließung vom 14. Dezember 1960 über „Die Zuerkennung der Unabhängigkeit an Kolonialgebiete und -völker“, Nr. 1514-XV.

<sup>4</sup> Im sowjetischen Völkerrecht wird es abgelehnt: „Völkerrecht“, hg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, deutsch Hamburg (Gildenverlag) 1960 S. 148.

<sup>5</sup> „Das Recht auf die Heimat“, Eine Dokumentation, Bonn (Bund der Vertriebenen) 1962 (Ergebnis einer völkerrechtswissenschaftlichen Tagung vom 28. bis 29. Oktober 1961). Eine Neuausgabe mit ergänzenden Feststellungen (Kiel, 3. August 1963) ist in Vorbereitung.

<sup>6</sup> Vgl. Gert Hammerbacher, Die völkerrechtliche Lage Viet-Nams, Augsburg (Hofmann) 1961.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Kurt Rabl, Recht auf Heimat und Recht auf Rückkehr, in: Schützel-Veiter (Hsg.), Handbuch des Internationalen Flüchtlingsrechts, Wien (Braumüller) 1960.

<sup>8</sup> Vgl. „Heimatrecht in polnischer und deutscher Sicht“, Leer (Rautenberg) 1962; „Menschen vor dem Volkstod“, München (Wolf u. Sohn) 1961.

arbeitung der grundlegenden menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Tatbestände geworden ist, muß doch gesagt werden, daß über der Faszination, die von diesem Sonderfall auszugehen scheint, nicht das Problem in seiner universellen Gesamtheit übersehen und vernachlässigt werden darf.

Bisher hat sich noch niemand mit dem „Recht auf die Heimat“ außerhalb der sogenannten Vertreibungsgebiete näher befaßt. Während es sich bezüglich des deutsch-polnischen wie übrigens auch des polnisch-russischen Verhältnisses um die besondere Art der Verletzung des Rechtes auf die Heimat durch Vertreibung bzw. Zwangsumsiedlung handelt, also in erster Linie um die Wiederherstellung eines völkerrechtlich gewährleisteten Rechtszustandes, allenfalls Entschädigung nach erfolgter Vertreibung, gibt es daneben eine große Zahl von Fällen, wo die Verletzung des Rechtes auf die Heimat im großen und ganzen niemanden aus seiner Heimat vertrieben oder zwangsumgesiedelt haben und daher erklären, sie seien mit den Regierungen der Vertreiberstaaten nicht zu vergleichen, hingegen ihr Möglichstes tun, um den in ihrem Herrschaftsbereich lebenden ethnischen Gruppen, aber auch anderen Minderheitsgruppen, das Gefühl zu nehmen, sie seien noch in der Heimat. Als treffendes Beispiel hierfür kann Italien angeführt werden, das im Falle Südtirol immer wieder — gewiß mit Recht — hervorhebt<sup>9</sup>, daß es sich gegenüber seiner deutschen Volksgruppe (oder anderen seiner nationalen Minderheiten) keineswegs so grausam verhalten habe wie die Regierungen Polens und der CSSR, dem aber seitens seiner Minderheiten, und zwar auch z. B. der slowenischen Volksgruppe<sup>10</sup> der Vorwurf gemacht wird, ihre Grund- und Freiheitsrechte nicht zu achten, vor allem, sie als ethnische Gruppen nach und nach auszulöschen, jedenfalls in eine hoffnungslos minoritäre Defensivstellung drängen zu wollen. Wenn im Falle der Südtiroler und der Slowenen in der neuen Region Friaul-Julisch Venetien von einem Recht auf die Heimat, das da verletzt werde, bisher kaum einmal gesprochen wird, so ist der Tatbestand als solcher dennoch nicht weniger gegeben. Er verdient eine Untersuchung vor allem deshalb, weil er mit dem Recht auf die Heimat, wie es als Sicherung vor Austreibung und Zwangsumsiedlung und des Rechtes auf Rückkehr gegeben ist, konfrontiert und — gegebenenfalls — in ein System im Rahmen eines Oberbegriffes gebracht werden muß.

Der Fall Südtirol ist so geartet, daß diese Species des Rechtes auf die Heimat (Verletzung des Rechtes auf die Heimat ohne Vertreibung aus der Heimat) hier besonders deutlich gemacht werden kann. Seine Darstellung läßt sich dann sehr leicht auf zwar anders gelagerte, aber doch vergleichbare Fälle (Deutsche in Eupen-St. Vith, Albaner in Nordgriechenland, Griechen in Albanien, Bretonen in Frankreich, Katalanen in Spanien usw.) anwenden.

### II. Recht auf die Heimat als Gruppenrecht

Daß die Niederlassungsfreiheit im allgemeinen, jedenfalls in den Staaten westlicher Demokratie, als individuelles Grundrecht gesichert ist, besagt im Grunde zum Recht auf die Heimat nicht viel. Jedermann kann sich innerhalb seines Staatsgebietes frei bewegen und niederlassen und auch die italienische Verfassung normiert dieses individuelle Recht<sup>11</sup>. Ein Verbot, den Wohnsitz frei zu wählen oder ein Gebot, eine Zuzugs-

<sup>9</sup> Italienisches Weißbuch „L'Accordo de Casper-Gruber sull'Alto Adige“, Rom (Istituto poligrafico dello stato) 1958, S. 120. „Italia“, Bozen, Nr. 31/1963, S. 5.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu die regelmäßigen Veröffentlichungen in: Bollettino d'informazioni degli Sloveni in Italia, Triest.

<sup>11</sup> Art. 16 der italienischen Verfassung.

genehmigung einzuholen, die ins Ermessen einer Behörde fällt, kann noch keineswegs als Verletzung des Rechts auf die Heimat im Sinne des Rechts auf die Wahl einer Heimat („neue Heimat“, „Zweite Heimat“, „Wahlheimat“) angesehen werden. Einerseits kann das Gemeinwohl dem widerstreiten (Grenzschutz, Agrargemeinschaften), andererseits wird bisher noch nirgends das Recht auf die Heimat als Recht, sich eine solche frei zu wählen, angesehen, obwohl es im internationalen Flüchtlingsrecht Ansätze dazu gibt<sup>12</sup>.

Bisher gehört es zum gesicherten Bestand völkerrechtlicher Grundsätze nur, daß das Recht auf (die) Heimat ein Recht des einzelnen (Individualrecht) auf Verbleib in der Heimat und auf Rückkehr in diese ist, wobei hier mit Absicht von „Grundsätzen“ (principles) im Gegensatz zu Rechtsnormen gesprochen wird<sup>13</sup>, da sich dieser Grundsatz in Art. 13, § 2 der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte findet, die nach herrschender Völkerrechtslehre noch keine „allgemein anerkannte Regel“ des Völkerrechts ist, aber doch vielfach bereits als dessen Bestandteil gewertet wird. Der im Unterausschuß der Menschenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrates der VN angenommene Entwurf einer Asylrechts-Deklaration<sup>14</sup> bezieht sich im übrigen ausdrücklich auf diesen Art. 13, § 2 und also auf das Recht des einzelnen, in seine Heimat („to his country“) zurückzukehren. Wo ein Rückkehrrecht besteht, muß um so mehr ein Recht auf Verbleib angenommen werden, wie dies auch von maßgebenden Autoren wie *Rabl*, *Schneider*, *Laurin* und *Raschhofer*<sup>15</sup> hervorgehoben wird. Das Recht des einzelnen auf die Heimat ist daher an und für sich zunächst ein Recht auf Beibehaltung des (rechtmäßig erworbenen) Wohnsitzes von den Vorfahren her und gipfelt in dem Anspruch, nicht entgegen der öffentlichen Ordnung des bisherigen Wohnsitzstaates von diesem Wohnsitz verjagt, exmittiert zu werden. Dabei ist „öffentliche Ordnung“ (ordre public, public order, public policy) wegen des Grundrechtscharakters des Rechts auf die Heimat sehr restriktiv auszulegen. Es könnte sich nur etwa um Maßnahmen zufolge Verurteilung wegen krimineller Delikte oder ähnliches handeln. Wenn, wie im internationalen Flüchtlingsrecht, ein neuer Wohnsitz ordnungsgemäß und rechtmäßig im Zufluchtsstaat begründet wurde, wird man aber auch diesem neuen Wohnsitz die Kennzeichnung „Heimat“ nicht absprechen können, sofern eine innere Verbundenheit zu dieser neuen Heimat besteht. Insofern liegen hier dieselben Voraussetzungen vor wie bei jedem anderen derartigen Wohnsitzerwerb eines ständigen Wohnsitzes, sei es durch einen Staatsbürger, sei es durch einen naturalisierten bzw. einem Inländer staatsbürgerrechtlich gleichgestellten bisherigen Ausländer oder Staatenlosen. Diesem modernen Gedanken, dessen Bedeutung für den Sonderfall Südtirol wir (unten S. 108 f.) noch dazunehmen, kommt übrigens der Entwurf eines neuen deutschen Ausländergesetzes<sup>16</sup> sehr entgegen, der in § 21 von der Möglichkeit der Übernahme von Ausländern in den

Geltungsbereich des Gesetzes spricht, wenn „völkerrechtliche, politische oder menschliche Gründe es erfordern“. Diese innere Verbundenheit mit oder ohne Anteilnahme an der neuen Heimat als Voraussetzung für den Erwerb von Ansprüchen, die aus einem solchen Heimatrecht erwachsen, kann übrigens auch im Bereich der Binnenwanderung innerhalb eines Staates schon von Bedeutung sein. So hat Vorarlberg im Jahre 1962 durchaus legitimerweise als Voraussetzung für die Verleihung eines Landes-Ehrenzeichens eine solche Heimatverbundenheit (für Zuwanderer) verlangt<sup>17</sup>.

Es kann also nicht bezweifelt werden, daß es ein Recht auf die Heimat, daß heißt auf Verbleib am Wohnsitz der Vorfahren, als Individualrecht kraft völkerrechtlicher Grundsätze gibt. Insofern ist auch das konstituierende Element des Wohnsitzes für das „Recht auf die Heimat“ so wichtig und wurde daher auch zur Ausgangsbasis der völkerrechtlichen Feststellungen des Internationalen Expertenkomitees „Rechtsfragen“ der AWR (Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem) zum Recht auf die Heimat in Saloniki und Athen 1961 gemacht<sup>18</sup>; dabei wurde „Heimat mit „domicile“, „Recht auf die Heimat“ mit „droit au domicile“ bzw. „right of domicile“ ins Französische bzw. Englische übersetzt. Das entspricht durchaus dieser juristischen Betrachtungsweise, während der Soziologe wohl eher von „droit au foyer“ oder „right of homeland“ spricht. In den slawischen Sprachen ist der gefühlsbeladene Heimatbegriff auch in der Sprachgestaltung vorhanden<sup>19</sup>. Ein hier oder dort in einer Sprache fehlender Ausdruck kann aber nicht zur Leugnung der Existenz eines bestimmten Phänomens oder Begriffes führen.

Von Art. 13, § 2 der Allgemeinen Deklaration her gesehen, wäre Heimat als Individualrecht nicht an einen bestimmten, von den Vorfahren überkommenen Wohnsitz geknüpft. Wenn man Heimat aber, wie wohl allgemein empfunden, nicht nur als Rechtsbegriff ansieht, sondern auch als mit Gefühlswerten erfüllt, ist schon beim Individualrecht auf die Heimat eine Verbindung zu den Vorfahren zu erfordern, mindestens so weit gehend, daß die Eltern bereits vor der Geburt des Heimatberechtigten an dem bestimmten Ort (Ort nicht als politische Gemeinde angesehen) dort ihren ständigen Wohnsitz gehabt haben müssen (angestammte Heimat).

Dieser Hinweis auf die Geschlechterfolge ist notwendig, um Heimat (Recht auf die Heimat) als Gruppenrecht zu erweisen. Die moderne völkerrechtliche Doktrin ist Gruppenrechten im allgemeinen nicht günstig gesinnt, da die individuellen Grundfreiheiten heute im Vordergrund stehen. Immerhin ist gerade die Herausbildung des Selbstbestimmungsrechts der Völker<sup>20</sup> Beweis für Gruppenrechte im Völkerrecht der Gegenwart, denn das Selbstbestimmungsrecht ist ja seiner Natur nach ein Kollektivrecht. Auch hat der Generalsekretär des Völkerbundes mit seinen Definitionen zum Minderheitenrecht auf den gruppenrechtlichen Charakter einer Reihe von Rechten ethnischer Gruppen und (ethnisch definierter) Nationen ausdrücklich hingewiesen<sup>21</sup>.

Gerade das Recht auf die Heimat weist als tragende, gegenüber dem Individualrecht sogar dominierende Komponente das *Leben im Verbande*, in der Gruppe auf.

<sup>12</sup> Vgl. Theodor Veiter, Die Flüchtlingsvolksgruppe, Ein Beitrag zum Grundrecht ethnischer Gruppen auf ihre Heimat, in: „Vertreibung, Zuflucht, Heimat“ (hsg. v. Th. Veiter), Wien (Braumüller) 1962, SS. 56 ff.

<sup>13</sup> Vgl. Herbert Micheler, Südtirol als Völkerrechtsproblem, Graz (Styria) 1962, SS. 19 f. — Charles de Visscher, Problèmes d'interprétation judiciaire en Droit International Public, Paris (Pedone) 1963.

<sup>14</sup> Abgedruckt in dem zu Anm. 7 zitierten Werk (Anhang).

<sup>15</sup> Abgedruckt in *Rabl's* Sammelwerk (oben, Anm. 2) bzw. dort zitiert. Zu *Raschhofer* wäre sein Aufsatz „Zur Entstehung des Volksgruppenrechts“, in: „Heimatrecht in polnischer und in deutscher Sicht“ (oben, Anm. 8), SS. 65 ff. zu nennen.

<sup>16</sup> Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/868, vom 28. Dezember 1962. Der Bundesrat hat allerdings arg einschränkende, abzulehnende Gegenvorschläge gemacht.

<sup>17</sup> LGBl. Nr. 16/1963 (vor allem im Motivenbericht dazu).

<sup>18</sup> „Das Recht auf die Heimat als völkerrechtlicher Tatbestand“, veröffentlicht in dem zu Anm. 12 angeführten Sammelwerk, SS. 9—32.

<sup>19</sup> Z. B. im Slowenischen: rod, roditi, roditelj, narod, dom, domovina. Vgl. hierzu: France Tomšič Slovensko-Nemški Slovar, Laibach-Ljubljana (Slow. Staatsverlag) 1961.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu das derzeit umfassendste und tiefstreichende deutschsprachige Werk von Kurt *Rabl*, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, München (Wilh. Gotti. Korn) 1963.

<sup>21</sup> Définition et Classification des Minorités, New York (Nations Unies) 1950.

Zwar versteht man unter „Heimat“ zunächst einmal etwas räumlich Abgegrenztes, den Boden, die räumlich eng umgrenzte Lebenssphäre, in der der Mensch in seiner Jugend Wurzel schlägt, eine Landschaft, in der ein bestimmtes Stammes- oder Volkstum als damit verbunden bewußt erlebt wird<sup>22</sup>. Aber der Versuch rein räumlicher Abgrenzung kann zu Irrungen führen. Da geographische und damit auch geopolitische Gegebenheiten für das „Wurzelgefühl“ (Eduard Spranger) von großer Bedeutung sind, ist für den einen, für ein bestimmtes Volkstum, eine bestimmte ethnische Gruppe usw. „Heimat“ an ein ganz enges Fleckchen Erde geknüpft (etwa im Hochgebirge, auf kleinen Inseln), während andere damit einen über einen politischen Verwaltungsbezirk unterer Stufe oft weit hinausgehenden räumlichen Bereich verstehen, besonders im Flachland (Ostpreußen, Bessarabien, Puszta). Nur in seltenen Fällen wird allerdings „Heimat“ mit dem Gebiet eines ganzen Staates zusammenfallen, zumeist wohl nur bei Zwergstaaten, ferner bei Gliedstaaten von Bundesstaaten (Schweiz, Österreich). Die räumliche Abgrenzung des subjektiv als „Heimat“ empfundenen Gebietes wird auch verschieden sein, je nachdem auf die Heimatgenossen (Peter Schneider: Heimatverband)<sup>23</sup> ein äußerer Druck oder Zwang ausgeübt wird. Am Beispiel Südtirols läßt sich ganz deutlich die Ausweitung des Begriffes „Heimat“ durch Druck von außen deutlich machen. An und für sich wäre in Südtirol die „räumlich eng umgrenzte Lebenssphäre“ auf kleine örtliche Bereiche abgestellt, wobei etwa das reiche Weinland ohne die Städte, dann jede der Städte für sich, dann wieder eine Tallandschaft (z. B. Vinschgau oder Hohepustertal) usw. als „Heimat“ empfunden würden. So war es auch bis 1919, wie man aus der zahlreichen folkloristisch gefärbten Literatur so mancher „Heimat“-Schriftsteller unschwer zu entnehmen vermag. Der nationalpolitische Druck Italiens und der Italiener von 1920 bzw. 1922 bis heute hat diese lokal bestimmte Erscheinungsform des Heimatbegriffes ganz zurücktreten lassen, so daß heute ganz Südtirol (heutige Grenzen der Provinz Bozen) mit Ladinien für die Deutschsüdtiroler „die Heimat“ sind. Wer auch nur einen Teil davon verformt, auch nur in den wichtigsten Städten diesen Heimatverband der Südtiroler zu zerstören oder in die Rolle einer materiellen Minderheit zu drängen versucht, zerstört damit das Heimatgefüge ganz Südtirols, das ja nach ganzheitlicher Betrachtungsweise, schon vom christlichen Naturrecht her<sup>24</sup>, eine organische Einheit darstellt.

Auch diese Überlegungen führen uns weg vom rein individuellen „Recht auf die Heimat“ zum Gruppenrecht auf die Heimat. Im Falle Südtirol ist die Gruppe, die Träger des Rechts auf die Heimat ist, eine ethnische Gruppe, nämlich die deutschsprachige Volksgruppe der Südtiroler. Das ist ja auch nach Vertrags-Völkerrecht nieder-

<sup>22</sup> Theodor Veiter, Volkstod durch Unterwanderung, in: „Europa Ethnica“, Bd. 18, Sonderheft 1958.

<sup>23</sup> In Rabl, Recht auf die Heimat (oben, Anm. 2).

<sup>24</sup> Vgl. die päpstlichen Enzykliken und Ansprachen Pius XI. („Caritate Christi compulsi“ und „Ubi arcano“) und Pius XII. („Con sempre“, „Grazie“, „Nell'Alba“ und „Summi Pontificatus“), abgedruckt bei Emile Marmy, Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau, Freiburg i. Ue. 1945. Noch deutlicher hat dies Johannes XXIII. im Rundschreiben „Pacem in terris“ vom 11. April 1963 ausgesprochen, wo in Abschnitt III „mit großem Schmerz“ das Los derer betrachtet wird, „die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden“ und daß es „eine schwere Verletzung der Gerechtigkeit“ darstelle, die Lebenskraft völkischer Minderheiten zu unterdrücken. Wohl am klarsten hat dies aber A. Messineo, Il problema delle minoranze nazionali, Roma 1946, ausgesprochen (bes. S. 5, 17, 160, 185).

gelegt im Pariser Vertrag (Gruber-De Gasperi-Abkommen von 1946) und dort auch von der italienischen Regierung aus anerkannt<sup>25</sup>. Anderswo kann der Träger des Gruppenrechts auf die Heimat auch ein religiöser Verband sein, wie dies besonders in Asien nicht selten der Fall ist (Armenier, Kaschmiri). Im europäischen Bereich ist das Recht auf die Heimat wohl fast stets in erster Linie ein Gruppenrecht ethnischer Gruppen (Zusammenhangsbegriff der Volkspersönlichkeit). Vollends gilt dies in besonderem Maße von den Südtirolern, die durch die Abtrennung von Nordtirol im Jahre 1919 zu einer nationalen Minderheit (Grenzland-Volkgruppe) wurden und sich als geschlossene ethnische Gruppe auf einem von den Urahnen her ihnen gehörigen und bestimmten, als Heimat empfundenen größeren Gebiet (Provinz Bozen) fühlen. Man kann Heimat also nur im Verbands voll leben, empfinden und verwirklichen. (Wie alles, was dem Menschen als Recht von Gott in die Hand gegeben ist, muß auch Heimat verwirklicht werden. So wie man die persönliche Freiheit Tag für Tag verwirklichen, ja erkämpfen muß, so muß auch Heimat verwirklicht werden. Die Abkehr von dieser Verwirklichung ist für Europa eigentlich die wirklich tiefzielende Gefahr des sogenannten Amerikanismus.) Daß also zum Begriff Heimat ein bestimmtes Gebiet gehört, ist richtig; dieses Gebiet aber allgemeingültig abgrenzen zu wollen, muß mißlingen. Gerade im Zeitalter einer tatsächlichen heimatfeindlichen Renomadisierung (industrielles Nomadentum) kann man darauf hinweisen, daß auch dem echten, auf natürlicher Stammesgrundlage (verbunden mit wirtschaftlichen Gegebenheiten wie in der Mongolei) beruhenden Nomadentum der Begriff „Heimat“ nicht abgesprochen werden kann; nur wird dort eben das Verbands- und Gruppenelement des Heimatbegriffes gegenüber dem nur rudimentären, aber nie ganz wegfallenden räumlichen Element vorherrschen.

Die Heimat ist somit eng an das Leben im Verbands geknüpft. Der einzelne mag aus dem Verbands austreten (Umvolkung) oder durch Eintritt in eine neue Wahlheimat ihm verlorengelassen. Das Volk als solches ist „zeitwig“ (Max Hildebert Boehm)<sup>26</sup>, seine Volkspersönlichkeit geht dadurch nicht unter, wie es auch durch den Generationenwechsel nicht untergeht. Der Zusammenhang mit den Vorfahren ist daher ein wichtiges Element für den Heimatbegriff. „I suoi mittuns“, wie es so herzwärmend auf einem Grabstein in ladinischer Gegend südlich des Pustertales heißt, ist ein Ausdruck dieser Zusammengehörigkeit mit Vorfahren und Nachkommen. In der Gruppe, im Verbands wird also Heimat erfahren und verwirklicht. Das Land, das Gebiet hat darin seinen Platz, denn auch Eltern und Großeltern haben schon in diesem Land gelebt und es geformt. Dieses formende Gestaltungselement ist von großer Bedeutung für das Entstehen eines Heimatbewußtseins der Gruppe. Gerade in Südtirol ist dies mit kaum überbietbarer Deutlichkeit zu sehen. Es gibt nur wenige Gebiete in Europa (vielleicht ist das Löttschental ein solches), wo die Heimattradition so sehr auch dem völlig fremden Besucher auffällt, wo so sehr Geschlechterfolge durch die Jahrhunderte und Gestaltung eines — übrigens keineswegs durch Eroberung erworbenen — Siedlungsbodens zur Ausbildung der Heimat für die ethnische Gruppe geworden sind. Darüber ist ja schon

<sup>25</sup> Punkt 2 des Pariser Abkommens spricht von „Bevölkerung“, was vom italienischen Gesetzgeber in Autonomiestatut (Statuto Speciale per il Trentino-Alto Adige, Verfassungsgesetz Nr. 5 vom 26. Februar 1948) mit „gruppo“ interpretiert worden ist (vgl. Cafola, L'autonomia del Trentino-Alto Adige, Bologna (Capelli) 1952).

<sup>26</sup> Max Hildebert Boehm, Das eigenständige Volk, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1932, S. 46.

viel gesagt und geschrieben worden<sup>27</sup>. Es kann aber nicht genugsam wiederholt werden, da die historischen Tatsachen nur zu leicht in Vergessenheit geraten oder in bewußter Perversion der Wahrheit verfälscht werden<sup>28</sup>.

### III. Heimat als materieller Rechtsbegriff

Wir haben uns bisher mit dem Begriff des Rechtes auf die Heimat und damit der Heimat selbst unter dem Gesichtspunkt formaler Kriterien beschäftigt und gesehen, daß Träger dieses Rechtes zwar Einzelmenschen sind, daß aber Heimat auch ein Gruppenrecht ist, ja sogar in erster Linie ist, und daß schon rein formell das Recht auf die Heimat im Verbands, also in der Gruppe, im Falle Südtirol in der geistigen und bewußt erlebten und gelebten Gemeinschaft der Volksgruppe ausgeübt wird. Daß diese subjektive Komponente des Heimatelebnisses im Falle Südtirol besonders deutlich festgestellt werden kann, wie nur in wenigen anderen Volksgruppengebieten (Färöer, Südschleswig, Zypern), ist uns in den letzten Jahren mit voller Deutlichkeit aufgewiesen worden. In diesem Zusammenhang müssen alle aus Südtirol selbst gekommenen und kommenden Bemühungen um Erhaltung der Volksgruppe und also der Heimat bejaht werden, wenn man — wie der Verfasser dies tut — jedem Volk und jeder Volksgruppe ein gottgegebenes Recht auf Selbsterhaltung und Selbstentfaltung zubilligt, ein Recht, das ja auch dem italienischen Sprach- und Kulturvolk in gleicher Weise zusteht (also z. B. als Recht auf Rückkehr der heimatvertriebenen Angehörigen der italienischen Minderheit in Jugoslawien — Pola, Fiume, Capodistria, Zara, Lissa usw. — in die Heimat ihrer Väter, dies ohne Anspruch auf eine Grenzveränderung). Wir haben ferner dargetan, daß ein bestimmtes räumliches Gebiet zum formalen Heimatbegriff gehört, in unserem Falle die ganze Provinz Bozen (Südtirol), weil seitens des im Gesamtstaat die Mehrheit bildenden italienischen Volkes dieses ganze Gebiet als *nationalpolitische Druckzone* ausgebildet ist. Nationalpolitische (ethnopolitische) Druckzonen werden für das Objekt des Druckes (minoritäre Volksgruppe) automatisch, unabhängig vom Besiedlungsverhältnis, in ihrer ganzen Ausdehnung zur Heimat im räumlichen Sinne.

Damit ist aber noch zu wenig gesagt. Denn Heimat ist auch ein *materieller Rechtsbegriff*. Durchaus zutreffend wurde in den bereits erwähnten AWR-Feststellungen (oben S. 101), schon in Leitsatz I darauf hingewiesen, daß „das Recht, am ordnungsmäßig erworbenen Wohnsitz unbehelligt ansäßig zu bleiben, solange der eigene Wille in Freiheit darauf gerichtet ist“, grundsätzlich unverletzlich sei. Als unbehelligt gilt (Leitsatz III) dieser Wohnsitzverbleib dann, wenn die in der Allgemeinen Erklärung vom 10. Dezember 1948 oder in vergleichbaren internationalen Erklärungen und Abkommen umschriebenen Grund-, Menschen- und Freiheitsrechte durch Gesetz und in Wirklichkeit gewährleistet sind und wenn keine begründete Besorgnis vor Diskriminierung des Einzelnen oder bestimmter Personengruppen besteht.

In weiteren vom „Bund der Vertriebenen“ in Bonn veröffentlichten Forschungsergebnissen von Völkerrechtlern<sup>29</sup> wird auf die Wichtigkeit dieses materiellen Faktors

<sup>27</sup> Hier sei vor allem auf Wolfgang Pfandler (Hsg.), Südtirol, Versprechen und Wirklichkeit, Wien (Frick) 1958 und die darin zitierte Literatur verwiesen, ferner auf Marc Lengereau, La Question du Tyrol du Sud, Paris (Centre de Documentation Universitaire) 1960, zu den Rechtsfragen auch auf die umfassend verarbeitete und zitierte Literatur bei Th. Veiter, Die Südtiroler Autonomie im Licht des Völkerrechts der Gegenwart, in: Hugemann-Festschrift, Aalen (Scientia) 1959; ferner Miehler, a. a. O.

<sup>28</sup> In sinngemäßer Übernahme der Grundgedanken von Ernst Hippel, Die Perversion von Rechtsordnung, Tübingen (Mohr) 1955.

<sup>29</sup> Vgl. oben, Anm. 5.

des Rechtes auf die Heimat unter Zitierung zahlreicher Quellen einschließlich einer Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow<sup>30</sup> hingewiesen. Diese Arbeiten sind inzwischen durch ein juristisches Subkomitee im Bund der Vertriebenen noch durch den die Problematik klar wiedergebenden Satz zu den völkerrechtlichen Detailfragen übergeleitet worden, der lautet: „Das Recht auf die Heimat . . . ist das Recht jedes Menschen, an seinem Wohnsitz und in seinem gesellschaftlichen Verband so lange unbehelligt zu verbleiben, wie sein Wille frei darauf gerichtet ist.“

Nun wenden sich, wie eingangs ausgeführt, diese Formulierungen, für die es ausreichendes völkerrechtliches Material gibt (das natürlich von den Defensoren der Heimatvertriebene als irrelevant gelehnet wird<sup>31</sup>), vor allem dem konkreten Fall einer Verletzung des Rechtes auf die Heimat durch die *Vertreibung* zu. Hier soll auf diese besondere Art seiner Verletzung, die natürlich die schwerwiegendste und krasseste ist, nicht eingegangen werden. Denn Italien hat ja im großen und ganzen das Heimatrecht der Südtiroler nicht durch Vertreibung verletzt. Es muß hiezu allerdings einschränkend gesagt werden, daß eine solche Verletzung zweifellos durch das Umsiedlungsabkommen vom Jahre 1939 (Hitler-Mussolini) erfolgt ist<sup>32</sup>, denn dieses Abkommen hat ebenso wie alle anderen Umsiedlungsabkommen jener Zeit<sup>33</sup>, aber auch späterer wie früherer Umsiedlungsepochen das Recht auf die Heimat am eklatantesten verletzt. Die Austreibung aus dem (geographischen) Lebensraum einer Volksgruppe und deren Väterboden ist, einschließlich der Zwangsumsiedlung im Innern eines Staates (wie in der Sowjetunion den Wolgadeutschen, den Petschenegen oder den Krimtataren angetan), die schärfste Verletzung des Rechtes auf die Heimat (auch wenn man im Sinne von Art. 13, § 2 der Allgemeinen Deklaration vom Wort „country“ ausgeht, ist damit nicht nur der Staat gemeint, sondern auch die territoriale Gliederheit). Daß die Südtiroler ein Optionsrecht hatten und zum größten Teil zugunsten der Umsiedlung ausübten, steht damit nicht in Widerspruch. Denn ihr Wille war gewiß nicht frei auf die Umsiedlung gerichtet, ganz im Gegenteil, mußten sie befürchten, wenn sie nicht optierten, entweder innerhalb Italiens zwangsumgesiedelt zu werden oder aber im ehemaligen Südtirol nicht mehr „in der Heimat“ zu sein, so wie die heute in der CSSR verbliebenen Sudetendeutschen dort nicht mehr „in der Heimat“ sind. Ja, die massive Südtiroler Option stellt geradezu den Beweis dafür her, daß für die Südtiroler „die Heimat“ nicht allein im Verbleib im räumlichen Siedlungsgebiet ihrer Väter besteht, sondern daß der *unbehelligte Verbleib* in diesem Gebiet erst den materiellen Rechtsbegriff der „Heimat“ erfüllt. Da dieser unbehelligte Verbleib, also frei von Diskriminierung<sup>34</sup>, für die Nichtoptanten endgültig wegfiel, stellt die Option das überzeugendste Bekenntnis der Südtiroler zu ihrer Heimat, also zur Heimat ihrer Väter in dem vorhin geschilderten Sinne dar. Die rein materielle (auf Boden, Vermögen, Beruf usw. beruhende) Seite des Begriffes „Heimat“ wurde zugunsten der geistigen der Erhaltung des Volkstums und seines ethnischen Charakters zurückgestellt. Einen deutlicheren Beweis für

<sup>30</sup> Vom 25. Februar 1956.

<sup>31</sup> Remigiusz Bierzanek, Volksgruppenrecht und Heimatrecht, übersetzt in der in Anm. 8 erwähnten Schrift, mit den dort zitierten Veröffentlichungen. Vgl. auch die Memoiren von Eduard Benesch (engl. Original bei Allen & Unwin, London, 1954 erschienen).

<sup>32</sup> Vgl. speziell hierzu: Conrad F. Latour, Südtirol und die Achse Berlin-Rom 1938—1945, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1962.

<sup>33</sup> Les transferts internationaux de population, Paris (Presses Universitaires de France) 1946.

<sup>34</sup> Zum Begriff Diskriminierung vgl. Charles D. Aronson, Study of Discrimination in Education, New York (United Nations) 1957 und Rahl, a. a. O. (in dem in Anm. 20 zitierten Werk) sowie F. Ermacora, Handbuch der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Österreich, Wien (Mazz) 1963, S. 533.

den ganzheitlichen Volksbegriff und seine Richtigkeit (Volk als geistige Zielsetzungsgemeinschaft mit objektiven Merkmalen)<sup>35</sup> hat es in der Geschichte der Völker nicht oft gegeben. Dabei sei nicht übersehen, daß jenes Deutsche Reich, für welches damals optiert wurde, seinerseits das Recht der Völker auf ihre Heimat schamlos mit Füßen trat<sup>36</sup> und höchstwahrscheinlich nie — territorial wie vom Geistigen her gesehen — so etwas wie eine Heimat für die Südtiroler geworden wäre<sup>37</sup>. Man muß ja schon mit Besorgnis feststellen, daß jene Südtiroler, die auf Grund des Optatendekrets nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr nach Südtirol zurückkehrten, obwohl sie die Möglichkeit dazu hatten, teilweise nicht mehr als Südtiroler im Sinne des Heimatbegriffes „Südtirol“ leben und wirken (sehr im Gegensatz z. B. zu den heimatvertriebenen Sudetendeutschen), ihre Heimat also nicht mehr verwirklichen, vielmehr diesen geistigen Konnex verlieren. Das muß ohne Wertung festgestellt werden. Die zu uns gekommenen französischen Hugenotten sind ja auch früher oder später ihrem Heimatverband fremd geworden und in einen neuen eingetreten. Man sieht aber, wie schwere Verluste ein Heimatverband durch Zwangsumsiedlungen, wie jene von 1939 eine war, erleidet.

Erfreulicherweise hat Italien nach dem zweiten Weltkrieg den Südtiroler Optanten mittels Reoption den Weg zurück in die Heimat ermöglicht. Einige blieben freilich ausgeschlossen und diesen wurde damit das Recht auf die Heimat in der krasssten Form, nämlich Vertreibung (etwas anderes war ja die Umsiedlung nicht), vorenthalten. Das italienische Argument, daß diesen Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen des sogenannten Dritten Reiches die Reoption nicht gewährt werden dürfe<sup>38</sup>, ist vollkommen abwegig. Denn da das Recht auf die Heimat den Heimatverband voraussetzt („gesellschaftlicher Verband“) und damit auch die Anerkennung der Geschlechterfolge auf dem Heimatboden, ist ja den Nachkommen der Ausgeschlossenen, die für irgendeine Tätigkeit oder Organisationszugehörigkeit ihrer Väter keine Verantwortung tragen, das Recht auf die Heimat ihrer Vorfahren genommen. Ihren Vätern konnte ja, wenn sie sich gegen allgemeine Strafgesetze usw. vergangen haben, dafür die verdiente Strafe auferlegt werden. Entzug der Heimat ist aber bisher noch kaum je einmal als Strafart definiert worden, jedenfalls nicht in Kulturstaaten westlicher Demokratie. Eine solche Strafart dürfte auch dem menschenrechtlichen Mindeststandard widersprechen, wie er in der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten niedergelegt ist. Ferner ist im Falle der Enteignungen zugunsten der Bozner Industriezone usw. das Recht auf die Heimat der Südtiroler verletzt, da diese Enteignungen nicht „pour utilité publique“ (Gemeinwohl) erfolgten, sondern zur Italianisierung Südtirols.

Von diesen Fällen abgesehen, ist es aber sicher, daß Italien sich gegen das Recht der Südtiroler auf ihre Heimat durch Vertreibung oder Umsiedlung (Entzug des Rechtes) nicht vergangen hat, vielmehr in anerkennenswerter Weise bemüht war, dieses unter dem Faschismus verletzte Recht wiederherzustellen. Damit hat sich Italien zweifellos in einer Epoche des international tolerierten Unrechts (Potsdam) die An-

<sup>35</sup> Othmar Spann, Vom Wesen des Volkstums. Was ist deutsch? 3. Aufl., Berlin (Erneuerungsverlag) 1929; Theodor Veiter, Der ganzheitliche Volksbegriff und das Selbstbestimmungsrecht, Zeitschrift für Ganzheitsforschung, 7. Jahrgang, Wien 1963.

<sup>36</sup> Lückenlose Nachweise mit Textwiedergaben in „Les transferts“, vgl. Anm. 33.

<sup>37</sup> Wie man aus der Auslöschung Südtirols als eines deutsch besiedelten Gebietes in der Schulsprachenkarte von Mitteleuropa in der 1940 erschienenen Ausgabe von Putzger's Großem Historischen Atlas für die höheren Schulen entnehmen kann (vgl. Latour, a. a. O., S. 26).

<sup>38</sup> A. L. Farina, Le opzioni nell'Alto Adige, Rom und Bozen (Ed. dell'Istituto d'Assistenza legale agli Optanti) 1950.

erkennung der rechtlich denkenden Menschen verdient. Namhafte italienische Juristen haben diesen Weg echten naturrechtlichen Denkens auch als Forscher und Lehrer weiterbeschritten<sup>39</sup>.

Wenn man aber das Recht auf die Heimat im materiellen Sinne als Freiheit vor Diskriminierung ansieht, so muß man doch feststellen, daß den Südtirolern dieses Recht auf die Heimat ihrer Väter heute arg beschritten wird, daß dieses Recht vielfach verletzt wird. Es bedarf hier keiner Aufzählung im einzelnen, sie ist oft genug, auch vor der Vollversammlung der VN, gemacht worden. Es ist ein ganzes Bündel von Verletzungen dieses Rechts auf die Heimat, dessen Sicherung doch das eigentliche Ziel des Gruber-De Gasperi-Abkommens seinem Wortlaut nach war<sup>40</sup>. Wenn die Südtiroler in ihrer Heimat vor Gericht praktisch nicht in ihrer Muttersprache auftreten können, wenn ihre uralte Gemeindeautonomie durch nur für Südtirol und sonst keine italienische Provinz bestellte Gemeindegremien durchwegs italienischer ethnischer Zugehörigkeit beschritten wird, wenn der Behördenverkehr zwischen deutschsüdtiroler Gemeinden (innere Amtssprache) nicht ihre, nicht die deutsche Sprache sein darf, wenn Südtiroler in ihrer Heimat praktisch keinen höheren Posten im Staatsdienst erlangen können, wenn ihre überlieferten Hausformen und Siedlungsformen durch zugewanderte und staatlich geförderte Italiener zerstört, in Städten wie Bozen, Meran, ja sogar Bruneck und Brixen geradezu atomisiert werden, wenn zum Gesellschaftsregister des Bozner Unterlandes deutschsprachige Eingaben nicht einmal als Zweitausfertigung neben den italienischen zugelassen sind, wenn bei Bahn und Post kaum je einmal ein Beamter zu ihnen in ihrer Sprache spricht, wenn jahrhundertlang überlieferte Trachten von Südtirolern nicht getragen werden dürfen, wenn angestammte Fahnen und Wappen untersagt sind (Symbole stehen in besonders enger Bindung zur Heimat), wenn fremde Rechtsinstitutionen ihnen aufgezwungen sind (wie z. B. der strafrechtliche Tatbestand der Schmäherung der italienischen Nation, wenn Polizisten (Carabinieri) straflos bleiben, sofern sie Südtiroler Häftlinge mißhandeln, wenn systematisch durch planvoll gesteuerte Unterwanderung der Heimatboden selbst verkürzt und verengt, der „way of life“ beeinträchtigt wird, kann man nicht mehr von unbehelligtem Verbleib am frei gewählten Wohnsitz, in der Heimat der Väter, sprechen. Tatsächlich liegt in diesen Maßnahmen eine Diskriminierung. Auch der Versuch der religiösen und politischen Verformung einer Volksgruppe (gesellschaftlicher Heimatentzug) gehört zu den heute in Südtirol unternommenen italienischen Versuchen, den Südtirolern die Heimat zu nehmen. So wählte, wie der in seinem nachrichtlichen Teil durchaus tatsächliche Informationsdienst SID (Südtiroler Informations Dokumentation) Nr. 10-1963 vom 29. Juni 1963 näher ausführt, das italienische Militär in Südtirol bei den Parlamentswahlen vom April 1963 zu zwei Drittel extreme Linksparteien, wobei diese Stimmberechtigten auch auf viele Landgemeinden verteilt wurden, in denen die bodenständige Bevölkerung ausnahmslos nur Südtiroler Volkspartei oder DC gewählt hätte. Die Kommunisten und Linkssozialisten nahmen hierdurch in den 24 wichtigsten Gemeinden seit 1958 um 38% auf 26.271 Stimmen zu. Es handelt sich dabei ausschließlich um Stimmen für italienische Parteien. Dies bedeutet eine Verformung

<sup>39</sup> Statt vieler Beispiele: Antonio Bianchi, Rassegna di Legislazione e Giurisprudenza sui cittadini italiani di lingua tedesca e sulla provincia di Bolzano, 16 „Diritto Internazionale“, 1962, S. 72 ff., Messineo, a. a. O.

<sup>40</sup> Punkt 1 des Abkommens: „... Schutz des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles.“ Punkt 2: „... Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt.“

der Heimat Südtirol, wobei es sich um gezielte Maßnahmen handelt, da ja der italienische Staat es ist, der den Soldaten Stimmrecht zuerkennt und sie (ein ganzes NATO-Armeekorps) in Südtirol stationiert und nach der erwähnten Meldung sogar bestimmt, in welchen Gemeinden sie stimmberechtigt sind.

Dies muß ganz unabhängig vom Gruber-De Gasperi-Abkommen festgestellt werden. Dieses sollte ja nur eine völkerrechtliche Sicherung des Rechts der Südtiroler auf ihre Heimat bringen und bis zu einem gewissen Grad hat es diese Aufgabe ja auch erfüllt. Es kann gewiß nicht übersehen werden, daß in Erfüllung eines Teiles des Abkommens den Südtirolern Rechte gewährt wurden, die anderen Volksgruppen in Europa und anderwärts — die dasselbe unveräußerliche und unverzichtbare und unverjährbare Gruppenrecht auf Heimat haben — noch versagt sind. Aber das volle Recht auf die Heimat können die Südtiroler heute nicht ausüben. Wir sehen dabei davon ab, ob und inwieweit ihnen eine Landesautonomie zufolge des Pariser Abkommens nur für die Provinz Bozen zusteht. Diese völkerrechtliche Frage ist von beiden Seiten zur Genüge abgehandelt worden, so daß kaum mehr Neues dazu gesagt werden kann. Aber daß zum Recht ethnischer Gruppen auf ihre Heimat ein bestimmtes Maß Selbstverwaltung gehört, ergibt sich aus dem Gesagten von selbst, nämlich jenes Maß, das erforderlich ist, um der erdrückenden Übermacht eines Mehrheitsvolkes bei formeller statt materieller Gleichheit und Gleichberechtigung und damit der „demokratischen“ Vernichtung des Heimatrechts zu entgegen. Wenn etwa durch Unterwanderung den Südtirolern auch die heutigen nicht sehr weit gehenden Selbstverwaltungsrechte in der Provinz Bozen genommen würden (italienische Mehrheit im Landtag, worauf ja bereits ein im Senat eingebrachter Gesetzentwurf zur Ermöglichung der Aberkennung der italienischen Staatsangehörigkeit<sup>41</sup> abzielte), dann wäre wohl sehr zu befürchten, daß dies auch den Verlust der Heimat zur Folge haben könnte, wie sie heute einem völkerrechtlichen Mindeststandard entspricht. Gewiß, es gibt ethnische Gruppen, die institutionelle Minderheiten sind und doch „in der Heimat“ leben (Schweden in Finnland, Deutsche in Dänemark, Waliser in Großbritannien usw.), doch fragt man sich nach den gegebenen Tatsachen, ob dies im Falle Südtirol dann auch so wäre. In der Heimat kann man eben nicht sein, wenn man nur als Minderheit behandelt wird. Teilnahme am Staat muß gewährleistet sein.

#### IV. Das Recht der zugewanderten Italiener auf Heimat

Wenn man ein Recht auf die Heimat auch jenen zubilligt, die rechtmäßig ihren neuen Wohnsitz erworben haben oder die vielleicht zwar von Aszendenten abstammen, denen diese Rechtmäßigkeit nicht zugutekommt, die aber selbst daran keine Schuld tragen (zweite, dritte usw. Generation), dann erhebt sich naturgemäß die Frage, wie es denn mit dem Recht auf die Heimat jener Italiener stehe, die nun in Südtirol ihre Heimat haben, sie als das empfinden und mit ihr innerlich verbunden sind.

Da das Recht nie und nirgends teilbar ist — nur die sowjetische bzw. kommunistische Rechtswissenschaft läßt sich gelegentlich, aber in der Theorie eigentlich auch nur sehr selten, bei solchen Widersprüchen betreten<sup>42</sup> — kann auch das Recht auf die Heimat nicht teilbar sein. Man mag und wird es bedauern, daß das einst geschlossene deutsche Siedlungsgebiet der Südtiroler, das noch für Wilson eine gegebene Tatsache

<sup>41</sup> Es scheint, daß diese Absicht — 375. Sitzung des italienischen Senats vom 27. April 1961 — endgültig fallengelassen ist.

<sup>42</sup> Günther Lammert, *Marxismus-Leninismus und Völkerrecht*, Köln (Markus) 1959.

war<sup>43</sup>, durch italienische Zuwanderung verformt wurde und daß in Südtirol heute bereits ein Drittel oder mehr der Einwohnerzahl ethnisch Italiener sind. Soweit diese nicht auf behördlichen Druck hin ins Land gekommen sind (was zufolge der Wohnbaupolitik sicher weithin der Fall war), haben diese Zuwanderer von einem verfassungsmäßig verbrieften Recht Gebrauch gemacht, einem Recht freilich, das zufolge des Prinzips der materiellen Gleichberechtigung der Volksgruppe mit dem Staats-Mehrheitsvolk höchst fragwürdig ist. Ihnen das Recht auf diese ihre neue Heimat zu bestreiten, wäre naturrechtlich falsch und würde nur zu neuem Unrecht führen. Nicht geschützt durch das Recht auf die Heimat sind diese Zuwanderer nur gegenüber den früher auf den betreffenden Anwesen ansässig gewesen Vertriebenen, Zwangsangesiedelten oder an der Rückkehr seitens Italiens gehinderten Südtirolern und Kanaltälern (Recht auf Rückkehr).

Es kann also, wie die Dinge heute liegen, in Südtirol nicht nur ein Recht der Südtiroler auf ihre Heimat geben; auch die rechtmäßig dort niedergelassenen Italiener müssen in diesem Gebiet — hier allerdings viel enger begrenzt (z. B. Stadt Bozen), da es sich für sie ja um keine Zone eines gegen sie gerichteten ethnopolitischen Drucks handelt — ihre Heimat erblicken dürfen. Auch sie haben das Recht auf unbehelligten Verbleib am neuen Wohnsitz.

Diese Grundsätze können vor allem dann Bedeutung erlangen, wenn eines Tages Südtirol vom *Selbstbestimmungsrecht* Gebrauch machen kann und auch Gebrauch macht. Wie Werner Petersmann<sup>44</sup> — vom evangelischen Christentum her das Problem „Selbstbestimmungsrecht“ naturrechtlich begründend — ausführt, sind „Recht auf die Heimat“ und „Selbstbestimmungsrecht“ eng miteinander verbunden und nach völkerrechtlichem Ganzheitsdenken, wie wir es übrigens schon von Lob entwickelt finden<sup>45</sup>, nur zwei Stränge ein und derselben Wurzel. Das Selbstbestimmungsrecht der „Völker“ (wie man im Sinne Rabl's<sup>46</sup> besser sagt als „Nationen“ im Sinne Decker's<sup>47</sup>) richtet sich nach vorherrschender Lehre stets gegen einen Staat bzw. gegen die Souveränität, wobei aber unterschiedliche Definitionen aufgestellt werden. Viele Autoren (und sicherlich auch die Praxis der Vereinten Nationen in den letzten Jahren) sehen es als das Recht auf Vereinigung des betreffenden Volkes mit seinem Siedlungsgebiet mit einem anderen Staat oder als Recht der staatlichen Verselbständigung, mindestens in Form der Selbstregierung und Selbstverwaltung, während ein Arbeitsausschuß von Völkerrechtlern in Königstein/Taunus<sup>48</sup> erklärt, es sei das Recht der Völker und Bevölkerungs-

<sup>43</sup> Punkt 9 der 14 Punkte Wilsons (Kongressrede vom 8. Jänner 1918) spricht für Tirol von einer Grenzberichtigung „along clearly recognizable lines of nationality“.

<sup>44</sup> Werner Petersmann im Vorwort zu dem in Anm. 20 genannten Werk Rabl's.

<sup>45</sup> Josef Lob, *Über die Rechtsnatur des Völkerrechtes*, in: *Spamm-Festschrift*, Wien (Braumüller) 1950, S. 124. *Ders.*, *Naturrecht und Ganzheitliche Philosophie*, Wien (Notring) 1963.

<sup>46</sup> Vgl. Anm. 20.

<sup>47</sup> Günther Decker, *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*, Göttingen (Schwartz) 1955. Das Selbstbestimmungsrecht im Falle Südtirol wird am weitestgehenden ausgelegt von Franz Klüber, *Moraltheologische und rechtliche Beurteilung aktiven Widerstandes im Kampf um Südtirol*, Mondsee 1963 (Schriftenreihe des Mondseer Arbeitskreises, Nr. 2). Zweifellos gibt es ein Recht zum aktiven, also auch bewaffneten Widerstand, wenn man vom sittlich-theologischen Standpunkt ausgeht. Doch muß es auf Fälle total ungerechter Herrschaftsformen beschränkt bleiben (z. B. 20. Juli 1944) und kann im Bereich des Selbstbestimmungsrechts der Völker, obzwar dort oft angewendet (Cypern, Angola), nicht anerkannt werden, den Fall von Genocide ausgenommen. *Klüber's* Thesen sind zu verwerfen.

<sup>48</sup> Vgl. Heinz Kloss „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppen“ in: *Internationales Recht und die Diplomatie*, Jg. 1961.



gruppen, über ihren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status frei zu bestimmen. Die Leugner des Selbstbestimmungsrechts (*Dahm, Menzel*) in seiner klassischen (Wilson'schen) Definition, nämlich dem Recht auf Gebietsabtrennung, lassen sich im allgemeinen zum Kompromiß herbei, Selbstbestimmung dann als gewährt anzusehen, wenn sie wenigstens zur local autonomy, zur Selbstverwaltung, führt, wie diese den Südtirolern übrigens im Pariser Abkommen als Autonomie einer Region in den Grenzen der heutigen Provinz Bozen versprochen ist, aber noch nicht gewährt wurde. Ohne hier das umfangreiche Problem des Selbstbestimmungsrechts der Völker (und Volksgruppen) erörtern zu wollen, muß doch für den Fall Südtirol gesagt werden, daß den Südtirolern bis heute die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes (Volksabstimmung über Gebietsabtrennung oder Eigenstaatlichkeit oder Verbleib im italienischen Staatsverbande mit eigener Selbstverwaltung) vorenthalten wurde und daher noch verlangt werden kann, wobei gerade nach dem heutigen Trend in der afrikanischen und asiatischen Entwicklung des Selbstbestimmungsrechtes zufolge der Beseitigung des Kolonialismus die Südtiroler selbst gewichtige Rechtsgründe hätten, es zu verlangen, und zwar sogar nach den Grundsätzen des Antikolonialismus, insofern Südtirol als Objekt der Bereicherung der italienischen Wirtschaft bei gleichzeitiger Nichtbeteiligung der Südtiroler an ihren wirtschaftlichen Reichtümern dient (Bodenschätze, Wasserkraft, Holz etc.) und dies auch objektiv nachweisbar wäre. Die Südtiroler könnten in einer Zeit, in der die Entwicklung völkerrechtlicher Grundsätze mannigfache Überraschungen mit sich bringt, vielleicht schon bald in die Lage versetzt werden, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Zwar wird es heute nationalen Minderheiten und Volksgruppen im Rahmen der VN nicht zugesprochen und auch das sowjetische Völkerrecht, das absolut das Selbstbestimmungsrecht der Völker (im Sinne ganzer Nationen) bejaht<sup>49</sup>, verwehrt vorerst den nationalen Minderheiten seine Inanspruchnahme. Das kann sich unter Umständen aber ändern. Wenn man ferner bedenkt, daß das Recht der nationalen Minderheiten auf Autonomie nach manchen Autoren (*Ermacora*) nur ein Surrogat für nicht gewährtes Selbstbestimmungsrecht ist, gewinnt das Problem neue Aspekte. Unseres Erachtens ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker zwar schon gewährleistet, wenn in anderethnischen Staaten siedelnde Volksgruppen nach innerstaatlichem Recht Autonomie haben und sich in einer ihr Volkstum sichernden Weise auf dafür wichtigen Sachgebieten selbst verwalten können, sofern dies von ihnen in einer Abstimmung beschlossen werden kann und dem Staat dagegen kein Satisfaktionsrecht zusteht, doch bleibt immer die Tatsache bestehen, daß im Falle Südtirol das Recht auf die Heimat einen Seitenblick auf ein umfassendes Selbstbestimmungsrecht zuläßt. Wenn man aber, wie es dem Zusammenleben der Völker notwendigerweise entspricht, auch den Italienern, die in Südtirol ihre Wahlheimat, ja auch in der Generationsfolge ererbte Heimat haben, dieses *ihr* Recht auf die Heimat sichert, gleichgültig, welche staats- und völkerrechtliche Gestalt Südtirol annehmen kann oder wird, ist auch dem für Italien begreiflicherweise beinahe als tabu geltenden Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler die Angriffsspitze genommen und wird es zwischen Italienern und Südtirolern diskussionsreif.

So gesehen, kann das Recht auf die Heimat in Fällen wie jenem Südtirols zur dauerhaften Lösung eines bisher fast als tragisch, weil unlösbar erscheinenden Konflikts führen.

<sup>49</sup> Unter anderem in dem in Anm. 4 genannten Werk.

## Summary

During recent years German experts on the law of nations have contracted their attention on problems connected with the right of domicile (or rather: right of homeland). The right of homeland has been violated not only in those countries where great ethnic groups were expelled (such as Germans from Poland and the CSSR; Poles from the provinces occupied by the USSR), but also in countries where minorities, if not expatriated, were deprived of most of their collective and individual rights, one of the most striking examples being the situation of the South Tyrolese in Italy.

Until recently the public international law defined the right of homeland as the right of an individual to remain in his country or to return to it freely whenever he wished to do so, as laid down in § 2, article 13, of the General Declaration of Human Rights. If, however, according to the International Refugee Law, an individual has lawfully established a new domicile in any state granting him asylum, it will hardly be reasonable to deny this new domicile the character of a new home, or home country, with respect to the person concerned.

The right of domicile or homeland has also been looked upon as the right to maintain a domicile lawfully established by and inherited from one's ancestors. Especially among Germans and Slavs a powerful sentimental attitude towards their home country must be taken into account. Moreover, a more or less extended sequence of generations living within a certain area may create the feeling that the right of homeland is a collective right based on the right of self-determination of nations.

The geographical definition of "domicile" or "homeland" is extremely vague. Some will interpret it, for instance, as the soil cultivated by the mountain peasant, others as a member country of a federal state, or as an ethnical community within a state, the latter applying to South Tyrol. History has proved that the individual right of homeland will become a collective plight especially under some kind of pressure.

But the right of homeland also comprises material interests. A juridical subcommittee of the Federation of German Expellees in Bonn has formulated the issue as follows: "The right of homeland is the right of each individual to remain within his domicile and social community as long as it is his free will to do so."

The gravest violation of the material right of homeland is expulsion. Although it is true that Italy has not expatriated the South Tyrolese, their rights of homeland have been seriously curtailed. This is why, in the time of Hitler and Mussolini, many South Tyrolese, making use of their right of option, left their homeland and were willing to give up their material right of domicile rather than forsake their nationality.

Material rights connected with the idea of "homeland" are: the use of the vernacular language in courts and offices, the preservation of such forms of housing and architecture as are indigenous to the country, the public use of traditional symbols such as flags and coats-of-arms, the maintenance of local rights and privileges, and freedom from discrimination of any kind. All these rights of the South Tyrolese have seriously and repeatedly been violated by the Italian government.

But it must not be forgotten that the right of homeland must also be granted to those Italians who legally have taken residence in South Tyrol, especially the second or third generation of Italian immigrants. Considering this fact, a satisfactory solution of the minority problems in Italy and elsewhere could perhaps be arrived at by a correct and careful interpretation and application of the "right of homeland".

## Langue et culture<sup>1</sup>

Par Pierre Naert-Pourquéry

L'attitude des individus et des Etats envers la langue a subi des variations sensibles au cours des temps. On peut diviser — en gros mais tout en restant fidèle à la vérité — cette évolution en quatre périodes dont la chronologie est commune à la plupart des pays, les dates absolues différant toutefois pour chacun d'eux: une première période, antérieure à l'invention de l'écriture et à l'élaboration des langues écrites, au cours de laquelle chacun parlait le dialecte de sa région natale et où les tentatives faites par certains chefs pour introduire une seule et même langue dans leurs royaumes respectifs ne pouvait en règle générale être réalisées que par l'élimination des minorités; une seconde période qui commence avec l'élaboration des langues écrites et coïncide en Europe avec la création des grands Etats de la fin de l'antiquité et du moyen âge, au cours de laquelle ces langues écrites ne sont employées, malgré les ordonnances émanant de l'Etat, que par un nombre relativement restreint de fonctionnaires et d'érudits; une troisième période, qui commence avec la révolution française et sa doctrine des «Etats nationaux», où on considère que la multiplicité des langues dans un Etat constitue un obstacle à l'unité nationale et où les Etats commencent à combattre par tous les moyens et avec un succès grandissant les dialectes et les langues allogènes; enfin une quatrième période, qui en est aujourd'hui à ses débuts, où un nombre croissant d'individus et de groupes protestent contre la politique linguistique totalitaire des gouvernements.

Au cas où quelqu'un s'étonnerait de me voir affirmer que la répression des dialectes et des petites langues remonte à la Révolution française, je rappellerai à mes auditeurs le fait connu que les idées politiques modernes remontent à la Révolution et je citerai la proclamation de la Convention du 15 prairial an II au sujet de la politique en question: «Citoyens, qu'une sainte émulation vous anime pour bannir de toutes les contrées de France ces jargons qui sont encore des lambeaux de la Féodalité et de l'Esclavage».

La même politique de persécution linguistique a été pratiquée à un moment ou à un autre et avec plus ou moins d'énergie par presque tous les Etats du monde. L'école communale et le service militaire obligatoires, alliés à la technique moderne — journaux, radio et télévision — ont rendu cette politique si efficace que la mort des dialectes et des langues minoritaires n'est plus qu'une question de générations — une, deux ou trois au plus.

Comme nous l'avons mentionné plus haut, une opinion de plus en plus large proteste maintenant contre cette politique. Au cours de ces dernières années, plusieurs organisations de défense des minorités se sont constituées et différentes initiatives ont été prises en faveur des langues de moindre rayonnement. Je ne nommerai ici qu'une association internationale, l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes dont le siège est au Danemark, et une association nationale française, le Conseil National de Défense des Langues et Cultures régionales. De plus il a été lancé le 1er mai au Conseil de l'Unesco des pays nordiques un appel signé par 50 professeurs

d'universités nordiques<sup>2</sup> — dont quelques-uns se trouvent dans cette salle — demandant que des mesures soient prises contre les persécutions linguistiques.

Cependant les résultats obtenus jusqu'à présent sont à peu près nuls.

Parallèlement à cette évolution — mais allant en sens inverse — on en constate une autre, concernant le nombre des langues internationales. Si les petites langues sont de moins en moins nombreuses, ou tendent à le devenir, les «grandes» par contre se sont multipliées. Si, dans l'antiquité et au moyen âge, un Européen cultivé n'avait pas besoin de savoir autre chose que le latin et peut-être aussi le grec pour parler et correspondre avec les érudits des autres pays, si au 18e siècle et au début du 19e il lui suffisait de savoir le français, il a, à la fin du 19e siècle, été obligé d'y ajouter l'allemand et l'anglais, et de nos jours il lui faut également comprendre l'espagnol, le russe, le chinois et le japonais. La réaction contre cette situation est la tentative bien connue de lancer une langue internationale auxiliaire.

Ce double état de choses et les problèmes qu'il pose sont à notre époque devenus si aigus que les savants compétents en ces matières — ethnographes, linguistes, psychologues et pédagogues — ne peuvent plus en laisser la solution aux mains des politiciens, ni l'abandonner à la loi du moindre effort ou à quelque autre aveugle loi historique. Ils doivent quitter leur tour d'ivoire, dire ce qu'ils pensent sur ce qui est en train de se produire, et se mettre à la tête de l'évolution.

Nous avons le devoir de nous demander si cela comporte un profit culturel quelconque d'étendre les langues nationales au détriment des dialectes et des langues dont les locuteurs n'ont pas réussi à fonder d'Etat propre.

On peut sans hésitation répondre non à cette question.

La persécution des petites langues par les gouvernements n'est pas seulement la conséquence d'une cynique politique d'expansion, mais certainement le plus souvent d'un manque de compréhension pour les valeurs contenues dans les langues des petits peuples. On croit en général qu'une langue qui ne possède pas une riche littérature constitue un médiocre moyen d'expression. Ceci est absolument faux. Tous ceux qui se sont occupés de ce genre de langues, et même des langues des peuples de niveau de civilisation très inférieur, savent qu'elles sont en elles-mêmes aussi parfaites que n'importe quelle langue de culture. Le célèbre linguiste américain Eduard Sapir écrit dans son livre *Language*: «Le bushman sud-africain le plus primitif s'exprime à l'aide d'un riche système symbolique qui dans son essence est absolument comparable à la langue du Français cultivé». Et encore: «Beaucoup de langues primitives sont d'une richesse de formes, d'une abondance de possibilités d'expressions qui surpassent tout ce qui est connu dans les langues de culture modernes». C'est dans le même esprit qu'écrit son compatriote Benjamin Lee Whorf dans *Language, Thought, and Reality*: «Les langues relativement peu nombreuses, élaborées par les peuples qui ont atteint la civilisation moderne, menacent de s'étendre sur la terre entière et d'exterminer des centaines de langues exotiques différentes, mais il serait vain de prétendre qu'elles représentent un type supérieur. Au contraire: on n'a pas besoin de soumettre les langues pré-littéraires, en particulier celles d'Amérique, à un long examen scientifique pour montrer que le système de relations y est plus exact et plus nuancé que dans les

<sup>2</sup> Publié dans «Europa Ethnica», 1962, pp. 182 ss.

<sup>1</sup> Traduction française du discours prononcé par le professeur Pierre Naert lors de son installation à la chaire de philologie nordique à l'Université de Turku, Finlande, le 12 déc. 1962.

nôtres. A côté de bien des langues américaines, la systématisation formelle des idées apparaît comme pauvre et maigre en anglais, allemand, français et italien».

La seule infériorité démontrable dans les langues non officielles en question est qu'il leur manque de nombreux mots pour exprimer les concepts modernes, par exemple techniques, mais les grandes langues n'ont pas toujours eu ces mots, elles non plus; elles les ont créés au fur et à mesure de la connaissance qu'elles acquéraient de ces concepts, et les langues malchanceuses au point de vue politique en feraient autant si elles étaient employées dans la vie culturelle. Quand le finnois est devenu langue d'Etat, il ne possédait pas non plus de tels mots; maintenant ils existent. Malheureusement la plupart des «décolonisateurs» africains par exemple ne comprennent pas cette vérité élémentaire mais, laissant les langues indigènes se maintenir au niveau dialectal, ils emploient uniquement la langue des anciens colonisateurs dans les écoles de leurs nouveaux Etats.

Une erreur encore plus grave est que l'on s'imagine que la langue est un instrument interchangeable pour exprimer des concepts et des complexes d'idées préexistants. «Nous ne voyons aucun inconvénient à ce que les peuples minoritaires conservent leur culture propre, dit-on souvent, mais ils peuvent très bien le faire tout en adoptant la langue nationale.»

C'est cependant impossible. Langue, pensée et culture sont inséparables. Il n'existe pas d'idée, au moins d'idée tant soit peu élaborée, sans expression linguistique. La langue et la pensée ne sont que deux aspects d'une même chose: la façon dont l'homme se représente le monde et celle-ci est aussi variée que les langues elles-mêmes. Changer de langue équivaut à changer de mentalité et de culture, et quel humaniste oserait affirmer qu'une seule culture existante est si inférieure qu'elle doit disparaître, que c'est un profit pour l'humanité qu'elle disparaisse?

On a déjà dit que notre philosophie occidentale, avec ses concepts caractéristiques de substance, qualité, essence et être, est purement et simplement une reproduction de la grammaire grecque. Si Aristote avait parlé une langue indienne qui ne distingue pas entre substantif et adjectif et à laquelle le verbe «être» fait défaut, elle aurait été toute différente. De nos jours, les philosophes ont fini par découvrir que beaucoup de ces concepts ne correspondent à aucune réalité. On en serait peut-être arrivé plus tôt à cette découverte si quelques peuples dont le type de langue est entièrement différent des nôtres avaient eu la possibilité d'élaborer et de faire connaître leurs propres philosophies basées sur leurs propres habitudes d'expression. Nous n'avons pas les moyens de nous enlever les chances que cela ait lieu un jour — pour ne rien dire de toutes les valeurs littéraires et émotionnelles qu'entraînerait l'anéantissement de la multiplicité des langues.

Sur ce point-là aussi Whorf a énoncé son opinion: «Je peux sympathiser avec ceux qui disent: 'Exprimez-vous dans un anglais clair et simple', surtout quand ils protestent contre le formalisme vide qui consiste à encombrer la langue de mots pseudosavants. Mais limiter la pensée aux seuls clichés de la langue anglaise, et surtout à ceux de ces clichés qui représentent le sommet de la clarté et de la simplicité en anglais, c'est perdre des ressources de pensée qui, une fois perdues, ne se retrouvent jamais. C'est cet anglais 'le plus clair et le plus simple' qui contient le plus grand nombre de préjugés inconscients sur la nature. C'est le problème que pose un système tel que le Basic English, avec lequel on veut imposer à un monde sans méfiance un anglais britannique

châtré, avec ses prémisses cachées plus efficaces que jamais, comme la substance de la raison pure elle-même... C'est pourquoi je crois que ceux qui rêvent d'un monde futur où une seule langue serait parlée, que ce soit l'anglais, l'allemand, le russe ou quoi que ce soit d'autre, nourrissent un faux idéal et rendraient à l'évolution de la pensée humaine le pire des services. La culture occidentale a, par l'intermédiaire de la langue, fait une analyse provisoire de la réalité et considère sans correctifs cette analyse comme définitive. Le seul correctif possible repose dans les autres langues qui, ayant subi leur évolution propre au cours des millénaires, sont parvenues à des analyses provisoires différentes mais tout aussi logiques.»

S'il n'y a sans doute guère d'humanistes qui osent affirmer que certaines cultures sont si inférieures qu'il vaut mieux qu'elles disparaissent, c'est malheureusement l'avis de la plupart des politiciens et du grand public. «Il est dans un sens regrettable que les cultures des petits peuples disparaissent, entend-on souvent dire, mais il est inutile de s'en attrister car elles sont remplacées par d'autres de plus haute valeur.»

En réalité il n'en est rien: elles ne sont remplacées par aucune autre culture — pendant quelques générations tout au moins. La culture implique une tradition. Comme V. A. Koskenniemi l'écrivit une fois: «Sans tradition, pas de culture. On peut donc dire que toute culture vivace porte comme Enée son père sur ses épaules.» Et la tradition implique naturellement le maintien de la langue ancestrale, de la langue maternelle.

Mais une langue ne peut pas vivre et être un instrument culturel parfait si elle n'est pas employée dans la vie officielle, et surtout si elle n'est pas employée à l'école comme langue d'enseignement. Et ici les linguistes, les psychologues et les pédagogues doivent faire front à une objection supplémentaire. On dit que les programmes scolaires sont trop chargés pour leur ajouter l'enseignement des petites langues locales; et on dit même qu'un tel enseignement nuirait à celui de la langue nationale.

Ceci encore est une erreur. Vers 1920 déjà, des pédagogues enseignant dans les pays coloniaux, par exemple G. Hardy, ont essayé d'alarmer l'opinion en montrant les «conséquences lamentables d'un emploi précoce et exclusif de la seconde langue (= langue de culture) dans les écoles des pays coloniaux»; en Suisse allemande, le dialecte est depuis longtemps généralement employé comme première langue d'enseignement, et cela sans conséquences fâcheuses; et l'an dernier le scandinavisant Tore Österberg a soutenu à Upsal une thèse intitulée *Bilingualism and the first school language*. Ses résultats sont formels. Dans le district scolaire de Piteå, où le dialecte diffère tellement du suédois officiel que l'on peut parler de bilinguisme, Tore Österberg, a fait un examen expérimental par lequel, avec l'autorisation des autorités, il a fait donner l'enseignement à un certain groupe d'enfants dans leur propre dialecte, tandis que les groupes de contrôle ont commencé directement la classe en suédois, suivant la méthode habituelle. Les tests faits par la suite ont montré que la première méthode donnait de meilleurs résultats sur tous les points, par exemple pour la rapidité de la lecture et la compréhension du texte.

La conclusion des spécialistes est donc qu'il n'existe pas de contre-indications contre l'emploi des langues locales dans l'enseignement scolaire, mais qu'au contraire on devrait commencer par ces langues locales, si petites soient-elles. Seules ces langues peuvent assurer la continuité culturelle de notre monde et donner aux hommes les sentiments d'enracinement dont ils ont de nos jours plus besoin que jamais.

Qu'il faille aussi apprendre la ou les langues nationales est si évident qu'on n'a pas besoin de le souligner; de même il est clair que la connaissance d'une ou deux langues voisines est des plus utile. Mais on ne peut pas en apprendre un nombre illimité, et cette réflexion m'amène à l'autre partie de mon raisonnement.

Je n'ai pas besoin de m'étendre sur la multitude de langues de culture qu'une personne cultivée est obligée de savoir de nos jours. Il est évident que personne ne peut ou tout au moins n'a le temps d'apprendre les six, sept ou huit langues qu'on devrait savoir pour pouvoir suivre l'évolution des événements au point de vue scientifique, technique ou politique. Comme Björn Collinder l'écrit dans l'invitation à la «Première conférence internationale sur le problème linguistique dans les sciences» qui a eu lieu à Copenhague en août 1962: «La diversité des langues absorbe du temps et de l'énergie et réduit à néant des milliers de possibilités de contact; très souvent elle est cause que des expériences scientifiques faites dans des territoires linguistiques défavorisés restent inconnues dans le reste du monde; elle rend difficile l'échange d'idées direct dans les congrès linguistiques; elle engendre l'imprécision là où devrait régner la précision — situation lamentable, incompatible avec l'essence de la recherche et l'efficacité qui caractérise le mode de travail de la science.»

Il n'y a qu'une façon de remédier à cette situation: s'entendre sur une langue auxiliaire internationale, et une seulement. Jusqu'ici la plupart des gens sont bien à peu près d'accord, mais la discorde commence quand il s'agit de choisir cette langue: vaut-il mieux prendre une langue «naturelle», et en ce cas laquelle, ou une langue artificielle, et laquelle? On comprend cependant de quel côté la balance a tendance à pencher quand on lit les actes de la conférence en question: tous les participants — et ils représentaient les pays les plus divers — étaient d'accord que l'esperanto est la seule solution au problème: d'une part les langues nationales sont toutes trop difficiles pour être suffisamment bien apprises par un nombre important de personnes, d'autre part il serait injuste de favoriser telle ou telle nation en choisissant sa langue comme seconde langue mondiale. La langue de la conférence était aussi l'esperanto. Il y a quelques dizaines d'années la plupart des savants, en particulier les linguistes, souriaient quand on leur parlait d'esperanto; maintenant il en est autrement; dans tous les pays on trouve des linguistes éminents qui sont des partisans enthousiastes de l'esperanto — je sais que la Finlande n'est pas une exception à cette règle, et pour la Suède je viens de nommer Björn Collinder.

Nous voyons donc qu'ici, comme dans bien des cas, la vérité est à peu près le contraire de ce que croient les gens en général. Ce dont nous avons le plus besoin — en particulier à notre époque — ce ne sont pas les langues nationales de grande expansion que les pouvoirs publics font tout ce qu'ils peuvent pour étendre au détriment des petites langues, ce sont les langues locales, riches de traditions culturelles, plus une et une seule langue servant d'instrument international d'échange sur un plan universel.

Mais bien qu'il soit désirable que l'introduction d'une telle langue ait lieu le plus tôt possible, elle peut à la rigueur attendre. Ce qui ne peut pas attendre, c'est le sauvetage des petites langues, car alors on risquerait qu'il ne soit trop tard. Et je termine en formulant ce vœu: Puisse tous les Etats du monde permettre à leurs ressortissants de continuer encore longtemps à porter leurs ancêtres sur leurs épaules.

(Pierre Naert-Pourquéry, Professeur à l'Université de Turku)

#### Zusammenfassung

(Antrittsvorlesung von Prof. P. Naert-Pourquéry, gehalten am 12. Dezember 1962 an der Universität Turku, Finnland)

Das Verhältnis der Individuen und Staaten zur Sprache war im Laufe der Zeiten starken Veränderungen unterworfen. Vor der Entwicklung einer Schriftsprache sprach jeder nur seinen heimatlichen Dialekt. In den großen Staaten, die im Altertum und im Mittelalter gegründet wurden, entstanden zwar Schriftsprachen, sie wurden aber nur von einer beschränkten Zahl von Beamten und Gelehrten verwendet. Seit der Französischen Revolution mit ihrer Theorie von den „Nationalstaaten“, die das Bestehen mehrerer Sprachen in einem Staat als eine Gefahr für die nationale Einheit betrachtete, begannen die Staaten die Dialekte mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die öffentliche Schule und die Wehrpflicht unterstützten, im Bunde mit der modernen Technik (Presse, Rundfunk, Fernsehen), diese Politik, sodaß der Tod der Minderheitensprachen nur noch eine Frage von 2 bis 3 Generationen ist. Heute hat eine vierte Phase der Entwicklung eingesetzt: eine wachsende Zahl von Individuen und Gruppen protestiert — allerdings fast ohne Erfolg — gegen die totalitäre Sprachenpolitik der Regierungen, eine Bewegung, die von nationalen und internationalen Vereinigungen, wie die FUEV, gefördert wird.

Parallel mit dieser Entwicklung, jedoch in umgekehrtem Sinne, geht eine zweite: die Vermehrung der internationalen Verkehrssprachen. Im Mittelalter gab es nur das Latein, dann trat das Französische das Erbe des Lateinischen an, im 19. Jahrhundert mußte man noch Deutsch und Englisch und heute, wenn möglich, auch noch Spanisch, Russisch, Chinesisch und Japanisch dazulernen. Die Reaktion gegen diese Entwicklung bildeten die Versuche, künstliche Welthilfssprachen zu schaffen.

Die Situation hat sich so verschärft und so schwierige Probleme aufgeworfen, daß die zuständigen Fachgelehrten deren Lösung nicht mehr den Politikern allein überlassen dürfen. Es ist ihre Pflicht, die Kulturfeindlichkeit der heutigen Sprachenpolitik zu beweisen. Die Verfolgung der kleinen Sprachen durch die Regierungen zeugt von größter Verständnislosigkeit gegenüber den Kulturwerten, die in diesen Sprachen enthalten sind. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß nur die Literatursprachen über reiche Ausdrucksmöglichkeiten verfügen. Die „primitiven“ Sprachen sind oft ausdrucksvoller, anschaulicher und symbolhaltiger als die sogenannten „Kultursprachen“. Vielleicht fehlen ihnen die Wörter für die modernen, z. B. technischen Begriffe, aber auch die „großen“ Sprachen haben sich diese Wörter erst schaffen müssen. Ein noch größerer Irrtum ist die Einbildung, die Sprache sei ein auswechselbares Instrument, man könne die vorhandenen Begriffe und Ideenkomplexe ohne weiteres in jeder beliebigen Sprache ausdrücken, die Minderheiten könnten ihre Kultur behalten, auch wenn sie die Staatssprache übernehmen. Das ist unmöglich! Sprache und Kultur bilden eine untrennbare Einheit. Eine neue Sprache bedeutet eine neue Mentalität und eine neue Kultur, und keine Kultur kann so gering sein, daß ihr Untergang nicht einen Verlust für die Menschheit bedeutete.

Jene täuschen sich, welche meinen, es sei zwar bedauerlich, daß die Kultur der kleinen Völker verschwinde, aber sie würde durch eine höhere, wertvollere Kultur ersetzt. Kultur setzt Tradition, also auch die Erhaltung der Sprache und der Mentalität der Ahnen, voraus. Eine Sprache, die nicht als Unterrichtssprache Verwendung findet, ist zum Untergang bestimmt. Man sollte, wie es in der deutschen Schweiz und versuchs-

weise auch in Schweden geschieht, den Unterricht in der heimatlichen Mundart beginnen und dann erst zur Staatssprache übergehen. Das würde die Kontinuität der Kulturtradition und das Gefühl der Verwurzelung im heimatlichen Boden erhalten, das den meisten Menschen unserer Zeit fehlt.

Daß man, neben der Muttersprache, noch andere Sprachen lernen sollte, braucht nicht unterstrichen zu werden. Die vernünftigste Lösung wäre: die Erhaltung der an Kulturtraditionen so reichen lokalen Sprachen und dazu die Einführung einer einzigen internationalen Verkehrssprache. Dies hat Zeit, aber dringend ist die Rettung der kleinen Sprachen, die vom Untergang bedroht sind.

### Wir gratulieren

Johann Wilhelm Mannhardt — 80 Jahre

Nicht im Rückblick, in unverminderter aktiver Lebenskraft und erfüllt von Arbeitsenergie, hat der emeritierte Marburger Universitätsprofessor und Mitherausgeber von „Europa Ethnica“, Dr. Johann Wilhelm Mannhardt, am 17. September sein 80. Lebensjahr vollendet. Der 1883 in Hamburg geborene Gelehrte und Erzieher vereint die Weltaufgeschlossenheit und Heimatverwurzelung des Hanseaten in sich, weitete und vertiefte sie durch seine Erfahrung und Studien dies- und jenseits des Ozeans bereits vor dem ersten Weltkrieg und verlebendigte die Erkenntnisse in der Gründung der Deutschen Burse und des Institutes für Grenz- und Auslandsstudien an der Philipps-Universität zu Marburg an der Lahn, nachdem er mit dem Schützengrabenerlebnis des Weltkrieges heimgekehrt war. Mannhardt prägte einen neuen Typus des akademischen Lehrers, der nicht allein vom Katheder und der Fachgelehrsamkeit, sondern im lebendigen, täglichen gemeinschaftlichen Umgang mit den Hörern und auf Grund der Erfahrungen in der deutschen Umwelt und seiner Aufenthalte in England und den Vereinigten Staaten von Amerika und des verpflichtenden Bewußtseins der verschiedenen Völker für einander an der Bildung und Erziehung einer ebenso volks- wie staatsbewußten Generation arbeitete. Sein Erziehungswerk wollte und will ebenso den vollgültigen geistigen wie politischen Menschen, es ist eine Erziehung und Bildung, welche vom Akademiker nicht allein den Vollbesitz des geistigen Rüstzeuges der Fachbildung, sondern politische Bildung fordert. An der deutschen Burse in Marburg vereinte er in diesem Sinne eine Elite von Studenten verschiedener Staatsbürgerschaft und deutscher Volkszugehörigkeit und schärfte ihre Kraft zur richtigen Erkenntnis und Einschätzung von Staat und Volk, von staatsbürgerlichem und volklichem Denken, zum Bewußtsein des Rechtes und der Notwendigkeit der Völker, ihrer Gliedhaftigkeit in der Gemeinschaft der Nationen und ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Welt. Der Totalitätsdrang des Dritten Reiches mit seinem Etatismus und Herrenmenschendenken hatte für die von Mannhardt und seiner Burse gepflegte Weltaufgeschlossenheit und humanistische Volklichkeit wenig übrig und griff nach der Burse, versetzte Mannhardt nach Breslau und hinderte seine Lehrtätigkeit. Der zweite Weltkrieg sah Mannhardt wieder an der Front. Nach dem großen Kataklysmas heimgekehrt, bemühte er sich um die Wiedererrichtung der Burse und des Institutes und trat mitbestimmend in den Kreis derer, welche in einer Zeit der Herabwürdigung und Mißkenntnis des Volkswesens und seiner unentbehrlichen Funktion die richtige und notwendige Anerkennung des Volkes und besonders auch der Rechte der kleinen Völker und Volksgruppen sichern wollen. In diesem Bemühen ist ihm so mancher Erfolg beschieden gewesen und man darf Mannhardt danken für seinen bedeutenden Beitrag zur Anerkennung des Volkes, neben dem Staatsdenken, für die Menschenrechte und Lebensrechte aller Völker und der Volksgruppen und zur allumfassenden Humanitas. Möge Professor Mannhardt noch lange einer der regsamsten unser Mitarbeiter sein.

### In Memoriam

Arlille Carlier

Am 17. Mai 1963 starb im Städtischen Krankenhaus von Charleroi der Vizepräsident des Mouvement de la Wallonie Libre. Der Verstorbene war eine der führenden Persönlichkeiten der Wallonenbewegung, der sich nachhaltig für das wallonische Volk und seine Stellung innerhalb des belgischen Staates einsetzte. 1887 in Monceau-sur-Sambre geboren, besuchte er das humanistische Gymnasium in Charleroi und wandte sich später einer Berufslaufbahn im Volksbildungswesen zu, nachdem er 1911 zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert worden war. Geschult an den nationalen Gedanken seines Lehrers Jules Destrée, trat er in die Assemblée wallonne ein, wirkte bei der Ligue Wallonne von Charleroi, wurde Mitarbeiter der «Gazette de Charleroi» und der «Nouvelle Gazette». 1935 gründete er gemeinsam mit Abbé Mahieu die Wallonische Demokratische Front (Front démocratique wallon) und wurde Direktor der wallonischen Zeitung «La Wallonie Nouvelle». Der zweite Weltkrieg beendete diese Tätigkeit. Wegen Gründung einer Widerstandsbewegung wurde er 1941 verhaftet und von den Deutschen zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Nach der Befreiung war er an vorderster Stelle im Wallonischen Nationalkongreß und als solcher wurde er auch Vizepräsident der FUEV, die ihm außerordentlich viel verdankt. Zugleich wurde er Vizepräsident des Mouvement de la Wallonie Libre. In deren Monatsschrift «Wallonie Libre» widmete ihm ihr jetziger Präsident M. Bologne in der Ausgabe Nr. 6/1963 herzliche und ehrende Worte des Gedenkens.

### Vom Leben der Volksgruppen

BELGIEN

#### Efforts pour terminer la querelle des langues

Dans la première moitié de l'année 1963, la querelle des langues en Belgique était au comble. Jusqu'à l'avènement du roi Léopold III, c'étaient les Wallons parlant français qui avaient le grand mot dans l'Etat belge. Pendant des dizaines d'années, les Flamands luttaient pour l'égalité des droits dans l'Etat. Aujourd'hui les Flamands ont la majorité de la population. Aux quatre provinces wallonnes, le Hainaut, Liège, Luxembourg — ces dernières avec une minorité allemande — et Namur avec à peine 3 millions d'habitants s'opposent les quatre provinces flamandes Anvers, Limbourg et les Flandres occidentale et orientale avec 4 millions, auxquelles il faut ajouter la province bilingue de Brabant avec Bruxelles qui compte plus de 2 millions d'habitants.

Au cours de cette année, des démonstrations de nationalistes wallons et flamands et aussi de partisans de l'Etat unitaire eurent lieu à Bruxelles, Liège et Charleroi. Dans nombre d'endroits il y eut des bagarres et même des attentats à l'aide de matières explosives.

La querelle s'est surtout envenimée dans la question du caractère de l'Université catholique de Louvain. Au mois de mai environ 3000 étudiants de langue française et 240 professeurs de l'université s'y mirent en grève, tandis que les 5000 étudiants flamands continuèrent à suivre les cours. La ville de Louvain avec ses 40.000 habitants a un caractère absolument flamand, l'Université avait jusqu'à présent une administration française. Le recteur de l'université, Mgr. Descamp, déclara que les éléments wallons devaient s'accommoder avec le statut unilingue de Louvain et qu'il ne fallait pas dramatiser les difficultés que ferait l'existence d'une université bilingue dans une ville unilingue. Nullement, on cassa les vitres au directeur des organisations universitaires françaises. Après de longues délibérations, un statut fort compliqué fut élaboré, dont l'application en pratique sera très difficile.

La législation linguistique de 1932 qui jusqu'à présent était en vigueur, ne satisfaisait ni les Wallons ni les Flamands. Maintenant le gouvernement a décidé en principe de fixer les frontières linguistiques, et le 12 juillet 1962, la Chambre a voté les

lois linguistiques présentées par le ministre Lefèvre-Spaak avec 157 contre 33 voix. La loi du 8 novembre 1962 stipule outre les territoires unilingues, wallon et flamand, un statut nouveau pour le district bilingue de Bruxelles avec ses 19 communes et pour les 6 communes de la banlieue de Bruxelles. Le règlement de l'usage des deux langues écarte le préjudice porté jusqu'à présent aux Flamands. De la même manière le statut linguistique des fonctionnaires de l'administration centrale belge, a été réformé. La révision de la Constitution, déjà commencée en 1954, mais deux fois interrompue, qui devra tenir compte des changements survenus depuis 1830 dans la structure de l'Etat, sera probablement votée au Parlement encore cette année.

De la part du groupe ethnique allemand en Belgique, on s'efforce d'obtenir pour les districts allemands de la Belgique orientale, des garanties semblables à celles des territoires flamands et wallons.

#### Deutschbelgier an den Ministerpräsidenten

Der „Bund der Deutschbelgier“ richtete am 12. November 1962 einen Brief an Ministerpräsident Levétre in Zusammenhang mit der Arbeit an der Verfassungsänderung. Darin erinnert er an die Rundfunkansprache vom 6. Juli 1961, in welcher der Ministerpräsident sagte: „Wir wollen nicht nur für ein harmonisches Zusammenleben unserer flämischen und wallonischen Mitbürger sorgen, sondern auch unser Möglichstes tun, damit Sie alle, meine lieben deutschsprachigen Landsleute, sich in unserem Lande wohlfühlen.“

„Die Regierungsvorlagen über die neue Sprachgesetzgebung lassen aber leider erkennen, daß an unsere Gleichberechtigung nicht gedacht ist“, heißt es im Brief des „Bundes der Deutschbelgier“ sodann. „Der erste, vom Parlament bereits verabschiedete Gesetzentwurf verweigert dem deutschen Sprachgebiet den eigenen Verwaltungsbezirk; der zweite stellt das eigentliche deutsche Sprachgebiet auf gleichen Fuß mit den gemischtsprachigen Gemeinden; im dritten wird ihm ein Status zugemutet, der die seit Kriegsende widersetzt betriebene Französisierung der Schulen jetzt legalisieren soll.“

Wie ist die versprochene Gleichstellung — in ihrer Rundfunkansprache vom 5. Mai 1962 heißt es: „Durch den Gesetzentwurf der Regierung wird der deutschsprachigen Bevölkerung die gleiche Behandlung wie den Bewohnern Flanderns und der Wallonie zuteil — mit der nunmehr auf Gesetzesebene eingeleiteten Diskriminierung in Einklang zu bringen? ... Eine auch nur bescheidene Mitgestaltung an der Verfassungsreform ist der deutschen Sprachgruppe verwehrt ... Noch möchten wir hoffen, daß Ihrer Zusage an den deutschsprachigen Bevölkerungsteil auf allen seinen Lebensgebieten die Taten folgen. Auf daß wir uns in Belgien, das auch unser Staat ist, wirklich wohlfühlen können!“

Am 13. April 1963 richtete der „Bund der Deutschbelgier“ ein weiteres Schreiben an Ministerpräsident Levétre, in dem daran erinnert wird, daß das Gesetz über die Anpassung der Verwaltungseinheiten an die sprachlichen Gegebenheiten der deutschsprachigen Gemeinden weiter in wallonischen Regierungsbezirken beläßt und die Gesetzentwürfe in Verwaltung und Unterrichtswesen nicht den wirksamen Schutz der sprachlich-kulturellen Eigenpersönlichkeit der deutschen Sprachgruppe bieten. Es wird sodann festgestellt, daß das bereits verabschiedete Gesetz und die Regierungsvorlagen „hinsichtlich der deutschsprachigen Bevölkerung eindeutig die offiziell anerkannten Grundrechte der Sprachgemeinschaften auf Wahrung ihrer Eigenart verletzen“. Es wird gefordert, daß „im zweiten Gesetz dem deutschen Sprachgebiet ein eigener Verwaltungsbezirk zugewilligt wird und daß aus den noch ausstehenden Sonderbestimmungen entfernt werden, die mit der allgemeinen Kulturpolitik des Staates in Widerspruch stehen. Unsere Sprachgruppe ist die zahlenmäßig weitaus schwächste und wird niemals, weder in den gesetzgebenden Körperschaften noch in den anderen Ein-

richtungen des Staates einen Einfluß ausüben können. Verdient sie nicht schon deswegen die besondere Obsorge von Regierung und Parlament? Ihre in der neuen Sprachgesetzgebung verankerte, grundsätzliche Gleichberechtigung mit den beiden großen Sprachgruppen ist hierfür erste Voraussetzung.“

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### Stadion in Leek eröffnet

In Anwesenheit von 2000 aktiven Sportlern wurde das neue Stadion in Leek am 9. Mai eröffnet. Verteidigungsminister Hassel erinnerte daran, daß erstmals dänische und deutsche Fahnen bei diesem Grenzlandtreffen gemeinsam hängen. Die alten Spannungen des Volkstumkampfes habe man überwunden und aus dem Gegeneinander sei ein Miteinander geworden. „Grenzen sind in Europa nichts Trennendes mehr.“

##### Sorgen mit der Jugend

Auf der Jahresversammlung der dänischen Verbände am 28. April in Jaruplund teilte der SSV-Vorsitzende Rektor Herman Tychsen mit, daß auf Grund der Sparmaßnahmen der dänischen Regierung eine Reihe von Bauarbeiten der dänischen Minderheit nicht vorankomme. Die Mitgliederzahl der kulturellen Organisationen sank um etwa 1000 auf 28.284. Doch seien glücklicherweise nicht die Zahlen für die Arbeit der nationalen Minderheit entscheidend. Ursache des Sinkens ist, daß es nicht gelungen sei, die Jugend in größerem Umfang in den SSV zu führen. „Noch nicht alle dänisch gesinnten Eltern in Südschleswig schicken ihre Kinder in die dänische Schule“, teilte er weiter mit. Im Berichtsjahr wurden von der SSV 968 Versammlungen mit 44.456 Teilnehmern abgehalten. An 59 dänischen Theatergastspielen nahmen 13.195 Personen teil. Tychsen dankte dem dänischen Rundfunk und Fernsehen für das Interesse an den Fragen der dänischen Minderheit.

Für die zukünftige Arbeit gab der Vorsitzende des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) bei dessen Jahrestagung bekannt: 1. Erweiterung der Organisation mit Mitgliedern und Vertrauensleuten des SSW in ganz Südschleswig; 2. Aktualisierung des politischen Programmes, besonders durch Vorschläge zur Gleichberechtigung der Kulturen, Sozialgesetzgebung der nordischen Länder und Wirtschaftsförderung; 3. Kontakt mit Kreisräten und Gemeinderäten; 4. Rechtzeitige Auswahl der Landtagskandidaten; 5. Verbreitung von „Flensburg Avis“ und „Südschleswigsche Heimatzeitung“.

##### 4200 Kinder in dänischen Schulen

Schulvereinsvorsitzender F. Mommsen der Dansk Skoleforening for Sydslesvig präsidierte der Jahresversammlung am 5. Mai 1962, in welcher von der Konsolidierung und vom Aufbau des dänischen Schulwesens in Südschleswig berichtet wurde. Schuldirektor Christian Thorup Nielsen teilte mit, daß 80 dänische Schulen mit 4189 Schülern — 112 weniger als 1962, aber mit 456 Neuanfängern um 81 mehr als 1962 — und 40 dänische Kindergärten mit 1096 — um 27 mehr als 1962 — bestehen. Nach abgeschlossener Schulbildung verließen 550 Kinder die Schulen. Es sind 292 Lehrer und Lehrerinnen und 68 Kindergärtnerinnen beschäftigt. Von den Lehrern stammen 140 aus Dänemark; derzeit werden 21 Südschleswiger an Lehrerseminaren in Dänemark ausgebildet. 20 Südschleswigerinnen erhalten ihre Ausbildung als Kindergärtnerinnen in Dänemark. Zahlreiche junge Südschleswiger nehmen Studienaufenthalt in Dänemark. Die dänische Volkshochschule in Jaruplund ist vollendet. Zu den Unkosten tragen der dänische Staat und private Sammlungen in Dänemark bei, die Kieler Landesregierung stellt knapp 4 Millionen DM bei, die Gemeinden fast 38.000 DM. Weiter zahlt das Land Schleswig-Holstein für die dänischen Kindergärten 76.000 DM und für die Volkshochschule Jaruplund 52.000 DM. Der Bericht schloß mit der Feststellung, daß man sich auf dem Gebiet des dänischen Schulwesens in Südschleswig stabilen Verhältnissen näherte.

#### „Dannvirke“ zur Grenzfrage

Das Haderslebener Blatt „Dannvirke“ veröffentlichte am 5. Mai 1962 in einem Artikel folgende Feststellungen: „Kein verantwortlicher Däne oder Deutscher wünscht eine durch Macht bedingte Grenzrevision. Es gibt sowohl dänische wie deutsche Menschen, die die Hoffnung und den Glauben besitzen, daß die Grenze einmal auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts verlegt werden wird, entweder nach dem Süden oder nach dem Norden. Es gibt in beiden nationalen Minderheiten Menschen, die glauben und auch hoffen, daß eine Verschiebung der Grenze unnötig ist, daß sie nicht aktuell wird, weil die Entwicklung es mit sich bringt, daß die Grenze statt dessen „überwunden“ wird. Wir können Seite an Seite in Freiheit und Frieden mit einer Staatsgrenze leben, die Brücke ist, und die nicht zugleich Front zu sein braucht.“

Will man einer nationalen Minderheit das Recht nehmen, seine Hoffnung und seinen Glauben durch Einschränkung der Gleichberechtigung der Minderheit zu nehmen, übt man unserer Meinung nach Unrecht. Man kann vielleicht eine Minderheit dazu zwingen zu schweigen. Aber Hoffnung und Glaube können nicht durch Strafmaßnahmen getötet werden. Eine nationale Minderheit hat natürlich Wünsche, Hoffnungen und Glauben, die im Widerstreit zu den Wünschen, Hoffnungen und zum Glauben des Herbergstaates stehen müssen. Das hat zu früheren Zeiten zu einer mehr oder weniger harten Machtpolitik geführt. Die europäische Demokratie muß heute einsehen, daß einer nationalen Minderheit die Freiheit ohne Beschneidung des staatsbürgerlichen Rechts gesichert werden muß, ihr nationales Leben zu gestalten, auch wenn ihr Glaube und ihre Hoffnung nicht die des Herbergstaates sind.“

#### Höhere Zuschüsse für dänische Jugendarbeit

In der Sydslesvigsk danske Ungdomsforeninger sind 97 dänische Jugendvereine Südschleswigs mit 7564 Mitgliedern vereinigt, teilte Vorsitzender Lehrer Wilhelm Klöver bei der Jahrestagung am 11. Mai 1963 in Kappela mit. Im vergangenen Jahr wurde ein Neubau für den dänischen Segelklub in Flensburg gebaut und ein Bauernhof in Tarp bei Flensburg als Zentrale der dänischen Pfadfinderbewegung erworben; wegen der Baubegrenzungen müsse der Bau der dänischen Sporthalle in Flensburg etwas hinausgeschoben werden. Aus Eigenleistungen der Jugend wurden 144.000 DM aufgebracht, 39.000 DM kamen aus öffentlichen Zuschüssen.

#### Toto-Gelder für dänische Minderheit

Aus dem Überschuß des dänischen Fußball-Toto erhielt die dänische Minderheit in Südschleswig 50.000 Kronen.

#### Dänischer Unterrichtsminister in Flensburg

Auf dem Jahrestreffen der dänischen Jugend in Flensburg am 5. Mai überbrachte der dänische Unterrichtsminister Helveg Petersen die Grüße der dänischen Regierung und des Folketing. Er unterstrich, daß das dänische Volk auch weiterhin bereit sei zur Unterstützung der Arbeit der dänischen Minderheit südlich der Grenze. Dabei sei das eigene Schulwesen der Dänen in Südschleswig besonders wichtig. Aus der Treue der dänischen Minderheit zum dänischen Ideal könne Dänemark lernen. Ministerpräsident Krag richtete eine Botschaft an die Volksgruppe.

Der Abgeordnete der dänischen Volksgruppe im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Berthold Bahnsen, erklärte, die Entwicklung zu Europa fordere einen besonderen Einsatz für die volkliche Arbeit. Wenn die Staatsgrenzen aufgehoben würden, sei die Arbeit der Minderheiten nicht überflüssig, denn die Buntheit der Kulturen in Europa müsse erhalten werden.

Das Jahrestreffen der Dänen in Flensburg sah zahlreiche Gäste aus Dänemark, darunter viele Folketingsabgeordnete und den dänischen Botschafter in Bonn, Franz Hvass.

#### Staatszuschuß für Kirchenneubau

Erstmals bewilligte der dänische Staat Gelder für ein Bauvorhaben der dänischen Minderheit in Südschleswig südlich der Linie Schlei-Danewerk. Bisher gibt es nur in Flensburg und Glücksburg dänische Kirchen in Südschleswig; für die neue Kirche in Rendsburg, die an Stelle der baufälligen alten Kirche, die Mittelpunkt des dänisch-kirchlichen Lebens in Rendsburg ist, treten wird, stellt Dänemark 500.000 Kronen zur Verfügung.

Die dänischen Minderheitenschulen südlich der Schlei werden mit den privaten Mitteln der dänischen Grenzorganisation „Slesvig Liga“ und „Sydslesvigsk Udvalg“ erhalten.

#### DÄNEMARK

##### Aktivierung der deutschen Jugendarbeit

Der Deutsche Jugendverband für Nordschleswig verabschiedete am 28. Mai 1962 in Tingleff seine nach zweijährigem Bemühen fertiggestellte Satzungsänderung. Damit soll der Weg für die Aktivierung der Jugendarbeit freigegeben sein. Es wurde ein monatlich tagender Geschäftsausschuß eingeführt und der Vorstand auf 22 Mitglieder erweitert. Als Aufgabe wurde die Förderung deutscher Kultur und Sprache, Turnen und Sport und deutsche Geselligkeit festgelegt.

##### Kindergartenweih in Apenrade (Aberna)

Mit der Einweihung des Neubaus des zweiten deutschen Kindergartens ist Apenrade die erste unter den vier Städten Nordschleswigs mit zwei deutschen Kindergärten. Bei der Feier am 8. Mai hielt Schulrat Lessow die Festrede. Die Errichtung war durch die Hilfe der Behörden und der Schulsammlung südlich der Grenze möglich.

##### Von der Arbeit der Selbsthilfe

Seit Wiederaufnahme der Ausleihetätigkeit 1958 hat die Deutsche Selbsthilfe für Nordschleswig 368 Darlehensanträge mit einem Gesamtbetrag von 890.000 Kronen bewilligt. Dies teilte der Vorsitzende bei der Hauptversammlung am 20. Juni in Tingleff mit. Die Zahl der Mitglieder ist mit 1200 zu gering, es müßte die Jugend stärker einbezogen werden.

##### 17. Knivsbergfest

Bei prächtigem Wetter fand das 17. Knivsbergfest der Nachkriegszeit statt, das Sommerfest der Nordschleswiger auf traditionsreicher Feierstätte. In der Festansprache erinnerte Hans Heinrich Johannsen, daß vor etwa 70 Jahren das erste Knivsbergfest stattfand. „Wir Deutsche und Dänen haben bisher in Nordschleswig miteinander gelebt, gestritten, aber auch gute Nachbarschaft gehalten... Eine gute Atmosphäre ist ein Beitrag des Grenzlandes für Europa. Schließlich muß dieses Europa ja gerade wachsen, wo die verschiedenen Völker im Grenzland sich ineinanderschoben. Hier spielt sich der Alltag im Zusammenleben ab... In der Freiheit zu leben, verpflichtet. Es verpflichtet vor allem auch die nationalen Minderheiten, vorbehaltlos mitzuarbeiten an einer Lebensform, die es uns ermöglichen soll, weiterhin zusammenzuleben, um das Glück als freie Menschen zu erhalten.“

#### FRANKREICH

Un cas de discrimination en Bretagne présenté par la délégation bretonne au 13e Congrès de l'Union fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes (Aoste, mai 1963)

Le breton étant la langue unique parlée dans la famille du médecin Dr. Etienne, il n'envoie pas ses enfants dans une école publique, mais leur fait classe lui-même à la maison. La loi française permet que l'enseignement soit dispensé par la famille à condition qu'il puisse être contrôlé par les Services de l'Inspecteur d'Académie. Pour l'année

scolaire 1961/62 et jusqu'au décembre 1962, l'inspecteur d'Académie du Finistère signa des certificats déclarant que le niveau d'enseignement des enfants du Dr. Etienne était l'équivalent de celui fixé par la loi. Il reconnut même que ces enfants étaient sensiblement en avance pour leur âge. Mais depuis le 1er janvier 1963, ces certificats de scolarité sont refusés à la famille Etienne tant que l'enseignement des enfants leur serait dispensé en breton, cet enseignement ne pouvant être contrôlé par les services scolaires.

Comme les certificats de scolarité sont exigés par la Caisse d'Allocations Familiales, celle-ci a suspendu tous les versements à la famille Etienne, non seulement pour les deux enfants d'âge scolaire, mais même pour les trois plus jeunes et pour la mère qui n'est pas salariée. Cela signifie un dommage financier très sensible, les allocations pour une famille de cinq enfants dont la mère reste au foyer s'élevant à plus de 5000 fcs par an, alors que le salaire annuel garanti par la loi n'est que de 3500 fcs. Une réclamation du Dr. Etienne n'eut aucun succès.

Ainsi lorsqu'une famille de langue bretonne désire donner l'éducation à ses enfants en leur langue maternelle dans une région même où cette langue est parlée et où cet enseignement peut facilement être contrôlé par l'Inspecteur d'Académie, l'Etat français exerce sur elle une pression pour qu'elle renonce à ce droit en lui ôtant une partie importante de ses droits sociaux.

La délégation bretonne prie l'UFCE d'intervenir auprès du Ministre Français de l'Education Nationale et d'attirer son attention sur ce cas flagrant de discrimination à l'égard d'une minorité linguistique.

#### Table ronde Européenne

Les 16 et 17 Février 1963, s'est tenue à Paris une Table Ronde Européenne regroupant les représentants des associations nationales et régionales suivantes:

La délégation d'Euskadi (Pays Basque) composée des mouvements E. T. A. et Enbata,

Estat Catala,  
Ligue Celtique (Confédération des Pays Celtiques)  
Mouvement pour l'Organisation de la Bretagne,  
Parti Nationaliste Occitan,  
Parti d'Union Wallonne,  
Reviscol Occitan,  
Volsunie (Flandre)

Assistaient comme observateurs:

Bleun Brug (Bretagne)  
Félibrige (Occitanie)  
Fédération des groupements Corses,  
Kendalc'h, (Bretagne)  
Mouvement pour une France Fédérale,  
La France Latine  
Mouvement Fédéraliste Européen,  
Gauches Européennes.

Les débats ont fait ressortir les dangers que représentent pour les ethnies et les peuples naturels la forme technocratique selon laquelle se bâtit aujourd'hui l'Europe et la nécessité de parvenir, dans la construction de celle-ci à des formes politiques qui correspondront aux réalités humaines.

La situation des peuples divisés par une frontière fut évoquée, ainsi que celle des peuples dominés par un Etat artificiel qui s'évertue à faire disparaître leur personnalité nationale.

La réunion avait pour but d'établir un organisme destiné à défendre le droit de ces peuples à retrouver leur personnalité politique. Ils veulent constituer, *chacun dans sa réalité naturelle*, en tenant compte avant tout des facteurs humains, les éléments de base de l'Europe, qu'on les appelle Etats ou régions, auxquels sera reconnu le pouvoir de gérer leurs propres affaires.

Les participants ont adopté la motion suivante:

«Convaincus qu'une Union Européenne valable devra profondément transformer et dépasser les formations étatiques surannées qui continuent à diviser l'Europe,

Affirment leur hostilité à un super-état européen centralisé qui se révélera aussi incapable que les Etats actuels de tenir compte des droits des peuples, des minorités, des régions, des communautés ethniques naturelles dont ils sont pourtant composés;

Estiment que l'Europe ne peut valablement se construire que sur la base d'une Union des peuples, ethnies, communautés naturelles et régions, qui en sont en premier lieu la réalité vivante et non seulement sur la base d'une fédération des Etats actuels;

Estiment que cette union des peuples européens devra tenir compte, selon les conventions internationales, du droit de chacun d'eux à l'autodétermination ou à la gestion de ses propres affaires par l'application d'un fédéralisme interne;

Invitent les représentants de ces peuples et régions d'Europe à s'unir au sein d'une Assemblée des Peuples et régions européennes;

Décident de constituer un secrétariat permanent et un groupe d'études en vue d'unir leurs efforts et de travailler à la réalisation de ces idéaux.»

#### Rassemblement basque à Ixassou

Fétant l'«Aberri Eguna», jour de la patrie, six cents Basques, venus des provinces françaises et des provinces espagnoles, se sont réunis hier, à Ixassou, à vingt-cinq kilomètres de Bayonne, pour «jeter les bases d'un mouvement nationaliste et autonomiste, dans le cadre de l'Europe fédérée».

Sur la scène de la salle paroissiale du village s'étaient assis autour de M. Jean Etcheverry, conseiller général de Baïgorry, et de M. Michel Eppherre, gendre du sénateur Errecart, les représentants de divers mouvements séparatistes: MM. Jose-Maria Batista Roca, membre du conseil nationaliste catalan; de Conninck, député au Parlement de Bruxelles, président des autonomistes flamands; Robert Waffaye, président de l'Union wallonne; Le Prohon, du Mouvement d'organisation de la Bretagne; François Fontan, des séparatistes d'Occitanie, et Jean Cloutier, du Rassemblement pour l'Indépendance du Canada français, auxquels s'étaient joints, par télégramme, un mouvement gallois; assistaient également à la manifestation le docteur Labéguerie, député des Basses-Pyrénées, M. Delzangles, ancien député, et quelques élus départementaux et communaux.

Après les souhaits de bienvenue de MM. Epherre et Simon Haran, ont successivement pris la parole: MM. Batista Roca, de Conninck, au nom des Flandres belges; Waffaye, au nom de l'Union wallonne, un représentant du M. O. B. breton et M. Jean Cloutier, au nom du Canada français.

Mlle. Arbelbide a présenté, en basque, un rapport sur la défense de la langue du pays, préconisant la création d'un département du Pays Basque doté d'un statut linguistique, avec préfecture à Bayonne, dont sont reconnues cependant les fortes anciennes traditions gasconnes, avec inspection académique, enseignement obligatoire du basque dans les écoles primaires, professeurs bilingues, implantation d'instituts d'études supérieures rattachés à l'Académie de Bordeaux.

Dans son rapport économique, M. Davant a insisté sur la crise de l'économie rurale et les difficultés auxquelles se heurtent les industries régionales.

A l'issue de son exposé politique, M. Abeberry a préconisé la création d'un département basque en attendant «l'Etat souverain, fédéré dans le cadre de l'Europe».

Les assistants ont ensuite voté à mains levées l'adoption d'une charte et d'une motion qui seront déposées à la sous-préfecture de Bayonne, et dont voici les conclusions:

«Le Mouvement Enbata, réuni le 15 avril, à Ixassou, propose au peuple basque: Dans un premier stade et dans le respect de la constitution et des lois qui régissent la République française, la création d'un département basque comprenant les trois provinces de Soule, Basse-Navarre et Labourd, département qui jouira d'un statut de la langue basque; dans un second stade et dans l'Europe unie, la formation d'une région politiquement, administrativement et culturellement autonome, rassemblant les sept provinces basques et fédérée aux autres entités européennes.»

(Extrait de SUD-OUEST, Bordeaux, 16 Avril 1963)



## ITALIEN

### Slowenische Schulen in Italien

In Triest gab es am Ende des Schuljahres 1962/63 mit slowenischer Unterrichtssprache 38 fünfklassige Grundschulen mit 1077 Schülern und 13 Mittelschulen mit 1178 Schülern.

In der Provinz Görz gab es 18 Grundschulen mit 393 Schülern und 4 Mittelschulen mit 305 Schülern.

Alle Schulen in der Provinz Triest, die slowenische Unterrichtssprache haben, sind auf Grund des Londoner Memorandums international rechtlich garantiert. Die slowenischen Schulen in den Provinzen Triest und Görz haben ihre Verankerung auch in dem im Juli 1961 in der römischen Kammer beschlossenen Gesetz Nr. 1012.

In der Provinz Udine (Friaul), also in Slowenisch-Venetien und im Kanaltal hat das Gesetz keine Gültigkeit und besteht kein Unterricht in slowenischer Sprache. Mit der Annahme des Regionalstatuts für Friaul-Triest-Görz ist aber die Frage des eigenen slowenischen Schulwesens auch für die Provinz Udine aktuell geworden.

(Delo, 24. Juni 1963)

### Schools at Bozen

According to a study of the school situation made known by the Bozen city administration in late April, 1963, there were, on 15 April, 1962, 53 kindergartens within the city of Bozen, 39 for Italian and 14 for German-speaking children. At the same date the primary schools of the city of Bozen were attended by 5067 Italian-speaking and 1230 German-speaking children; the secondary schools, junior level ("Untermittelschulen"), by 3333 Italian and 2279 German students; the secondary schools, senior level ("Obermittelschulen"), by 2542 Italian and 906 German students. Of the German students of the secondary schools (junior and senior levels), 509, i. e. 47.7 per cent, were resident at places other than Bozen.

### Elections to Senate and Chamber

For the fourth time since 1945 elections to the Senate and the Chamber of Deputies were held in South Tyrol. At the elections of 1948, 1953 and 1958 the candidate of the constituencies of Bozen and Brixen had been a "Südtiroler Volkspartei" man by clear majority, the Province of South Tyrol being represented by three members, all of them belonging to the "Südtiroler Volkspartei". As had been the case at the 15th Provincial Assembly of the "Südtiroler Volkspartei" in December, 1962, the strained relations within the Party were also apparent at the nomination of candidates for the elections to Senate and Chamber.

On 12 March ex-senator Dr. Karl Raffener announced his individual candidature, for the coming Senatorial election, in the constituencies of Bozen and Brixen, stressing his independence of any party.

At the election to the Senate, Senator Dr. Luis Sand was re-elected by 41,808 votes in the constituency of Bozen; Burgomaster Saxl was newly elected by 69,122 votes in the constituency of Brixen. Ex-senator Dr. Josef Raffener secured 15,187 votes in both constituencies but failed to win a seat. The former DC-senator Rosati found himself outvoted, but was called to the Senate later after the death of a Trentino senator.

For the first time the Nenni Socialists succeeded, by the remaining votes of Trient and Rovereto, in getting one senator in South Tyrol, namely, Orlando Lucchi, a candidate of the constituency of Bozen.

Thus, South Tyrol is represented in the Senate not only by the directly elected senators of the "Südtiroler Volkspartei" but also by two Italian senators backed by the Trentino.

At the election to the House of Delegates the "Südtiroler Volkspartei" in South Tyrol received 132,217 votes or 56.6 per cent of all votes cast, as compared to 130,955, or 60.8 per cent, at the election in May 1933.

Attention must be paid to the fact that all members of army and police forces who are stationed in South Tyrol went to the poll there, which explains why, at some places, the poll exceeded 100 per cent, Innichen showing a maximum of 133 per cent. It must also be considered that a great number of young South Tyrolese are following occupations in foreign countries. What is of special significance is the increase in Communist and Radical Socialist votes caused by the military voters.

As before, three of the South Tyrolese candidates were elected, namely, the previous delegate Dr. Mitterdorfer (19,540 preferential votes), and the new candidates, Dr. Ing. Karl Vaja (19,638 preferential votes) and Hans Dietl (18,325 preferential votes). The distribution of the remaining votes resulted, on behalf of the Italians, in the re-election of the previous DC delegate Dr. Alcide Berloffo, for the constituency of Bozen, and the new election of the Communist candidate, Carlo Scotoni.

On 1 May, 1963, the South Tyrolese daily "Dolomiten" wrote with regard to the results of the election: "The outcome of the election has confirmed the previous number of South Tyrolese representatives in Rome. This should afford satisfaction to the electorate; for the Party, however, it means a warning to restore such conditions as allow all South Tyrolese to feel at home within the comprehensive 'Südtiroler Volkspartei' that has been founded in 1945."

### "Erzherzog-Johann-Heim" at Meran

On 2 May, 1963, the corner-stone was laid of the Meran boarding-house of the Canon Michael Camper foundation, which is to bear the name "Erzherzog-Johann-Heim". The house can be built thanks to contributions received from South Tyrol, Styria, the rest of Austria, and Germany. It is destined for 160 students of the German and the Ladin minorities. The consecration of the corner-stone was celebrated by Suffragan Bishop Heinrich Forer; speeches were made by the President of the Michael Camper Foundation ex-senator Dr. Karl Tinzl, and the director of the Canon Michael Camper House at Bozen, Rev. Willi Walther.

### Archbishop Dr. Gottardi at Bozen

The newly appointed archbishop of Trient, Msg. Dr. Aless. Gottardi, made his solemn entry into Bozen on 26 May. In the Bozen provost's parish church he preached a sermon in which he said: "My sympathy, my prayer, and my care shall be extended to all of you. I gladly refer to my first contacts with the land now entrusted to my apostolic care, and it is with you, my beloved parishioners speaking the German tongue, that I am willing to renew these contacts. I wish to assure you of my most sincere intention to do everything for your spiritual well-being, with such utmost care as various pastoral reasons appear to recommend. I deeply regret that I am not able, right from the beginning, to establish personal contacts with all of my parishioners in their respective mother tongues. I am sorry for not being sufficiently conversant with the German language, whose extraordinary vigour and profundity I have always admired. It is quite natural for each of us to esteem, love and protect our mother-tongue. I hope that, by the grace of our Lord, I may be able to bestow such care on this important part of my diocese as will promote the progress of religious life and Christian apostolate among clergy and parish, with special regard and respect for the individual needs of the national groups living in this country."

### A New Paper

The first issue of a new paper, "Südtiroler Nachrichten", appeared on 25 April. The paper, which is to come out fortnightly, is loosely associated with the "Südtiroler Volkspartei". Its managing editor is Dr. Ing. Hans Plaikner. The paper is printed at Brixen.

#### Mass Demonstration by the South Tyrolese Youth

On 9 June, 1963, more than 15,000 young people from all parts of the country staged a mass demonstration at Bozen. The address of the day was delivered by bishop Dr. Josef Gargitter of Brixen. In his directive speech he said, among other things:

"As catholics you are second to none as regards loyalty and love towards your nation and your home country. Where there is no room for love, there will be no room for God either. In these days the contacts within the family of nations are getting closer, and connecting links must be created for the good of all, links between individuals, nations, states and continents. There is no basis, other than Christ, upon which you can build. All of you appreciate the great heritage handed down to you by your forefathers: first of all the sacred heritage of the Catholic faith and the Christian morals which form the character of the Tyrolese people and have made our country the "Holy Land of Tyrol"; next, the high values of language, culture, manners and customs. Do cultivate and protect these assets, but do so always in terms of justice and charity. Justice must provide the foundation, charity, the spirit of social partnership."

#### Dynamiters to be Tried in Milano on 9 December

South Tyrolese lawyers were informed by the President of the Milano Grand Jury, Dr. Simonetti, that the trial of the South Tyrolese persons who were arrested in connection with the dynamite attempts in early summer 1961 and have remained under arrest since is to begin on 9 December 1963. The competent Milano public prosecutor, Dr. Gresti, announced that arrangements have been made to accommodate all of the prisoners together at San Vittore, in Milano, whereas at present they are being held in prisons at Milano, Mantua, and Padova.

#### The Provincial Governor of Tyrol on the South Tyrol Problem

Herr Eduard Wallnöfer, who was elected governor of Tyrol after the death of Governor Dr. Tschiggfrey, is a native of Schluderns, in South Tyrol. On the occasion of his inauguration by the Austrian Federal President Dr. Schärf in Innsbruck on 17 July he said that the Tyrolese provincial parliament was among the most ancient parliaments of the world. It must be understood that the feelings of the Tyrolese have been gravely hurt by the forcible division of the country that is considered a spiritual as well as a cultural entity by both North and South Tyrolese. We have not given up the hope that the commission for the study of the South Tyrol problems, whose work has been extending over two years, will soon come to a final and successful conclusion. We do wish that the results of the inquiry may form a sound basis for the bilateral negotiations to reach the necessary decisions, and that, consequently, the cultural, social and economic rights may be safeguarded by an autonomy to be granted to the province of Bozen.

#### Final Session of the Commission of Nineteen

The Commission of Nineteen for the study of the South Tyrol problems, which was scheduled by the Minister of the Interior, Scelba, in July 1961, comprising seven South Tyrolese and twelve Italian members, practically concluded its work on 23 July, 1963. Now the chairman, Delegate Paolo Rossi, together with the Commission's secretary, Vice Prefect Dr. Domenico Fabiani (who was appointed Head of the Regional Section of the Prime Minister's Office on 21 July) will work out the final report on the results of the Commission's 2 years work. Upon this, another session of the Commission of Nineteen will be convened in October, by which the report will be examined, debated, finished and approved, to be submitted to the government.

#### Revival of Bombing

The dynamiters' activity revived on 28 July 1963, attempts being made in Upper Italy on railway lines leading to Switzerland and Austria. There were more attempts

in various parts of South Tyrol during the following weeks. Upon this, the Italian Minister of the Interior ordered additional army and police forces to be stationed in South Tyrol; systematic and rigorous searches were made by them in the whole South Tyrol area.

#### Carabinieriprozeß in Trient

Vom 20. bis 29. August 1963 fand beim Landesgericht Trient unter Vorsitz des Gerichtspräsidenten Dr. Giacomelli ein Prozeß gegen zehn schwerster Mißhandlungen von politischen Südtiroler Häftlingen angeklagte Carabinieri statt. Als im Sommer 1961 zahlreiche Südtiroler in polizeiliche Untersuchung genommen worden waren, wurde bald bekannt, daß diese unter Mißbrauch der Amtsgewalt in Polizeigefängnissen mißhandelt worden waren. Es wurden 44 Anzeigen erstattet, von denen aber nur ein Teil weiterbehandelt wurde. Schließlich wurden 23 Polizisten wegen Mißhandlung von Häftlingen angeklagt, wovon aber dann nur gegen zehn der Prozeß eingeleitet wurde. Die Angaben der Mißhandelten, aller Zeugen und der Ärzte, bestätigten die erschütternden Anklagen. Der Trienter Gerichtshof sprach jedoch in seinem Urteil am 29. August 1963 acht der angeklagten Carabinieri frei mit der Begründung, daß sie die Tat nicht begangen hätten oder weil ihr Vorgehen kein Verbrechen darstellte; und zwei ebenfalls frei, weil sie nur geschlagen hätten und ihr Vergehen unter die Amnestie fällt. Das Urteil löste in Südtirol ungeheure Empörung aus.

#### JUCOSLAWIEN

##### Italienische Schulen in Jugoslawien

Zwischen Vertretern der Grenzgebiete Jugoslawiens und Italiens fanden in Fiume Besprechungen statt. Die Koordinierungskommission für die Minderheitenfragen der Bezirksausschüsse von Capodistria, Fiume und Pola erörterte Fragen eines einheitlichen Lehrplanes an den italienischen Schulen, Fragen der Finanzierung, der Besetzung von Lehrstellen und Pläne zur Herausgabe von Schulbüchern. Bisher wurden acht Bücher für die Grundschulen und vier für die höheren Schulen herausgebracht. Die Mittel stellte die Volksrepublik Kroatien. Einige Schulhandbücher werden in Italien bestellt werden. Die Lehrstellenbesetzungen sind für die 29 italienischen Schulen mit 135 Abteilungen und 2130 Schülern befriedigend. Die Kommission hat den Schulen empfohlen, die finanziellen Bedingungen für die italienischen Schulen weiter zu verbessern. Bei einer nächsten Zusammenkunft in Capodistria soll jener Teil der Gemeindestatuten studiert werden, der die Lage der italienischen Gemeinschaft in Jugoslawien betrifft.

(Delo, 26. März 1963)

##### Minderheitenschulwesen in Slowenien

Im Gebiet der Volksrepublik Slowenien leben rund 12.000 Angehörige volklicher Minderheiten — 2627 Italiener in den Gemeinden Capodistria, Pirano und Isola, und 9992 Magyaren im Bezirk Murska Sobota, besonders in der Gemeinde Lendava. Im Bezirk Capodistria gibt es 9 italienische Grundschulen mit 42 Klassen und 381 Schülern. An den beiden Gymnasien in Capodistria und Pirano werden 27 italienische Schüler unterrichtet. Den Kindergarten besuchen 21 italienische Kinder.

Im Übermurgebiet ist das Schulwesen zweisprachig. Es wird in slowenischer und magyarischer Sprache unterrichtet. Der Vorteil des Systems der Zweisprachigkeit liegt in der Möglichkeit für die Angehörigen der magyarischen Minderheit, ihre Ausbildung an allen slowenischen Hochschulen fortzusetzen. Es gibt im Übermurgebiet 14 zweisprachige Schulen mit 93 Klassen und 1460 Schülern. Das brennendste Problem ist der Mangel an Lehrern für die zweisprachigen Schulen.

(Primorski dnevník)

##### Lehrbücher in drei Sprachen

Die Abteilung zur Herausgabe von Schulbüchern in Pristina in der Volksrepublik Mazedonien wird zu Beginn des neuen Schuljahres zweihundert neue Lehrbücher für Grund- und Mittelschulen in albanischer (skipetarischer), serbokroatischer und türkischer

Sprache herausgeben. Die Schüler, welche in den Grund- und Mittelschulen die albanische Sprache fakultativ lernen, werden in diesem Jahre die entsprechenden Lehrbücher erhalten.

(Delo, 24. Juli 1963)

#### ÖSTERREICH

##### Erstmals Reifeprüfung am Slowenischen Gymnasium in Klagenfurt

Am Bundes-Realgymnasium und -Gymnasium für Slowenen in Klagenfurt (das seine Errichtung nicht zuletzt dem österreichischen Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel verdankt) fand mit Abschluß des Schuljahres 1962/63 erstmals die Reifeprüfung (Matura, Abitur) statt. Es sind also acht Jahre her, daß diese höhere Schule für Slowenen errichtet und Jahr für Jahr weiter aufgebaut wurde. Wie dem „Letno Porocilo“ (Jahresbericht) VI-1962/63 dieser höheren Lehranstalt zu entnehmen ist, erhielt der Direktor der Anstalt, Oberstudienrat Dr. Joško Tischler, vom österreichischen Bundespräsidenten am 9. Juni 1962 die endgültige Ernennung zum Direktor. An der Anstalt studierten zu Ende des Schuljahres 1962/63 insgesamt 257 Schüler, und zwar in der ersten Klasse 28, in der zweiten 31 und in den folgenden sechs Klassen je 33. 17 Schüler und Schülerinnen besuchten die 8. Klasse bis zum Schluß und legten die Reifeprüfung mit Erfolg ab. Den Vorsitz führte hierbei der Landesschulinspektor (Direktor der Minderheiten-Schulabteilung) für die slowenischen Schulen Kärntens, Dr. Adalbert Schreiner. Aus Anlaß der ersten Matura am Kärntner Slowenischen Gymnasium fand eine große Festveranstaltung statt, an der Landeshauptmann Ferdinand Wedenig von Kärnten, Prälat Msgr. Dr. Blüml, einer der beiden slowenischen Domherren im Domkapitel, als Vertreter des Landesbischofs Exz. Dr. Josef Köstner, Nationalrat Dr. Ludwig Weiß, Landesschulinspektor HR. Dr. Arnold und zwei Vertreter des Slowenischen Schulwesens aus Jugoslawien teilnahmen.

##### Österreich als Mittler

Vom 21. bis 27. Juli fand in Steinberg an der Rabnitz eine einwöchige Jahrestagung der „Österreichischen Gemeinschaft“ unter dem Leitsatz „Österreich als Mittler“ statt. Das Hauptreferat hielt der Präsident des Österreichischen PEN-Clubs, Franz Theodor Csokor, der in einem geschichtlichen Rückblick zu der Feststellung gelangte, daß der heutigen Generation das Gefühl für Österreichs natürliche Mittlerfunktion bereits weitgehend abhandengekommen ist. Bemerkenswerte Feststellungen machte Dr. Erich Körner in seinem Referat „Österreichs Volksgruppenpolitik als Prüfstein unserer Europareife“. Er stellte überzeugend dar, daß man für ein vereintes Europa oder eine donauländische Kulturgemeinschaft, für eine österreichische Brückenfunktion oder eine internationale Verständigung als Österreicher nur dann glaubhaft eintritt, wenn man mit derselben Entschiedenheit völkische und rassische Vorurteile abzulegen und für die Förderung unserer ethnischen Minoritäten einzutreten bereit ist.

Einen wesentlichen Bestandteil der Tagung bildeten unmittelbare Kontakte mit der kroatischen und der madjarischen Volksgruppe des Burgenlandes. Bei einem Besuch in Frankenua gab es einen herzlichen Empfang durch Bürgermeister Kröpl und dem Obmann des Kroatischen Kulturvereins Dr. Linzer sowie Vorträge von Konsistorialrat Ignaz Horvath und Bezirksschulinspektor Zvonarich. Den Höhepunkt bildeten eine Ehrenkundgebung beim Miloradić-Denkmal und ein Heimatabend. In Oberwart erfolgte ein Besuch in der reformierten Kirche, wo Pfarrer Gyenge über das Leben der kalvinischen Madjaren des Burgenlandes berichtete.

(Aus: „Burgenländischer Pressedienst“, 10. August 1963)

##### Pressekonferenz des Kroatischen Kulturvereins

Der in Österreich seit 1930 bestehende Kroatische Kulturverein als Organisation der bodenständigen sprachlichen kroatischen Minderheit im Burgenland hielt am 10. Mai 1963 im Presseklub Concordia in Wien eine Pressekonferenz zur Information über die Lage der Volksgruppe ab. Der Verbandsobmann Demeter Linzer betonte die Loyalität der burgenländischen Kroaten, welche den Willen haben, zu den treuesten

und besten Söhnen Österreichs zu gehören. „Wir sind keine fünfte Kolonne eines ausländischen Regimes“, sagte er. Nachdem er einen Überblick über die Geschichte seit der vor 400 Jahren erfolgten Ansiedlung gab, skizzierte er kurz die Siedlungsverhältnisse und die kulturellen und schulischen Einrichtungen. Es gibt im Burgenland 50 Gemeinden mit kroatischer Bevölkerung. Die Zahl der Volksgruppe beläuft sich auf rund 30.000. Außerdem befinden sich noch 15 kroatische Gemeinden in Ungarn und 4 in der Tschechoslowakei, jedoch ohne Betätigung ihres Volkslebens. Im Burgenland wird an 40 Schulen in kroatischer und deutscher Sprache unterrichtet.

Auf Anfragen gaben auch Altlandeshauptmann Dr. Lovro Karall, Landtagsabgeordneter Dr. Müller, die Bezirksschulinspektoren Mersich und Zvonarich Auskunft. Es wurde auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus dem Vorhandensein von drei kroatischen Mundarten und dem historisch bedingten Unterschied zwischen der modernen Schriftsprache und der burgenländischen kroatischen Volksprache ergeben. Erst im letzten Jahrhundert, als die Kroaten keine nennenswerten Beziehungen zur alten Heimat unterhielten, entwickelte sich die Schriftsprache in ihrer heutigen Form. In ungarischer Zeit — bis 1921 — bestand die Intelligenzschicht fast nur aus der Geistlichkeit und einigen Lehrern. In der Zwischenkriegszeit entstand in Österreich ein blühendes Kulturleben und wuchs eine starke studentische Jugend heran. Es entstand der Wunsch nach Errichtung eines kroatischen Kulturhauses. Der Kroatische Kulturverband wünscht seine Errichtung in Eisenstadt, manche wünschen sie in Wien als der „größten burgenländisch-kroatischen Gemeinde“ mit 15.000 Kroaten. Mit Befriedigung wurde zur Kenntnis gegeben, daß in den Grundbüchern auch die kroatischen Namen verzeichnet werden.

Der frühere burgenländische Landeshauptmann Dr. Lovro Karall forderte die Erlassung eines neuen Schulgesetzes, welches nicht der Ortsbevölkerung und Lehrerschaft die Bestimmung des Unterrichtes überlasse. Der Kulturverband forderte von der Bundesregierung eine Soforthilfe von drei Millionen Schilling, wie sie auch den Kärntner Slowenen bewilligt und ausbezahlt worden sei.

##### Verband slowenischer Gesangsvereine

Der Verband slowenischer Gesangsvereine in Kärnten hielt am 4. Mai 1963 im Hermagorashauss in Klagenfurt eine Vollversammlung ab. In den erstatteten Berichten zeigt sich die rege Sangestätigkeit in den slowenischen Gemeinden. Wegen Arbeitsüberlastung trat der bisherige Obmann Dr. Franc Krajger zurück, sein Nachfolger wurde Prof. Dr. Anton Feinig.

(Naš tednik Kronika)

##### 40-Jahr-Feier des Klubs slowenischer Studenten

Am 16. Juni 1963 beging der Klub slowenischer Studenten in Wien das Fest der 40. Wiederkehr seiner Gründung. Am 21. Juni 1923 bildete sich in Wien der Klub der Kärntner slowenischen Akademiker; zu den Gründungsmitgliedern zählten der nunmehrige Direktor des Slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt, Dr. Joško Tischler, Prälat Dr. Rudolf Blüml und Ing. Marko Polzer. Seit 1961 hat der Klub sein Heim in dem von Pater Ivan Tomazić betreuten Haus „Korotan“. Zur 40-Jahr-Feier wurde das Jubiläumswerk „Zbornik slovenskih študentov“ herausgegeben. Kontakte bestehen mit deutschen studentischen Organisationen aus der Überzeugung, daß es dringend erforderlich ist, Verbindungen mit den Deutschen zu unterhalten. Nur wenn sie die Situation der Slowenen kennen, können sie diese verstehen lernen.

##### Kärntner Schulstatistik

In ganz Kärnten gibt es, wie aus dem soeben erschienenen Statistischen Handbuch der Kärntner Landesregierung hervorgeht, 48.818 Volksschüler. Davon besuchen 973 (2 Prozent) den slowenischen Unterricht. Für diese zwei Prozent werden 98 von den 407 Kärntner Volksschulen, also volle 24 Prozent, gemischtsprachig geführt.

Im einzelnen bestehen im Bezirk Klagenfurt 23 gemischtsprachige Schulen, an denen von den insgesamt 8099 Schulkindern des Bezirkes 245 slowenische angemeldet

sind, das sind beiläufig 10 Kinder pro gemischtsprachiger Schule oder 3 Prozent der Schüler. Im Bezirk Villach sind es 25 gemischtsprachige Schulen bei 174 eingeschriebenen slowenischen Kindern und bei einer Gesamtschülerzahl von 7589. Das sind also 7 Kinder je gemischtsprachige Schule oder 2 Prozent aller Schüler des Bezirkes. Der Bezirk Völkermarkt hat 44 gemischtsprachige Schulen, in denen von den 4712 Schülern des Bezirkes 558 slowenische eingeschrieben sind. Das sind 12 bis 13 slowenische Schüler auf eine gemischtsprachige Schule bzw. 11,8 Prozent aller Schüler des Bezirkes.

„Slovenski vestnik“ schreibt zur neuen Statistik am 12. Juli 1963 einen Artikel „Etwas ist nicht in Ordnung!“ Sie fordert Selbstkritik und bezeichnet die gegenwärtige Schulregelung als unzulänglich. Es handelt sich nicht so sehr um die Frage, ob den Eltern die Möglichkeit gegeben ist, die Kinder zum zweisprachigen Unterricht anzumelden, sondern in welchem Ausmaß sie sich dieses Rechtes tatsächlich bedienen können... Besonders betont werden muß jedoch, daß der Stand der Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht an den Volksschulen keineswegs der Maßstab unserer Stärke ist und sein kann: die erfolgreiche Entwicklung der slowenischen Mittelschule bezeugt nämlich eine wesentlich andere Lebenskraft und Widerstandsfähigkeit der Kärntner Slowenen.“

#### SCHWEIZ

##### Ein Buch über die Berner Jura-Frage

In einem Zeitpunkt, in welchem im Berner Jura Angehörige der Separatisten innerhalb der französischen Sprachgruppen zu Gewaltakten gegen die Regierung geschritten sind und eine Geheimorganisation mit der Bezeichnung FLNJ (Fédération de Libération Nationale du Jura) von sich reden macht, ist ein Buch über die Jura-Frage starkes Publikumsinteresse sicher. Es handelt sich um das von Robert Béguelin zusammengestellte Sammelwerk „Le Jura des Jurassiens“, das in der Schriftenreihe „Cahiers de la Renaissance Vaudoise“ in Lausanne erschienen ist. Nach einer Besprechung im „Journal de Genève“ vom 28. Juli 1963 und einer Mitteilung im Organ des „Rassemblement Jurassien“, Wochenschrift „Le Jura Libre“ (Delémont/Delsberg) vom 28. August 1963 ist die eben erst erschienene Auflage ausverkauft. Die Schrift enthält eine Fülle historischen Materials über den Berner Jura, aber auch eine Anthologie von Gedichten jurassischer Dichter und viele Bilder von Land, Leuten und Zeugnissen der jurassischen Kulturgeschichte. Eine Karte zeigt, auf welches Gebiet die jurassischen Separatisten als einen französisch-sprachigen Kanton Jura Anspruch erheben, darunter auf rein deutschsprachige Orte wie Laufens, wodurch die Argumente des Rassemblement Jurassien an Überzeugungskraft eine Einbuße erleiden dürften. Es kann auch nicht übersehen werden, daß die Gegengruppe „Union des Patriotes Jurassiens“ mit ihrem Monatsblatt „Le Jurassien“ (St. Imier) die Separatistenbewegung ablehnt. Das Buch „Le Jura des Jurassiens“ ist jedoch zweifellos eine ernst zu nehmende Publikation, die jeden interessieren muß, der sich mit Sprachfragen in der Schweiz und überhaupt mit Problemen der ethnischen Gruppen in Europa beschäftigt.

#### SOWJETUNION

##### Das Schicksal der Juden

Im Sozialkomitee des in Genf tagenden Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) der Vereinten Nationen hat am 5. Juli 1963 der Beobachter Israels, Botschafter M. Bartur, die Frage der rassischen und religiösen Diskriminierung in der Sowjetunion aufgeworfen. Obschon er gemäß dem Sitzungsreglement darauf verzichten mußte, die Sowjetunion in seinen Ausführungen direkt zu beschuldigen, ging aus seinen Worten doch unmißverständlich hervor, daß in diesem Lande die Juden nicht nur von der Rechtsprechung diskriminiert werden, sondern außerdem nicht im Besitze der elementaren Menschenrechte stehen, das Land zu verlassen und ungehindert ihre Religion zu praktizieren. Auch würden dort besonders viele Juden wegen sogenannter „Wirt-

schaftsvergehen“ verurteilt. Botschafter Bartur zitierte im letzteren Zusammenhang einen Brief des britischen Philosophen *Bertrand Russell*, wonach 60 Prozent der Personen, die in der Sowjetunion in den letzten zwei Jahren wegen Wirtschaftsvergehen zum Tode verurteilt wurden, Juden seien, obschon der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in der Sowjetunion nur anderthalb Prozent ausmache... Er betonte, er habe die moralische Aufgabe, mit dieser Frage an die öffentliche Meinung der Welt und an die Vereinigten Nationen zu appellieren, und er gab seiner Hoffnung darüber Ausdruck, daß die Vereinigten Nationen jene Maßnahmen treffen werden, die der dringliche Charakter der von ihm aufgeworfenen Probleme erfordere.

Der Sowjetdelegierte, V. *Kastalskaja*, begnügte sich damit, zu entgegnen, daß Chruschtschow auf den Brief Russells bereits geantwortet habe und daß die darin gemachten Angaben „unrichtig“ seien.

#### SPANIEN

##### Um die Wiederzulassung des Katalanischen

Dem Vize-Ministerpräsidenten Muñoz Grandes gingen Petitionen bedeutender Persönlichkeiten, darunter des Abtes von Montserrat und verschiedener Professoren der Universität Barcelona zu, in denen die Wiedereinsetzung der katalanischen Sprache als offizielle Sprache in Katalonien gefordert wird.

(UPI, Barcelona, 21. Juli 1963)

#### TSCHECHOSLOWAKEI

##### Cheb ist nicht Eger

##### Gerichtsurteil über die Rechtsnachfolge der böhmischen Stadt

Die heutige Stadt Cheb in der Tschechoslowakei sei nicht mit der früheren sudetendeutschen Stadt Eger identisch und könne daher auch nicht in deren Namen Rechtsgeschäfte tätigen, entschied das Amtsgericht Waldsassen. Es lehnte mit dieser Begründung eine Grundbucheintragung ab, durch die die Stadt Waldsassen ein auf bayrischem Boden liegendes Waldstück aus dem Besitz der früheren Stadt Eger kaufen wollte. Die Rechtsanwälte von Cheb haben angekündigt, daß sie Rechtsmittel gegen diesen Entscheid einlegen wollen.

Das frühere Eger hat im Gebiet des Stiftslandes hart an der deutsch-tschechischen Grenze auf bayrischem Boden noch ausgedehnten Waldbesitz. Nachdem 1945 die deutschen Bewohner Egers ausgesiedelt worden waren, hatten die Amerikaner diesen Besitz zunächst selbst verwaltet. Später gaben sie die Wälder trotz scharfer Proteste der Heimatvertriebenen-Organisationen wieder an die Tschechoslowakei zurück, die deutsches Fortspersonal mit der Verwaltung beauftragte. Überschüsse aus der Bewirtschaftung werden über eine Münchener Verrechnungsstelle nach Cheb überwiesen.

Dennoch sind die Tschechen seit langem darum bemüht, ihren Grundbesitz auf bayrischem Boden zu verkaufen. Ein Düsseldorfer Immobilienbüro bietet den Wald seit langem für rund 5,5 Millionen Mark an, hat aber bisher noch keinen Käufer gefunden. Die Stadt Waldsassen interessierte sich lediglich für ein 500 Quadratmeter großes Teilstück, in dem die Quellen ihrer Wasserversorgung liegen. Diese Verhandlungen waren bis zum notariellen Kaufvertrag mit den Beauftragten der Tschechen gediehen, als sie der Spruch des Amtsgerichts jetzt scheitern ließ.

In seiner Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Schmid aus, daß eine Stadt aus drei Wesensmerkmalen bestehe: ihrer Stadthoheit, ihren Liegenschaften und ihrer Bevölkerung. Dieses dritte Merkmal aber habe sich verändert, da die einst deutsche Einwohnerschaft der Stadt Eger im Jahre 1945 durch eine „völlig fremdstämmige Bevölkerung“ ersetzt worden sei. Deshalb könne das heutige Cheb nicht mit dem einstigen Eger identisch sein, könne nicht als Rechtsnachfolger von Eger gelten und auch nicht in dessen Namen Rechtsgeschäfte abschließen.

(Süddeutsche Zeitung, 23. April 1963)

## UNGARN

### Fortbildungskurs für Deutschlehrer

Mitte April fand in Fünfkirchen (Pécs) ein dreitägiger Fortbildungskurs für Deutschlehrer in der Gespanschaft Baranya statt, veranstaltet vom Komitatsrat mit dem Ziel der Unterstützung der Unterrichts- und Volksbildungsarbeit der Deutschlehrer. Es wurden allgemeine pädagogische und methodologische Fragen des Deutschunterrichtes und der Stand der ethnographischen Sammelarbeit der Lehrer behandelt. Auch der Generalsekretär des Demokratischen Verbandes der deutschen Werkstätigen in Ungarn Dr. Friedrich Wild hielt ein Referat, in dem er unter anderem erklärte: „Das Interesse der Schwaben für die Kulturarbeit ist in erstaunlichem Maße gewachsen.“ Am Kurs nahmen rund 30 Lehrer teil.

(Neue Zeitung, 26. April 1963)

### Appell an die Eltern zum Deutschunterricht

Unter dem Titel „Elternpflicht“ weist Céza Hambuch im Leitartikel des Organs des Demokratischen Verbandes der deutschen Werkstätigen in Ungarn vom 3. Mai 1963 die Eltern auf die Möglichkeiten hin, ihre Kinder in Grundschulen, Kindergärten und Gymnasien deutscher Unterrichtssprache zu schicken und auf die Lehrstühle zur Ausbildung von Deutschlehrern an den Hochschulen und Universitäten. Er hebt einen Aufschwung des deutschsprachigen Schulwesens nach dem zweiten Weltkrieg hervor, stellt aber fest:

„Und dennoch können und dürfen wir mit der Entwicklung nicht voll und ganz zufrieden sein. In Dutzenden von Dörfern, in denen auch Schwaben wohnen, ja, sogar in Dörfern, in denen sich die gesamte Bevölkerung aus Deutschen zusammensetzt, ist der Deutschunterricht bis zum heutigen Tag nicht eingeführt. Die Kindergärten, in denen man sich mit den schwäbischen Kindern auch in deutscher Sprache befaßt, sind an den Fingern abzuzählen.“

Eingehend macht er auf den Wert des Deutschunterrichtes aufmerksam und weist darauf hin, daß bei den Aufnahmeprüfungen in die vier deutschen Gymnasien in Budapest, Baja, Fünfkirchen und Güns (Köszeg) 130 Schüler aufgenommen werden können. „Aus Meldungen der deutschen Gymnasien geht hervor, daß noch nicht alle Plätze besetzt sind. In der Nationalitätenabteilung der Kindergärtnerinnen-Ausbildungsanstalt in Ódenburg (Sopron), der Höheren Lehrerbildungsanstalt in Budapest sowie an den deutschen Lehrstühlen für Lehrerbildung in Fünfkirchen und an den Universitäten gibt es noch freie Plätze. Bald werden die künftigen ABC-Schützen der Grundschulen eingeschrieben werden. Dabei wird den schwäbischen Eltern auch die Frage gestellt, ob sie ihren Jungen oder ihr Mädels am Deutschunterricht teilnehmen lassen wollen... Für die schwäbischen Eltern gibt es nur einen richtigen Entscheid. Es darf nicht zugelassen werden, daß das Fortbestehen der deutschen Gymnasien gefährdet wird, weil sich zu wenig Schüler melden und weil es an den entsprechenden Deutschkenntnissen mangelt. Es darf nicht zugelassen werden, daß in vielen Orten der Deutschunterricht nicht eingeführt werden kann, weil nicht genügend Deutschlehrer zur Verfügung stehen.“

Den Mangel an Deutschlehrern zu beheben, ist vor allem Aufgabe und Pflicht der schwäbischen Eltern und Kinder. Und es ist Aufgabe der schwäbischen Eltern, ihre Kinder zum Deutschunterricht in der Grundschule und in die deutschen Gymnasien zu schicken. So fordert es die Zukunft der Kinder und das Interesse der deutschen Nationalität, nämlich die Sprache der Vorfahren aufrechtzuerhalten und zu pflegen. So fordern es die Interessen des Staates, der uns die Möglichkeit gewährte, unsere Muttersprache zu gebrauchen und zu fördern.“

Nochmals wendet sich in der „Neuen Zeitung“ am 14. Juni 1963 Dr. Friedrich Wild mit einem Artikel „Pflege unserer Muttersprache“ an die Eltern und schließt mit der Forderung, sich dafür einzusetzen, „daß die marxistische Nationalitätenpolitik auch auf dem Gebiet des deutschen Unterrichtswesens zur vollen Geltung kommt.“

### Tätigkeit schwäbischer Kulturgruppen

Im ersten Halbjahr 1963 haben in fünf Komitaten 30 Vorstellungen schwäbischer Kulturgruppen vor rund 20.000 Zuhörern stattgefunden, teilt Dr. Friedrich Wild in der „Neuen Zeitung“ vom 28. Juni 1963 mit. „Wir müssen uns zu einem neuen Aufbruch rüsten und auf Grund der Erfahrungen alles aufbieten, um der Verbreitung der ungarndeutschen Kultur weitere Hilfe leisten zu können“, schreibt Dr. Wild. „Der Demokratische Verband der deutschen Werkstätigen in Ungarn soll seine Volksbildungstätigkeit in den Dienst des Sieges des Sozialismus stellen. In diesem Sinne soll auch das kulturelle Niveau der deutschen Werkstätigen gehoben werden. Wir müssen gewährleisten, daß die kulturelle Schaffenskraft der Deutschen in Ungarn sich nach allen Seiten hin entfaltet und fortentwickelt. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen wir großes Gewicht auf die Weiterbildung der Leiter und Mitglieder der Kulturgruppen legen. Im Zeichen dieses Vorhabens veranstalten wir vom 26. Juni bis 6. Juli in Budapest einen Sonderkurs für Laienspiel und Volkstanz. Leider ist die Zahl unserer Kulturgruppen nicht sehr groß. Es gilt, neue Kulturgruppen ins Leben zu rufen... Wir wollen den Deutschen in Ungarn auch in kultureller Hinsicht alles bieten, was auf Grund der ehrlichen, eindeutigen und aufrichtigen Nationalitätenpolitik unter Aufwendung aller Kräfte geboten werden kann.“

### Die Slowenen im Komitat Eisenburg (Vas)

„Vas Népe“, die Komitatszeitung der Eisenburger Gespanschaft, berichtete über Beschlüsse des Vollzugsausschusses des Gespanschaftsrates über die nationalen Rechte der an der Raab in Ungarn lebenden Slowenen. In einer Sondersitzung wurde ein Referat über die wirtschaftliche Lage in den neun slowenischen Dörfern — Slovenska ves, Dolnji Senik, Gornji Senik, Sakalovci, Otkovci, Stefanovci, Verice, Ritkarovci, Andovci — verlesen. Es wurde beschlossen, die Sitzungen in den Ortsausschüssen der slowenischen Dörfer ab nun in slowenischer Sprache abzuhalten und ihr Zugang zu den öffentlichen Ämtern zu geben. Es sei festgestellt worden, daß die slowenische Bevölkerung bisher dadurch gehemmt war, daß Slowenisch nicht Amtssprache war und nur in magyarischer Sprache verhandelt wurde.

(Delo, 27. Juni 1963)

### „Tag der nationalen Minderheiten“ in Ungarn

In Gornji Senik (Felső-Szölnök, Ober-Zemming) in Westungarn (slowenische Minderheit) fand am 23. April 1963 der „Tag der nationalen Minderheiten“ statt. Den Vorsitz führte Edén Kishazi. Die jugoslawische Regierung war durch den Kulturattaché bei ihrer Botschaft in Budapest, Miloš Radojević, vertreten. Ansprachen hielten u. a. der Kandidat zur Volkskammer, Josip Pezenhofer, ein Kroat aus Narad, ferner der Generalsekretär der kroatischen Minderheitsorganisation DSJS, Milan Ognjenović, Josip Gašpar und Margitka Majer.

(„Narodne Novine“, Budapest, Nr. 26 vom 27. Juni 1963)

### Materialien

#### For Solidarity of Small Nations

On the 16—17th February, representatives of national and regional movements in Brittany, Catalonia, Euzkadi (Basques), Flanders, Wallony, etc., met in Paris to try and coordinate their action. In the new Europe, the small nations are threatened by the centralised super-state of the technocrats in the same way as they are by the artificial states, such as France and Spain, which are now trying to destroy their personality. The new political forms to be given to Europe must take account of the ethnic and human factors. Each nation (ethnic community) must have the right of self-determination or of administration of its own affairs by the application of internal federalism. The representatives of the different European peoples

and nations should come together to ensure the realisation of this ideal. A permanent secretary was appointed and a study group was formed at the end of the meeting, in order to foster the proposed cooperation.

(L'Avenir, March 3. 1963)

#### Congrès Européen de l'Ethnie Française Dijon, les 1er, 2 et 3 juin 1963

Les participants au Congrès organisé à Dijon par l'Association Européenne de l'Ethnie Française groupant la Fondation Charles Plisnier (Belgique), le Comité de France de l'Ethnie Française, le Groupe Romand de l'Ethnie Française (Suisse) et le Comité des Traditions Valdôtaines (Italie, Val d'Aoste) ont adopté les résolutions suivantes:

Conscient de ce que toute atteinte à l'intégrité d'une communauté ethnique est contraire aux intérêts individuels et collectifs des membres de cette communauté et par conséquent à la construction harmonieuse de l'Europe de demain, le Congrès réclame pour les tenants de l'ethnie Française la libre disposition d'eux-mêmes, condition fondamentale de leur épanouissement.

Dans ce dessein, le Congrès décide de renforcer les liens qui les unissent en Europe et de nouer des contacts avec les tenants de l'Ethnie Française épars dans le monde.

Le Congrès appelle toutes les ethnies européennes à engager un fructueux dialogue en vue de construire une Europe humaine, fraternelle et heureuse. Il souhaite que cessent atteintes à l'intégrité des peuples habitant les marches du territoire ethnique française (Wallons, Bruxellois francophones, Jurassiens, Valdôtains).

Le Congrès souhaite que la littérature française des diverses régions de l'ethnie soit considérée par celle-ci comme un patrimoine commun étroitement associé à celui de la langue commune; il demande qu'une action soit menée en faveur d'une langue correcte.

Il prend acte avec satisfaction du projet d'institution d'une catégorie de membres correspondants étrangers de l'Académie française. Il juge nécessaire de disposer d'une maison d'édition et de diffusion. Il désire trouver un appui plus grand au point de vue culturel dans la France en général et dans ses organismes intellectuels en particulier.

Le Congrès est d'avis que les stages pédagogiques et les échanges d'enseignants de citoyennetés différentes, accélèrent la prise de conscience de l'ethnie française.

Il souhaite la reconnaissance du droit de libre établissement des ressortissants de pays d'ethnie française dans chacun d'eux; il approuve l'étude des équivalences entre les diplômes des divers ordres d'enseignement dans les différents pays.

Il émet le vœu que soit éliminée entre eux toute restriction aux échanges littéraires, artistiques et scientifiques.

Le Congrès demande l'aboutissement rapide des négociations en cours tendant à permettre à la Vallée d'Aoste de recevoir les émissions de la télévision française; et l'ouverture de pourparlers dans le même sens avec la télévision suisse romande.

Il demande également que les régions de l'est de la Wallonie puissent recevoir les émissions de la télévision française.

Le Congrès forme le vœu que les communautés d'ethnie française des marches jouissent d'une autonomie aussi complète qu'elles le souhaitent.

#### La russification de la langue Biélorussienne

Parmi les différentes formes du colonialisme russe communiste, il convient de mentionner une forme très subtile — et très grave en même temps — celle du colonialisme linguistique.

De la comparaison de dictionnaires de la langue biélorussienne, notamment des dictionnaires biélorussien-russe, d'il y a dix ans avec ceux publiés récemment, il ressort que le pouvoir russe soviétique a accentué ses efforts pour neutraliser l'idiome et l'originalité de la langue biélorussienne afin de la rapprocher mécaniquement de la langue russe.

Le dictionnaire biélorussien-russe publié en 1962 donne, il est vrai, la liste de certains mots typiquement biélorussiens, mais leur sens est énormément circonscrit, leur signification

se trouve diminuée par la seule prescription des auteurs. Ces auteurs ont donné à un nombre important d'autres mots, on ne sait pour quelle raison, un sens péjoratif qui ne correspond nullement à la réalité du langage courant.

D'autre part, une quantité de mots biélorussiens qui se trouvaient dans les dictionnaires précédents, ne figurent plus dans la nouvelle édition. Ils sont dans la plupart des cas remplacés par des mots purement russes. Officiellement, ce processus de russification de la langue biélorussienne est appelé 'enrichissement et le perfectionnement de la langue biélorussienne'.

Il convient de souligner que des tentatives semblables sont faites depuis quelque temps dans les autres républiques soviétiques. Par la russification des langues des nations occupées par la Russie soviétique, Moscou espère hâter le processus de leur liquidation.

Ex: Les Problèmes actuels de l'est européen, mars 1963, no. 15 (26 rue de Montholon Paris IX)

#### 13. Jahrestagung der FUEV in Aosta

Die diesjährige, dreizehnte Tagung der Föderativen Union Europäischer Volksgruppen hat Mitte Mai in Aosta stattgefunden; keineswegs wegen seiner verkehrsgünstigen Lage, sondern weil diese mit dem Hause Savoyen an Piemont und dann an Italien gekommene Talschaft von einer Französisch sprechenden Volksgruppe bewohnt wird. Sie stellt in manchem, aber längst nicht in allem ein Gegenstück zu Südtirol dar, ist aber heute in ihrem Bestande noch gefährdeter, obwohl das Tal verhältnismäßig eine eigene Region bildet. Während die Gebirgsbauern bei aller althergebrachten Loyalität gegenüber dem Staate an ihrer volklichen, sprachlichen und kulturellen Eigenart festhalten, hat sich seit 1860 durch die Einführung italienischer Schulen und seit 1945 durch eine nicht aus Piemont oder Oberitalien, sondern aus Süditalien kommende Unterwanderung der Charakter der größeren Orte, vor allem Aostas, sehr verändert. Heute sind von den 100.000 Einwohnern der Region 70% zweisprachig, 30% sprechen ausschließlich italienisch. Nur mit Wahlhilfe der Kommunisten hat die französische Volksgruppe einen Vertreter im italienischen Parlament durchbringen können. Von der Durchtunnelung des Montblanc und des Großen St. Bernhard verspricht man sich eine Stärkung der eigenen Position durch Zuflüsse aus Frankreich und der welschen Schweiz, aber mehr noch eine Hebung der Wirtschaft, Hoffnungen, die sich leider nicht gegenseitig stützen.

Als die Römer in Aosta ein großes, heute noch in vielen Denkmälern erhaltenes Kastell anlegten, wollten sie die Alpenübergänge gegen Norden und Westen sichern. Es traf sich, daß der Platz sich auch durch Schönheit empfahl. Neuerdings hat das breite, anmutige Tal, in das überall weiße Spitzen hineinschauen, wie fast überall durch Industrialisierung ein wenig gelitten und durch den Fremdenverkehr seinen Charakter etwas eingebüßt. Aber daran pflegen sich sowohl Bewohner wie Besucher schnell zu gewöhnen. Jedenfalls haben volkliche Situation, Geschichte, landschaftliche Reize und die Gastfreundschaft von Stadt und Region der Tagung die besten Voraussetzungen geschenkt.

Vertreten waren aus Frankreich die Basken, Bretonen und Flamen (weitere waren aus Furcht vor Repressalien nicht erschienen). Aus Italien die Südtiroler Deutschen und Ladiner, die Slowenen, die Aostaner und durch einen Gast die kleineren Volksgruppen. Aus England die keltischen Bewohner von Cornwall. Aus Dänemark die Deutschen. Aus Belgien die Wallonen. Aus den Niederlanden die West-Friesen. Aus der Schweiz die Rätoren. Aus Südslawien die Kossowaren (Albaner des Amsfeldes) und aus der Bundesrepublik die Dänen, Ruhr-Polen und der Sudetendeutsche Rat. Im ganzen waren es etwa 75 Teilnehmer.

Die Leitung des Kongresses lag in den bewährten Händen des Präsidenten Hans Schmidt, des deutschen Abgeordneten im Dänischen Folkething und des Generalsekretärs Ministerialrat Povl Skadegard, Kopenhagen, denen der Altpräsident Graf Matuschka zur Seite stand.

Den Arbeitssitzungen ging die Begrüßung durch die Behörden und die Ehrung der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder und Freunde voraus. Es folgten die Ansprache des Präsidenten und der Bericht des Generalsekretärs, den wir im Anschluß

folgen lassen. Zwei Referate wurden erstattet: das eine von Herrn Ollivro, Bürgermeister aus der Bretagne, über „Europäische Einheit und Vielfalt“, das andere von Herrn Ossi Böse aus München über „Aktivierung der Jugendarbeit im Rahmen der FUEV“. Ersterer wußte durch seine klare und lebhaftige Sprache und die vielen Beispiele aus seiner Praxis zu fesseln. Ein Auszug wird im Anschluß an diesen Bericht wiedergegeben. Auf Anregung von Herrn Böse traten alsbald die versammelten Jugendführer zusammen, um sich über die Einleitung praktischer Arbeit zu verständigen.

Ein Teil der Mitglieder berichtete über ihre Arbeit in den Volksgruppen, andere hatten sich schriftlich geäußert. Es können nicht alle in jedem Jahre zu Worte kommen. Es sprachen die Aostaner, Kossovaren, Bretonen, Wallonen, West-Friesen und die kleinen Volksgruppen in Italien durch einen Gast. Berichte hatten vorgelegt die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei und die Samen in Finnland.

In zwei Ausschüssen wurden die eingereichten zehn Entschließungsentwürfe behandelt. Die Entscheidung war dem Plenum vorbehalten. Die zur Veröffentlichung bestimmten Resolutionen sind anschließend abgedruckt; die anderen werden vom Generalsekretariat den entsprechenden Regierungen übermittelt werden. Es darf den Ausschüssen bescheinigt werden, daß sie ausgezeichnet geleitet waren und in einem wahrhaft europäischen Geiste gearbeitet haben. Es wurde eine Gruppe von fünf Personen gewählt, die die vom 6. Kongreß der FUEV am 20. Mai 1956 angenommenen „Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts“ bis zur nächsten Jahresversammlung revidieren soll.

Am Schluß des Kongresses fanden die Vorstandswahlen statt. An Stelle der scheidenden Mitglieder wurden gewählt: zum Präsidenten der süd-schleswigsche Däne Svend Johannsen, Schulrat in Schleswig, und zu Vizepräsidenten die Herren Pierre Laurent, Bretagne und Dr. Friedl Volgger, Südtirol. Der scheidenden Leitung sowie dem erfreulicherweise weiteramtierenden Generalsekretär und seiner ihm hilfreichen Gattin wurde lebhaftester Dank zuteil.

Die Straffung der Kongreßarbeit gestattete den Teilnehmern einige Blicke in das Land zu tun, in dem sie Gast sein durften. Die beachtlichen Bauten, namentlich aus römischer und romanischer Zeit wurden besichtigt. Eine Busfahrt ging über die Burg Fenis nach St. Vincent, dem Kurzentrum des Tales, in dessen Kasino die Region zu einem stilvollen Bankett einlud, das allseitig verdankt wurde.

J. W. M.

## 13e Congrès de l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes

Address by the President, Member of the Folketing Hans Schmidt

Since the North European plebiscite of 1920, 43 years have passed, and we are now in the position to state that the transformation of Europe has also affected the minorities in this region and, after the period of division, has caused them to find ways and means leading to European unity.

This year we are meeting in the south of our continent, being the guests of an ethnical group which lives, in a clearly defined region, as a homogenous unit. This fact means that conditions are different from those in the north, and probably this reason also accounts for the present problems. Nevertheless we are striving towards a common aim when we work for the solution of the various problems.

In his report later on our Secretary General will explain how we are going to tackle these problems in the time to come. May I anticipate some items.

In his report the Secretary General will analyze the fact that lack of equality is the reason why there is a discrepancy between a nation seen as the population of a state, and a nation taken as an ethnical unit. However, it is not the desire of the nationalities to play the role of oppositional movements. It must

rather be the desire of the nationalities to get their own representation in future European institutions, above all, in the parliament of the European nations.

It is of almost importance that such a settlement should be worked out and submitted by us in due time and that it be accepted by the competent European authorities, and indeed so before the structure of such a parliament is laid down for good. Otherwise, striving towards any amendments would do great harm to the individual character of the European nations and, in consequence, peace would be endangered.

To this aim it is, of course, necessary that we prepare such a reform ourselves so that we can submit a proposal; and in doing so it is most important to modernize our Basic Principles. In these Principles we deal not only with our aims but above all with the legal rights of our nationalities and their incorporation into international law. The modernization should be in conformity with our activity program aiming at leading us into European integration.

As to time left for this work, we must take advantage of the period of hesitance which, at present, is slowing down the progress of European integration. In view of the actually very changeable situation which has been created by the various efforts made by some states, no great progress can be expected as to the recognition of an equitable status for the nationalities. Nevertheless, we must prepare the representatives of the states for this idea and win them over to us, but at the same time work among ourselves and go on making our efforts in conformity with our programme.

By working for our true interests in this way, we shall also further and precipitate the integration of the states. When we continue developing the federation of nationalities we shall also further integration. Most important, however, is that the federation of nationalities should be of exemplary character.

## Rapport du Secrétaire Général Povel Skadegard

Cette année, je veux m'efforcer de présenter mon compte-rendu sous une forme plus concise que d'habitude parce que je suis d'avis que notre 13e congrès a un si grand programme de travail qu'il faut réserver le plus de temps possible aux échanges de vues. C'est pour cette raison que je sépare de mon rapport tout ce qui concerne l'organisation et attire l'attention sur le document spécialement destiné à ces questions et qui a été distribué parmi les représentants des membres.

La résolution principale du 12e congrès de l'UFCE à Flenbourg l'année dernière a exprimé l'espoir que les hommes d'Etat européens reconnaissent qu'une édification harmonieuse de l'Europe n'est possible qu'à la condition que tous les peuples et tous les groupes ethniques soient admis à y participer. En même temps, on a regretté que le Conseil de l'Europe ait omis jusqu'à présent de s'occuper d'autres minorités nationales que de celles qui ont déjà un statut reconnu par plusieurs Etats et qu'il ignore l'existence des nationalités ethniques d'Europe n'ayant jusqu'à présent aucun statut assuré et qui, de ce fait, ont particulièrement besoin de l'attention des organisations internationales. En outre, la résolution a exprimé le regret au sujet du fait que le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe n'ait pas encore accordé jusqu'à ce jour un statut consultatif à l'UFCE comme organisation centrale des groupes ethniques européens.

Dans cette même résolution, le congrès résumait et soulignait comme important:

1. que les divergences existant dans certaines régions d'Europe entre peuple d'Etat et groupe ethnique proviennent du fait que de tels peuples n'ont pas d'égalité de droits politiques.

2. que les peuples minoritaires n'ayant pas de propre formation d'Etat ne jouent pas de leur propre gré le rôle de mouvements oppositionnels, mais ont le désir sincère de participer à l'égalité de droit avec les peuples d'Etat à l'édification d'une Europe Unie.

3. que pour cette raison, également dans l'intérêt d'une pacification de l'Europe, ils désirent et suggèrent une organisation des institutions européennes définitives qui leur assurerait, à eux également, une représentation dans leur sein.

4. qu'il est donc souhaitable qu'on examine encore avant la création du futur parlement des peuples européens la manière dont on pourra assurer une représentation adéquate aux peuples ne formant pas d'Etat.

Pour cette raison, le congrès a recommandé aux organes responsables de la CEE, au Conseil de l'Europe et aux gouvernements des Etats libres d'Europe une étude approfondie et bienveillante de l'ensemble de ces questions.

Malheureusement, notre action n'avait, comme d'habitude, que peu de succès auprès du Conseil de l'Europe. Le secrétariat général n'a reçu qu'un bref accusé de réception de la part du directeur du Service des Instances du Conseil de l'Europe, Monsieur S. Sforza, par lequel il était informé que la résolution précitée avait été transmise aux services intéressés. En plus de cela, le Conseil de l'Europe ne s'est, à ma connaissance, plus occupé autrement de la résolution.

Par contre, la Commission de la recherche et de la culture du Parlement Européen, auquel le président du Parlement de la Commission de la recherche et de la culture du Parlement Européen, disant textuellement: "Suite à votre lettre adressée, le 21 juillet dernier, au Président du Parlement Européen, j'ai le plaisir de vous communiquer qu'en sa réunion du 7 septembre 1962 la Commission que j'ai l'honneur de présider a pris connaissance des vœux exprimés dans la résolution adoptée par le 12e congrès de l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes à Flenbourg."

A cette occasion, les membres de la Commission ont été unanimes pour constater que les problèmes soulevés dans ladite résolution sont très certainement réels, mais qu'ils n'entrent pas néanmoins dans le cadre des compétences du Parlement Européen (C. E. C. A., C. E. E., Euratom).

Depuis, la Commission a pris acte de ce que ses membres conservaient toute latitude, en leur qualité de Parlementaires, pour intervenir à titre individuel sur ce sujet, soit au sein de leurs Parlements nationaux respectifs, soit dans le cadre des institutions internationales compétentes en la matière.

Si donc les désirs de l'UFCE, concernant la garantie d'un statut légal officiel pour les minorités ethniques, n'ont toujours pas abouti à un droit international, il semble, cependant, qu'on puisse interpréter le texte de la lettre précitée du président de la Commission du Parlement Européen dans le sens que l'on s'y est rendu compte que les minorités et les groupes ethniques ne doivent pas être oubliés lors de l'édification de l'Europe future.

Il me semble très important de savoir qu'un certain nombre d'hommes politiques européens s'est déclaré disposé à intervenir dans leurs parlements et dans des organismes internationaux en faveur de nos intérêts. Nous ne saurions guère obtenir davantage, aujourd'hui, d'organismes internationaux en faveur de nos intérêts.

Je pense, cependant, que nous devrions nous efforcer d'établir des contacts encore plus étroits avec les organismes intéressés du Parlement Européen à Luxembourg. Je ne veux point dire, par là, que je tiens comme inutiles les rapports existant déjà avec le Conseil de l'Europe. Nous savons parfaitement qu'un

Conseil de l'Europe il y a de très nombreux hommes politiques s'intéressant à nos problèmes et je suis d'avis que nous devrions nous efforcer, à l'avenir également, de maintenir vivant ces intérêts. Il se pourrait que le Conseil de l'Europe prenne un jour, enfin, une autre position envers les questions des groupes ethniques.

C'est ce que je tiens à souligner surtout aujourd'hui où nous nous trouvons en territoire italien. J'ai l'impression que la question partiellement délicate du Tyrol du Sud était un obstacle au sein du Conseil de l'Europe, contre une position plus positive des Etats importants. Il y a, certes, des problèmes de groupes ethniques en Grande-Bretagne et en France également, y causant une certaine réticence, et si, comme c'est à espérer, non seulement la commission mixte italienne des 13, mais également le Comité du Tyrol du Sud du Conseil de l'Europe, aboutissent à un résultat solutionnant les problèmes d'une manière satisfaisante, je crois que l'Italie sera beaucoup plus facilement disposée à intervenir en faveur de nos intérêts. Un

symptôme d'une telle possibilité existe bien déjà aujourd'hui dans les règlements d'autonomie accordés aux

habitants des vallées d'Aoste et à certains autres groupes, même si, pour parler ouvertement, l'on ne peut pas passer sous silence que tout au moins les groupes ethniques du nord de l'Europe sont souvent d'avis que la politique minoritaire italienne pourrait être beaucoup plus libérale, sans que l'état italien soit compromis par là.

D'un autre lieu également, de la capitale de la culture romane, de l'Etat du Vatican, nous avons récemment entendu une voix qui exprimait des opinions, non seulement par mandat d'une nation isolée, mais au nom du monde catholique tout entier, et que non seulement nous autres nous pouvons approuver, mais tous ceux qui ont compris quelque peu les préoccupations des minorités et des groupes ethniques. C'était le Saint Père, Jean XXIII, qui, dans son encyclique à tous ses fidèles, déclarait, au sujet de la question des minorités ce qui suit :

« Une tendance très répandue et l'évolution historique du 19<sup>e</sup> siècle mènent à une adaptation des collectivités politiques aux collectivités nationales. Pour une série de raisons, on ne réussit, cependant, pas toujours à faire coïncider les frontières géographiques avec les frontières ethniques. De ce fait résulte l'existence des minorités et des problèmes compliqués qu'il s'y rapportent.

On doit constater en toute clarté tout ce qui est entrepris contre des minorités ethniques en vue de l'oppression de leur force vitale et de leur croissance est une très grave violation de la justice, et ceci d'autant plus, si de tels essais tendent à l'extermination de la minorité elle-même.

C'est, cependant, une exigence de la justice que les pouvoirs publics contribuent par des mesures appropriées au développement de la langue, de la culture, du folklore et à la mise en valeur des biens et des initiatives économiques de la minorité.

Or, il doit être souligné ici que les minorités — par suite d'une réaction contre leur situation actuelle ou à d'événements historiques — n'ont pas rarement tendance à mettre en évidence les particularités de leur race d'une manière exagérée, et ceci de telle façon, qu'ils les placent au-dessus des valeurs humaines, comme si ce qui est justement propre à l'humanité était à interpréter comme étant une qualité nationale.

La sagesse humaine, par contre, demanderait qu'une minorité prenne également en considération les aspects positifs de sa situation particulière, qui lui permettent un enrichissement d'elle-même par l'absorption graduelle et continue de valeurs de tradition et de civilisation, différents de ceux, auxquelles appartient la minorité elle-même. Or, ceci ne pourra devenir réalité qu'à la condition que les minorités sachent quasi être un pont facilitant le cours de la vie sous ses diverses formes d'expressions entre les différentes traditions et civilisations et qu'elles ne constituent pas une zone de friction, provoquant des dommages inexpiables, des refoulements et des reculs.

Ces sages paroles du Saint Père, adressées aussi bien aux peuples majoritaires que minoritaires, font ressortir ce que nous avons dit depuis des années dans l'organisation des groupes ethniques et des minorités: Il est négatif, d'opprimer les petits groupes ethniques, mais positif, de leur accorder le rôle de constructeurs de ponts entre les peuples et les civilisations. Nous pouvons être extrêmement reconnaissants de cette déclaration du Saint Père à Rome.

La résolution adoptée par le 12<sup>e</sup> Congrès demandant au gouvernement yougoslave de permettre, enfin, à l'UFCE d'étudier la situation des Kosovars au Kosmet, n'a provoqué jusqu'à présent aucune réaction de la part de Belgrade. La dernière fois, c'était par une lettre en date du 22 mars 1963 que le secrétaire général avait demandé à Belgrade quelle est la position du gouvernement yougoslave en la matière, mais aucune réponse n'est arrivée. C'est avec regret que je dois constater que le gouvernement yougoslave est apparemment de l'avis que l'UFCE prend une position hostile envers lui. J'ai essayé plusieurs fois de persuader Belgrade que nous aimerions mener les études désirées sans aucun signe politique préjudiciable. Ce qui nous intéresse, c'est uniquement le traitement effectif de toutes les minorités, sans aucune considération du fait que leur état domiciliaire soit capitaliste ou communiste et je peux, toutefois, garantir au gouvernement yougoslave que mon appréciation de sa position envers les minorités yougoslaves sera rigoureusement objective sans aucune considération de mon opinion concernant le régime politique en Yougoslavie.

Par lettre du 26 juin, la résolution du 12<sup>e</sup> congrès demandant au gouvernement tchécoslovaque d'appliquer aux Allemands des Sudètes, restés en Tchécoslovaquie, le même traitement qu'aux Polonais, Ukrainiens et Hongrois qui y résident, a été transmise au Ministre des Affaires Etrangères, M. Václav David. Une copie de la lettre a été envoyée au député allemand M. Joseph Poetzl à Carlsbad.

C'est encore avec regret que je constate que si une organisation du monde occidental s'adresse d'une manière correcte et strictement objective à un gouvernement communiste de l'Est, elle ne reçoit pas de réponse. La lettre précitée au Ministre des Affaires Etrangères tchécoslovaque a même eu pour effet que des relations amicales antérieures avec Monsieur Poetzl à Carlsbad ont été interrompues. J'ai fait mon possible pour provoquer une réponse de Prague, en dernier lieu par une lettre de réclamation du 15 mars 1963 au Ministre des Affaires Etrangères — cette fois-ci également avec une copie pour le député allemand — mais toujours sans réaction.

Par contre, nous avons reçu des accusés de réception de la part du Conseil de l'Europe, des Nations Unies, de la Commission Internationale des Juristes, de la Croix-Rouge Internationale, ainsi que de plusieurs Gouvernements européens, après que nous leurs avions transmis, conformément au mandat de la résolution, le texte de celle-ci.

Mes observations précédentes me paraissent avoir prouvé nettement combien il est difficile à l'organisation des minorités et des groupes ethniques de se faire entendre en collaboration avec les organismes politiques internationaux et, en particulier, avec les gouvernements de l'Est. A mon opinion, c'est un défaut grave, basé probablement sur le principe d'une arrogance diplomatique surannée, qu'une organisation internationale, représentant non seulement des individus isolés, mais des collectivités ethniques, soit réellement incapable d'entrer en conversation avec des organismes internationaux des Etats. En tout cas, si nous nous adressons sous une forme correcte aux Nations Unies, à l'UNESCO, à la C. E. E. ou au Conseil de l'Europe, nous recevons bien une réponse polie, et généralement aimable, mais toujours avec la mention ajoutée que la technique de la procédure de l'organisme respectif n'admet pas le traitement officiel de requêtes introduites par des organisations privées. Ainsi, l'UFCE est intervenue à se faire valoir occasionnellement incapable d'entrer en conversation avec des organismes internationaux des Etats. En tout cas, qu'il est difficile de se créer des relations utiles lorsqu'il s'agit de questions concernant les Etats communistes, c'est plus compréhensible. Les gouvernements communistes sont, pour des raisons que nous connaissons tous, très peu optimistes lorsqu'il s'agit d'une organisation occidentale. Ici également, ce serait un avantage, si l'on permettait à une organisation internationale d'user d'un droit à la parole au sein des Nations Unies et d'autres organismes semblables de droit international. Si un tel droit pouvait être accordé à notre organisation, nous arriverions plus facilement à un entretien avec les Etats communistes de l'Europe orientale, parce qu'ils sont presque tous au moins affiliés aux Nations Unies.

Ces considérations m'ont conduit à l'idée qu'une révision de nos principes fondamentaux concernant un droit des groupes ethniques, tels qu'ils avaient été adoptés par le 6<sup>e</sup> congrès de l'UFCE le 20 mai 1956, pourrait être indiquée. Je me suis donc permis de soumettre à la discussion, sous un point ultérieur de

l'ordre du jour, la question s'il n'était pas temps d'instituer un groupe de travail pour la révision desdits principes.

Tout d'abord, ces principes fondamentaux s'occupent uniquement des droits matériels des groupes ethniques. Il y est bien proposé qu'un groupe ethnique qui subirait des préjudices concernant son droit de la part de l'Etat devrait pouvoir demander aide et protection en introduisant une plainte auprès d'une cour de justice européenne ou internationale. Or, cette revendication n'ouvre aux groupes ethniques, comme organisme des petits peuples, aucunement la voie aux débats généraux sur le plan international. Il s'agit uniquement d'un droit de plainte et non d'un droit aux débats. Plus la direction du monde est internationalisée, plus il devient nécessaire qu'une large procédure internationale soit accordée aux groupes ethniques. A ceci s'ajoute, qu'à mon avis, les principes établis en 1956 exigent en général une révision — modernisation. Je ne veux pas entrer dans les détails, mais j'aimerais attirer l'attention sur le document ajouté à la documentation du congrès et qui porte imprimés les principes fondamentaux de 1956, en priant chaque participant de les étudier soigneusement et de faire plus tard, aujourd'hui, ses remarques, au cas où il trouve des sujets à modifier.

Dans cet ordre d'idées, on doit faire remarquer que les principes fondamentaux précités sont basés sur le système actuel des Etats européens ce qui, au fond, est en contradiction avec ce qui a été exprimé dans la résolution principale du 12<sup>e</sup> congrès. Le but principal des groupes ethniques est justement celui de ne plus être des appendices d'Etats formés par suite de conditions historiques, mais des partenaires des minorités autonomes de l'Europe. Lorsque l'UFCE a été créée à Paris, il y a 14 ans, comme une union ethnique européenne et des régions, le temps n'était pas encore mûr pour de telles idées. A cette époque, des minorités européennes et des régions, le temps n'était pas encore mûr pour de telles idées. Le temps a ce n'était pas réaliste de penser qu'un Etat européen pourrait être démembré en régions. Le temps a travaillé pour cette idée. Je n'ai pas besoin de citer en exemples les systèmes de la République Fédérale d'Allemagne ou de République Fédérale autrichienne. La direction régionaliste de ces pays n'est que partiellement l'expression du système auquel nous aspirons. Au fond, l'Italie est allée plus loin, si elle a accordé, en quelque sorte, une autonomie régionale aux régions dans lesquelles vivent des groupes ethniques particuliers. En principe, on doit largement reconnaître ce fait, même si nous avons encore toujours l'impression que les régions minoritaires italiennes peuvent introduire bien de revendications auxquelles on n'a pas encore répondu.

Toute cette conception — la conception d'une Europe de grands et de petits peuples collaborant en paix — n'a nullement été exprimée dans les principes fondamentaux des droits des groupes ethniques, conception, et que les principes qui ne traitent que de la situation juridique des minorités dans le système actuel des Etats ne devront être mentionnés qu'en second lieu. En attendant, nous ne pouvons pas nous passer de tels principes, mais le temps est venu de ne dire non seulement comment l'Europe, suivant la conception des petits peuples, doit être formée en temps opportun, mais de préciser clairement que nous ne désirons point être traités en petits groupes oppositionnels au contraire, que nous offrons à contribuer à une collaboration pacifique avec les peuples plus grands, qu'ils aient leur Etat ou non, à l'édification par une telle perfection de notre conception ethnique générale que lors de la clôture du congrès, nous serons en mesure de déclarer clairement au monde que nous voulons être un élément pacifique et positif dans le concert des peuples, qui a davantage à cœur de préserver et de cultiver les civilisations de l'humanité en collaboration avec les peuples plus grands, que d'être simplement un foyer de troubles politiques.

C'est, en effet, une réalité que les petits groupes ethniques ont le mérite d'avoir conservé jusqu'à ce jour de précieuses civilisations séculaires. Malheureusement, cette réalité est souvent passée sous silence par les peuples d'Etat, malgré qu'il aient le même mérite en ce qui concerne leurs propres civilisations. Une Europe sans diversité de civilisations serait impensable. Et pour cette raison, une Europe sans groupes ethniques ne serait pas une Europe.

## Unité et Variété Européennes

### Conférence de Monsieur Edouard Ollivro, Maire de Guineamp

La génération d'âge mûr, celle qui possède encore les rêves, a été accoutumée à penser négative, exclusivement en fonction du cadre national, des impératifs, parfois même des préjugés nationaux. A l'époque, un poteau-frontière marquait un fossé profond entre des hommes.

Nos jeunes, sans que parfois nous le sentions, sont imbibés, imprégnés par l'Europe. eux-mêmes et du reste ne se rendent pas compte toujours de cette imprégnation et pourtant elle est indiscutable, et si nous le voulons, riche de promesses.

Il m'est apparu avec évidence, que la jeunesse est beaucoup plus sensibilisée par l'Europe mécanique et sportive que par l'Europe politique ou culturelle. De leur aveu même, ils ont commencé à comprendre et qu'Europe existait vraiment, le jour où ils ont vu sur les routes de Bretagne, des *Dafis*, des *Mercedes*, ou des *Fiat*. Le jour aussi où la télévision ils ont assisté à la transmission des matches opposant les grandes équipes nationales du Continent.

Ce sentiment peut paraître puéril; mais d'une part il est fatal à une époque où le sport et la mécanique ont une place considérable et d'autre part, il nous appartient de banger la maison sur les fondations qui nous sont données.

« Estimez-vous que les Européens devront connaître demain, une langue commune? »  
« La réponse a été quasi unanime: Deux ou trois jeunes gens seulement ont hoché la tête de manière négative en soulignant du reste des murmures réprobateurs. Tous estimaient que les relations de plus en plus fréquentes entre les Européens imposaient un lien linguistique.

« J'ai encore eu d'autres avis et qui se révèlent riches de conséquences. « Estimez-vous que dans l'Europe future, les petits pays tels que la Bretagne, la Sicile, la Bavière, la Provence, la Flandre, doivent survivre avec leurs originalités? »

« Oui à 97%... »  
« Voulez-vous l'entrée de la Grande Bretagne dans le marché commun? »  
« Oui à la quasi unanimité. (Pas plus que le Rhin n'est aujourd'hui une frontière à leurs yeux, il est évident que pour les jeunes la Manche non plus n'est pas une mer, tout juste un canal franchi en quelques minutes par avion, ou par hélicoptère.)

« La construction de l'Europe vous séduira-t-elle, selon vous, à trouver une situation? »  
« Cette question a provoqué des réflexions soutenues. Le Breizhag expédie environ 20.000 de ses enfants tous les ans et jusqu'à ces dernières années à peu près tous nos jeunes étaient dans l'obligation de quitter



la terre natale pour travailler dans le pays. La réponse a été «Ouis à l'unanimité et elle a provoqué la question suivante:

«Est-ce que vous seriez gênés de trouver un emploi chez un industriel allemand, hollandais ou italien installé en Bretagne? Non à l'unanimité.

Voilà entre autres, quelques uns des tests que j'ai posés aux jeunes gens de 16 à 19 ans, tous Bretons qui m'écoutaient, j'aurais pu trouver bien sûr d'autres questions, mais les réactions obtenues, les approbations, les silences, les dénégations même, tout cela montrait que le problème européen les passionnait. Nos jeunes sont les fils de l'Europe, ils ont franchi dans les quelques années qui viennent de s'écouler une étape décisive. Européens, ils le sont déjà à bien des titres. Dans quelques années ce sont eux qui feront l'Europe. Notre ambition et notre rôle doivent être de les former. Aux jeunes de toutes les régions européennes, l'Europe peut apporter beaucoup. Mais demain, ces jeunes de différentes régions peuvent eux aussi apporter beaucoup à l'Europe.

Donc l'Europe va se faire, ces jeunes gens qui sont nos fils exigent l'extension de l'idée de patrie, la fin des antagonismes du passé, l'union des hommes. S'ils sont Français, ils connaissent bien davantage Rotterdam que Narbonne, Cologne que le Puy en Velay. Les guerres de 1870 ou de 1914 leur sont un sujet d'incompréhension et de scandale.

«Considérez-vous le Rhin comme une frontière ou comme un trait d'union?»

«A la quasi unanimité, la réponse a été: «Trait d'union.»

Qu'on le veuille ou non, le Hollandais, l'Allemand, l'Italien, devient le «prochain» celui qui est à quelques heures de train ou d'avion, celui dont on consomme les produits, chez lequel on rêve souvent de passer ses vacances, qui fournit aussi sa main d'œuvre, ses exemples.

Elle se construit, l'Europe; aussi sûrement que l'histoire créa la Nation, elle s'en va rassemblant ses nations en de plus vastes ensembles. Mais qui les fera ces ensembles plus vastes? Qu'en résultera-t-il pour les nombreux petits pays de 1, 2 ou 3 millions d'habitants, que l'on trouve répandus un peu partout en Europe? Ces petits pays ont vécu, prospéré pendant des siècles, mais le développement moderne les a négligés, sacrifiés, condamnés souvent au simple rôle de réservoir de main d'œuvre. Est-ce que l'Europe va achever de les écraser, de les laminer, de les faire disparaître? Ou au contraire, est-ce que l'Europe va leur apporter le renouveau? Et est-ce que ces petits pays eux-mêmes vont apporter quelque chose, ne serait-ce qu'une pierre à l'édification de la future Europe? Voilà un double problème qui mérite de requérir l'attention.

L'Europe pour nous, a créé un véritable électrochoc. Deux solutions: dépeuplement total ou, au contraire, marche vers le progrès, et aussi vers le renouveau de notre personnalité. Cette Europe nous apportera certainement, elle nous apporte déjà une vie matérielle meilleure, ce qui n'est pas peut-être le plus important, mais ce qui tout de même a du prix. Alors qu'elle est en core aux débuts des principes, cette Europe se glisse dans nos maisons, dans nos villes.

L'Europe aussi va recréer totalement la carte du continent. Dans les villes d'autrefois, on a assisté progressivement à la mort lente des quartiers périphériques; tous les magasins, toutes les administrations, toutes les richesses intellectuelles, se sont groupés au cœur de la Ville. Image de nos nations qui en de vastes capitales ont souvent drainé les richesses matérielles et humaines. Mais aujourd'hui, les villes se ramènent. Les quartiers que l'on croyait voués à la mort lente, se trouvent désormais convertis de maisons neuves, de H.L.M., de super-markets; la vie a repris. Les grands courants économiques qui vous fuyaient autrefois, vont nous irriguer. Par dessus tout nous garderons nos hommes et ses premières richesses. Il est terrible de vouloir rebâtir lorsque l'élite intellectuelle a disparu. A cette élite, l'Europe offrira la possibilité de rester sur place en liaison avec les peuples dont elle est issue et dont elle a mission de guider la marche.

Encore un grand pas que nous franchissons, grâce à l'Europe, par l'Europe: les revendications que nous pouvons formuler en face de tel ou de tel état, sont le plupart du temps parfaitement légitimes. Mais il faut bien reconnaître que trop souvent nous les présentons avec une certaine hargne stérile qui va à l'encontre du but que nous voulons atteindre. Ceci est facile à comprendre. Devant l'inanité de nos efforts, nous nous sommes parfois retirés dans notre tour d'ivoire, cloisonnés dans une amertume secrète et inefficace; des sommes de richesses intellectuelles et de dévouement, parfois considérables, s'entassaient dans les sables de l'inutilité et de la tristesse. Tant de labeur, tant de semences, sans récolte! Mais il nous faut absolument abandonner cet état d'esprit qui résultait de la lutte du pot de terre contre le pot de fer, des communautés sans défense contre un Etat tout puissant. Il nous faut à tout prix sortir du Jardin autour duquel la plupart du temps nous avons élevé des murs que nous refusons de franchir. Il nous faut nous déprovincialiser et par provincialisme l'entends, non pas ce qui fait notre richesse profonde, notre substance, mais cette tendance qui nous fait tomber par suite d'incompréhension ou de ruffinade, dans un culte exclusif et amer de notre petite patrie et nous avait amené en conséquence, à scier les racines qui doivent lier toute partie de l'humanité, si infime soit-elle, à l'humanité toute entière.

Nous devons être, il faut absolument que nous soyons l'avant-garde intellectuelle de l'Europe. C'est alors que nous nous imposons. Le générosité qui inspire, notre action doit se doubler d'une valeur intellectuelle au moins égale et d'une ouverture à tous les problèmes.

Eclaircissement intellectuel. Ouverture spirituelle aussi. Dans sa récente encyclopédie, le Pape Jean XXIII, tout en défendant avec vigueur les droits des minorités, leur rappelle les richesses que leur procure l'appartenance à un plus vaste ensemble.

Dans le jardin public de ma ville, il existe un chêne immense, plusieurs fois centenaire, et qui, provoquant l'étonnement admiratif des nombreux curieux. Un jour, un grand vent en fut le point de départ. Il s'est développé dans sa terre, dans son humus; mais en même temps, il a grandi dans un ciel qui lui apportait la substance dont il avait besoin pour grandir et celle-ci tantôt venait de l'Atlantique, ou du Nord, ou du Sud, ou de l'Est. Ainsi nous sommes, minorités ou régions isolées, solidement plantées dans notre sol, nous devons nous ouvrir à tous. Viguer de l'intelligence, compréhension aussi de l'Etat auquel nous appartenons, des peuples qui sont nos voisins.

«Accepteriez-vous de prendre à la maison pendant les vacances un étranger?» Oui à l'unanimité. — et pourquoi? «Pour connaître, pour comprendre.» C'est par là que l'Europe va nous enrichir, sans doute nous sauver. Une chance considérable va s'offrir à nos minoritaires. L'organisation du continent va nous rassembler, placer dans la même maison les Gallois, les Slovács, les Valdôtains, et les Bretons, les Flamands et les Tyroliens, etc. Ensemble avec force nous allons demander à vivre et il sera certes impossible de nous ignorer, si nous demandons respect sur l'intelligence et sur la générosité. Mais il ne suffit pas de demander à vivre, il nous faut aussi mériter de vivre. Nous apportons un cahier de doléances. Mais à qui vient se plaindre, on répond: «D'accord, mais en face qu'apportez-vous? L'Europe va nous donner beaucoup, nous, est-ce que nous pouvons donner quelque chose à l'Europe; nous les petits, les minoritaires trop longtemps ignorés?»

Que pouvons nous apporter à la future Europe? D'abord la beauté visible, le dirai même la beauté tonitruante des paysages et des monuments; une sorte de virginité dans la nature et dans les richesses qu'elle apporte, une paroi vers laquelle aspirent confusément les humains du 20ème siècle.

Tout d'abord de la beauté visible; ensuite une beauté plus profonde, plus difficile à découvrir, la beauté culturelle, humaine, les trésors de la civilisation européenne dans la musique, la danse, les traditions, la littérature. Et il faut remarquer que ces trésors sont plus populaires que les civilisations qui occupèrent de manière absolue les programmes des écoles, des radios, de la télévision. C'est le peuple lui-même qui a dû les produire et les conserver. Quand, dans un Fest-Noz (fête de nuit) ou dans une veillée de Bretagne, on chante, on danse, on raconte, c'est le peuple lui-même qui a tout fabriqué, gardé, renouvelé. Mais moins spectaculaire, moins fixé, moins connu, le danger de gaspillage de ce trésor est grand. La langue n'est pas enseignée. Le peuple perd sa culture. C'est le trésor de la civilisation européenne qui risque de se diluer, de disparaître dans ses éléments les plus authentiques, les plus civilisateurs pour la masse.

Parce qu'il nous fut donné de connaître la souffrance, nous avons l'insigne privilège de comprendre sans doute avec plus de profondeur que quiconque, la souffrance du tiers monde. Le problème de la faim, nous pouvons dire qu'il existe souvent dans nos régions où beaucoup s'en vont pour trouver du pain. Le problème de la véritable promotion humaine nous le connaissons, nous aussi, que les Etats modernes ont parfois frustrés de leurs traditions essentielles; de même le problème de la culture.

Il fut une époque pas encore lointaine, où l'on pouvait vivre dans son hameau ou dans sa petite localité, en dehors du destin des autres, ne portant sur ses propres épaules que des problèmes personnels. Ma grand-mère ne savait pas un mot de français. Dans ma jeunesse je ne savais pas un obscur sentiment de culpabilité, que le dimanche je restais près d'elle et comme je ne pouvais lui parler, je lui tenais la main. Beaucoup mieux que d'autres nous comprenons ce drame qui vient rompre le cours normal des micro-civilisations. Nous ne sommes pas contre la civilisation des livres, des textes, mais nous savons aussi qu'il existe une civilisation spontanée, sortie d'un peuple comme sortent du sol des forêts ou des gènes. Notre rôle à nous est d'apporter la preuve, le témoignage que ces sortes de civilisation loia d'être incompatibles, se complètent et s'enrichissent mutuellement.

Il fut une époque pas encore lointaine, où l'on pouvait vivre dans son hameau ou dans sa petite localité, en dehors du destin des autres, ne portant sur ses propres épaules que des problèmes personnels. Ma grand-mère ne savait pas un mot de français. Dans ma jeunesse je ne savais pas un obscur sentiment de culpabilité, que le dimanche je restais près d'elle et comme je ne pouvais lui parler, je lui tenais la main. Beaucoup mieux que d'autres nous comprenons ce drame qui vient rompre le cours normal des micro-civilisations. Nous ne sommes pas contre la civilisation des livres, des textes, mais nous savons aussi qu'il existe une civilisation spontanée, sortie d'un peuple comme sortent du sol des forêts ou des gènes. Notre rôle à nous est d'apporter la preuve, le témoignage que ces sortes de civilisation loia d'être incompatibles, se complètent et s'enrichissent mutuellement.

L'important en définitive est de lutter pour l'unité du monde, unité qui repose sur une nature commune des hommes, sur une destinée commune; mais unité qui exige aussi la variété, l'originalité à l'intérieur de l'humanité elle-même. Mais chaque homme doit aller vers l'autre, avec ses richesses personnelles, celles qui donnent sa couleur, sa valeur à son âme. Lutter pour faire craquer ces frontières surannées qui coupent en deux le pays basque, la Catalogne, la Flandre, qui ne tiennent pas compte des hommes qui courent en leur sein.

Lutter pour l'union, la coopération dans une Europe fraternelle, juste, où toutes les civilisations pourront prospérer et d'abord la civilisation du travail et de l'amour. Lutter en somme pour un monde meilleur, avec optimisme, confiance et générosité. La victoire générale est au bout.

## Intensivierung der Jugendarbeit

### Referat von Herrn Oss Boese (Süddeutscher Rat)

Als ich als Vertreter des Süddeutschen Rates an einer Sitzung des Zentralausschusses der FUEV teilnahm, hatte ich auch Gelegenheit, mit Freunden aus anderen Volksgruppen über die Möglichkeit von Jugendbegegnungen und des Austausches von Erfahrungen auf kulturellem und politischem Gebiet der Volksgruppenarbeit zu sprechen. Diesem Gespräch folgten Erörterungen der verschiedenen Möglichkeiten, den einmal aufgeworfenen Gedanken zu konkretisieren. In diesem Zusammenhang gehörte besonderer Dank dem Herrn Generalsekretär der FUEV, der vorschlug, anlässlich dieses 13. Kongresses die Frage der Intensivierung der Jugendarbeit aufzugreifen und zu diskutieren.

Die Intensivierung der Jugendarbeit im Rahmen der FUEV kann und darf niemals ein Selbstzweck sein, sondern wird unter dem Gesichtspunkt zu sehen sein, daß gerade die europäischen Volksgruppen einen bestimmten und wichtigen Beitrag zum Zusammenschluß Gesamteuropas zu leisten haben. Die Beachtung und Wahrung der Rechte und natürlich gewachsenen Eigenarten der Volksgruppen ist der Gradmesser dafür, ob die europäischen Völker aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben oder nicht. Unter diesem Gesichtspunkt sollten wir dem heiligen Vater besonders dankbar sein, daß er in seiner Enzyklika über den Frieden das Problem der völkischen Minderheiten in aller Klarheit angesprochen hat. Damit ist erneut unter Beweis gestellt, daß diese unsere Probleme in einem viel größeren Rahmen zu sehen sind, als es vielleicht manchmal bisher der Fall war. Es wird für das Europa von heute und morgen mit von entscheidender Bedeutung sein, ob jene Grundgedanken, wie sie in der FUEV vertreten werden, Eingang in die Überlegung gerade der jungen Generation finden oder nicht, denn sie wird es einmal sein, die Europa zu vollenden haben wird und es kann gerade uns nicht gleichgültig sein, unter welchen Gesichtspunkten diese Einigung vollzogen wird.

Immer wieder wurden und werden unsere Gemeinschaften durch einen alle Eigeninitiative und alle persönliche Freiheit erstickenden Zentralismus ebenso bedroht, wie durch einen im Gegensatz dazu stehenden, die Nationalitäten nicht aufgehoben, sondern solidarisch gesichert werden. Föderalismus bedeutet Achtung vor dem anderen und vor dem gewachsenen Leben, bedeutet Gleichordnung, statt Unterordnung unter einen Mächtigen.

So gesehen glaube ich, daß es gut für die kommende Entwicklung in Europa wäre, wenn sich die junge Generation der europäischen Volksgruppen gegenseitig kennenlernen würde. Dieses Kennen- und Verstehen lernen ist auch die Voraussetzung dafür, um zu einer als umfassenden Solidarität zu kommen. Hier könnte ein kleines Beispiel dafür gegeben werden, wie Vielfalt in der Einheit bestehen kann, wie Partnerschaft praktiziert wird und wie im Geiste gegenseitiger Achtung und Toleranz zu die Fragen des Zusammenlebens der Völker Europas herangezogen wird. Die Mitarbeit an der Lösung der Probleme Europas einen wertvollen Beitrag zu leisten!

Folgende Vorschläge möchte ich dem Kongreß unterbreiten:  
1. Im Rahmen der FUEV wird ein Jugendrat gebildet, der aus den gewählten Jugendvertretern der Volksgruppen besteht.

2. Diesem Jugendrat obliegt es, Möglichkeiten und Projekte zu erörtern, wie die Jugend einander kennenlernen und die kulturellen und politischen Probleme der Völker und Volksgruppen verstehen lernt.  
 3. Gemeinsame Arbeitstagen im Rahmen der FUEV wären notwendig, um mit der älteren Generation einen gemeinsamen Weg zur Lösung der Fragen und Probleme der europäischen Volksgruppen zu finden.  
 Innerhalb eines Jahres sollte versucht werden, folgende Projekte zu verwirklichen:  
 1. Eine Tagung des Präsidiums der FUEV gemeinsam mit den Jugendvertretern,  
 2. Austausch von Jugendzeitschriften oder sonstigen Publikationen kultureller, politischer oder jugendpädagogischer Art,  
 3. einmal im Jahr eine Begegnungswoche von Folkloregruppen,  
 4. gegenseitiger Austausch von Jugendgruppen.  
 Meiner bescheidenen Meinung nach verdient es nicht nur die bisherige Arbeit und auch die Bestrebungen der FUEV, daß die junge Generation in diese Aufgaben hineinwächst, sondern gerade die Erfahrungen der älteren Generation im Kampf um die Rechte der europäischen Volksgruppen fordern, daß diese Arbeit von der jüngeren Generation aufgenommen und weitergetragen wird. Die Erfahrung des Alters und die Schwingkraft der Jugend sollte sich auf den gemeinsamen Weg zu Europa finden, zum Wohle der europäischen Völker und unserer Volksgruppen!

#### Résolution no. 2

Le 15e Congrès de l'UFCE, réuni à Aoste, Italie, les 16 au 18 mai 1963, considérant que, lorsqu'une communauté linguistique, culturelle ou ethnique se sent lésée et a épuisé ses moyens juridiques et politiques à l'intérieur de l'Etat auquel elle appartient, il est improbable que cet Etat, ou un autre, prenne l'initiative d'une procédure devant les organismes internationaux, de sorte que cette communauté est dans une position d'infériorité et sans moyens de défense sur le plan juridique, estime juste et honnête que toutes les communautés soient en mesure de demander elles-mêmes l'ouverture d'une telle procédure, décide de s'adresser à la commission des Droits de l'Homme du Conseil Economique et Social des Nations Unies pour lui signaler cette discrimination à l'égard des communautés linguistiques ou ethniques non constituées en Etats et lui demander de prendre des mesures pour reconnaître à ces communautés le droit d'introduire elles-mêmes une procédure juridique en vue de l'examen impartial de leurs griefs par les organismes internationaux.

#### Résolution no. 3

Le 13e Congrès de l'UFCE, réuni à Aoste, Italie, les 16 au 18 mai 1963, prend note de la pétition adressée par les professeurs des universités des pays nordiques (Islande, Norvège, Danemark, Suède et Finlande) aux Conseils Nationaux de l'UNESCO de ces pays, demandant que l'UNESCO prenne sa protection les langues menacées de disparition, décide de se mettre en rapport avec les conseils nationaux précités ainsi qu'avec le secrétaire général de l'UNESCO, pour appuyer cette pétition au nom de toutes les communautés ethniques représentées dans l'UFCE.

#### Resolution no. 6

Le 13e Congrès de l'UFCE, réuni à Aoste, Italie, les 16 au 18 mai 1963, considère comme hautement souhaitable une union politique et économique de tous les peuples de l'Europe continentale et insulaire, avec abolition des reliquats des impérialismes du passé; estime cependant indispensable que cette union s'opère dans le respect de la personnalité et des intérêts légitimes des peuples constituant, chacun de ceux-ci, quelle que soit son importance numérique, conservant ou retrouvant son droit naturel d'auto-gestion de ses affaires propres, et considère que l'organisation commune européenne ne devra pas être un Super-Etat centralisé à compétence universelle, mais qu'elle devra essentiellement se consacrer à maintenir entre tous les peuples constituants un équilibre raisonnable des activités économiques et du niveau de vie.

#### Entscheidung Nr. 9

13. KONGRESS DER FEDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEV)  
 Aosta, Italien, 16. bis 18. Mai 1963.

Der 13. Kongress der FUEV in Aosta, Italien, vom 16. bis 18. Mai 1963 hat festgestellt, daß es eine Reihe von Minderheiten und Volksgruppen gibt, die in der Vorkriegszeit, während des Krieges und in der Folgezeit auf Grund erlittener Unrechtes Entschädigungsansprüche gestellt haben.

Der Kongress stimmt zur Kenntnis, daß mehrere dieser Minderheiten seit Jahren vergeblich versucht haben, eine gerechte Entschädigung bzw. Wiedergutmachung für ihre aus nationalen Gründen verfolgten oder anderweitig bedrängten Angehörigen zu erreichen. Bei diesen Übergriffen handelt es sich unter anderem um Entziehung sozialer Unterstützungen, Vorenthaltung von Warenzuteilung, Mißachtung von Vorkaufrechten, Entlassung aus öffentlichem Dienst unter Verlust wohlverdienender Versorgungsrechte, Berufsverbote, Geschäftsschließungen, Verbot oder Lahmlegung von Zeitungen, Beschlagnahme von Schulen, Büchereien, volklicher Institutionen, Verurteilung nach Gesetzen, die nicht mit dem allgemeinen Rechtsprinzipien im Einklang stehen, sowie schwere Schädigungen durch Inhaftierung und Verbringung in Haft- bzw. Konzentrationslager.

Der Kongress stellt fest, daß es im Widerspruch zu den in der europäischen Konvention der Menschenrechte vorhandenen Bestimmungen über die gleiche Behandlung aller Bürger steht, wenn man die Angehörigen der nationalen Minderheiten von der Wiedergutmachung des an ihnen begangenen Unrechtes ausschließt.

Der Kongress beschließt deshalb, die in Frage kommenden Regierungen aufzufordern, eine Untersuchung der von den respektierten Minderheiten vorgebrachten Entschädigungsforderungen durchzuführen und daraus die erforderliche Wiedergutmachung zu veranlassen.

Eine solche gleiche und gerechte Behandlung aller Bürger und insbesondere auch der Minderheiten, so wie sie auch der Papst in seiner letzten Botschaft gefordert hat, ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch von der größten Bedeutung für das gute Zusammenleben aller Völker im freien Europa.

WALTER SCHÄTZEL — THEODOR VEITER

## HANDBUCH DES INTERNATIONALEN FLÜCHTLINGSRECHTES

(HANDBOOK OF INTERNATIONAL REFUGEE LAW)

VIII und 372 Seiten, Ganzleinen, DM 44.—

### Erste Pressestimmen:

„Das vorliegende Werk darf als eines der gründlichsten auf dem Gebiete des internationalen Flüchtlingswesens bezeichnet werden. Freilich beschränkt es sich auf die monographische Behandlung der wichtigsten Rechtsfragen, die in sorgfältiger Weise von 13 hochangesehenen, den verschiedensten Nationen angehörenden Autoren erörtert werden.“

Teil I des Buches handelt von den Rechten der internationalen Flüchtlinge. Joseph Soder beschäftigt sich mit dem Problem der Aus- und Einwanderungsfreiheit, sowohl mit Bezug auf die historische Entwicklung wie auf die Gegenwart. Ludwig von Gogolik widmet seinen Beitrag der Umsiedlung unerwünschter Volksgruppen. Die Überschrift des letzten Kapitels seines Beitrages lautet: „Die nationale Sendungsidee als Zerstörungswerk.“ Rudolf Wierer legt das bedeutungsvolle Asylrecht dar. Walter Schätzel faßt seine durchdringende Kenntnis des gesamten Staatsangehörigkeitsrechts nacheinander in drei Kapitel: 1. nationale und komnationale, 2. staatenlose Flüchtlinge und 3. Flüchtlinge mit fremder Staatsangehörigkeit zusammen. Fritz Münch befaßt sich mit dem Personalstatut der Flüchtlinge und weist dabei auf die Schwierigkeit hin, die sich für sie aus der Anwendung der traditionellen Regeln des Internationalen Privatrechts ergeben. Über das besonders interessante Kapitel des internationalen Eigentumsschutzes der Flüchtlinge schreibt Theodor Veiter. Kurt Rabl widmet seinen Beitrag dem Recht auf Heimat und dem Recht auf Rückkehr.

In Teil II mit dem Obertitel „Die Betreuung der internationalen Flüchtlinge“ behandelt Werner von Schmid die Flüchtlingshilfe des Völkerbundes; Paul Weis und Eberhard Jahn, Berater des UNO-Kommissariats für Flüchtlinge, berichten über diejenige der Vereinten Nationen. Über den Beitrag des Europarates zur Lösung des Flüchtlingsproblems schreibt Heribert Golsong, jetzt stellvertretender Kanzler des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Auf die Rolle des Internationalen Roten Kreuzes bei der Flüchtlingsbetreuung weist Bruno Henri Coursier, Mitglied der Rechtsabteilung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, hin. Mit der Integration der Flüchtlinge befaßt sich Raphael Aghababian.

So werden in diesem Buche eine Fülle von Problemen eingehend diskutiert. Die umsichtige, vielseitige Zusammensetzung des Mitarbeiterstabes hat bewirkt, daß das Buch voller Ideen und Anregungen ist, die nicht nur von Spezialisten des Flüchtlingsrechts, sondern von der gesamten Völkerrechtswissenschaft beachtet zu werden verdienen.“

Prof. Dr. Dr. h. c. H. Wehberg, Universität Genf in „Universitas“, Stuttgart

„... Dreizehn Autoren aus acht Staaten, darunter auch aus den USA und aus Asien, haben mitgearbeitet. Neben Hochschulprofessoren finden sich auch Mitarbeiter aus internationalen Institutionen, die von Amts wegen mit Flüchtlingsfragen befaßt sind. Diese Tatsache gibt dem Buch den Wert der Sachkenntnis aus erster Hand...“

„Stuttgarter Zeitung“

„... In übersichtlicher Form und überaus gründlicher Weise werden Wesen und Werden der Flüchtlingsbetreuung dargestellt...“

„Der Staatsbürger“, Salzburg

Durch jede Buchhandlung zu beziehen!

WILHELM BRAUMÖLLER WIEN IX/66  
 Universitätsverlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.

# VERTREIBUNG, ZUFLUCHT, HEIMAT EXPULSION, REFUGE, DOMICILE

Wissenschaftliche Ergebnisse des 11. Kongresses  
der Forschungsgesellschaften für Flüchtlingsfragen AER/AWR 1961  
in Saloniki und Athen

Bearbeitet von  
Theodor Veiter (Feldkirch/Wien)

232 Seiten      Ganzleinen      S 196.—, DM 29.60

Der vorliegende Band III der **Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen**, die die Fürst Franz Josef von Liechtenstein-Stiftung herausgibt, enthält einen erheblichen Teil der wissenschaftlichen Ergebnisse des 11. Jahreskongresses der Forschungsgesellschaften für Flüchtlingsfragen — AER, Sitz Strasbourg, und AWR, Sitz Vaduz —, worunter insbesondere wichtige juristische Ergebnisse zum Menschenrecht auf die Heimat erarbeitet wurden. Diese Ergebnisse haben schon bisher, obwohl nur teilweise veröffentlicht und bekanntgeworden, international Aufsehen hervorgerufen und werden wissenschaftlich weiter ausgebaut. Besondere Beachtung verdienen auch die griechischen Flüchtlingsprobleme, die hier erstmals außerhalb Griechenlands einem breiten Fachpublikum nahegebracht werden.

## Aus dem Inhalt:

- |                                    |   |
|------------------------------------|---|
| <i>Rogge, Heinrich</i>             | <b>Thesen zur Kodifikation des Rechts auf die Heimat und des Schutzes vor Vertreibung</b>   |
| <i>Rabl, Kurt</i>                  | <b>Verhütung unfreiwilligen Wohnsitzwechsels. Zur Frage der Gewährleistung der Freiheit des Aufenthalts nach dem für Europarat-Mitglieder geltenden Völkerrecht</b> |
| <i>Veiter, Theodor</i>             | <b>Die Flüchtlingsvolksgruppe. Ein Beitrag zum Grundrecht ethnischer Gruppen auf ihre Heimat</b>  |
| <i>Constantopoulos, Dimitrios</i>  | <b>Die Menschenrechte und die Flüchtlinge</b>   |
| <i>Wierer, Rudolf</i>              | <b>Zur Revision der Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951</b>   |
| <i>Grahl-Madsen, Atle</i>          | <b>Expulsion of Refugees</b>  |
| <i>Vexliard, Alexandre</i>         | <b>Les migrations et les problèmes de la personnalité marginale</b>   |
| <i>Delivanis, Dimitrios</i>        | <b>La contribution du rétablissement des réfugiés à l'intensification de l'activité économique</b>  |
| <i>Poulantzas, E.</i>              | <b>The Rehabilitation of the Refugees as a National and Social Problem</b>  |
| <i>Ludowici, J. W.</i>             | <b>Entwicklungshilfe — Flüchtlingshilfe</b>   |
| <i>Negreponti-Delivanis, Maria</i> | <b>Les modes du financement de l'établissement de réfugiés</b>  |
| <i>Pedroni, Fernando</i>           | <b>Données Statistiques sur la situation actuelle des Réfugiés Nationaux en Italie</b>  |
| <i>Waris, Heikki</i>               | <b>The Resettlement and Adaptation of Displaced People in Finland</b>   |
| <i>Antalovsky, Eugen</i>           | <b>Die Flüchtlinge und Österreich</b>   |
| <i>Neuhoff, Hans</i>               | <b>Entschädigungsregelungen für Vertreibungsschäden</b>   |
| <i>Agapitidis, S.</i>              | <b>La Grèce du point de vue démographique et économique</b>   |
| <i>Anghélis, Jean</i>              | <b>Le rétablissement des réfugiés civils, entrés en Grèce jusqu'en 1934</b>   |
| <i>Michalis, Costas</i>            | <b>Landwirtschaftliche und soziale Probleme Griechenlands nach der Flüchtlingsniederlassung</b>   |
| <i>Georgacopoulos, C.</i>          | <b>La Croix-Rouge et les Réfugiés Grecs</b>   |

WILHELM BRAUMÜLLER — WIEN IX  
Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. H.

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 68  
P. b. b.